ARGUMENTE UND ZITATE

aus sowjetischen und sowjetzonalen Quellen

Zusammengestellt
als Material
für die Auseinandersetzung
mit der Theorie und Praxis
des Marxismus-Leninismus
von

HANS SCHÜTZE

HERAUSGEGEBEN
VOM BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN
BONN / BERLIN

Auslieferung für den Buchhandel:

DEUTSCHER BUNDES=VERLAG · BONN

1959

Dritte, grundlegend veränderte, stark erweiterte Auflage

Druck: KALIMA-DRUCK, Düsseldorf-Benrath

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Seite 5

Widerspruchshinweise

Seite 7

I

Ideologie, Revolutionstheorie

(1–50)

Seite 9

II

Parteien und Massenorganisationen

(51–105)

Seite 29

III

Gesellschaft, Demokratie, Staat

(106–139)

Seite 61

IV

Der gesamtdeutsche Anspruch der Bolschewisten

(140–169)

Seite 79

V

Wirtschaftsfragen

(170–188)

Seite 94

VI

Die soziale Lage
des arbeitenden Menschen
(189–204)
Seite 106

VII

Schul= und Erziehungswesen
(205–233)
Seite 114

VIII

Justizwesen
(234–250)
Seite 131

IX

Polizei, Armee, Volksbewaffnung
(251–271)
Seite 140

X

Kunst und Wissenschaft,
Kulturpolitik
(272–313)
Seite 150

XI

Religion und Kirche
(314–333)
Seite 174

Personen=Register
Seite 186

Sach=Register
Seite 188

Quellen=Register
Seite 196

Die vorliegende Sammlung von Auszügen aus sowjetischen und sowjetzonalen Quellen ist *nicht als Einführung* in die Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus zu verstehen. Sie ist *für kritische Leser bestimmt*, die klare Vorstellungen von den geistigen Positionen in West und Ost haben, und soll ihnen als Hilfe in der Auseinandersetzung des Tages dienen. Nur ein Leser, bei dem beide Voraussetzungen — theoretisches Grundwissen und Textkritik — gegeben sind, wird von diesem Hilfsmittel den rechten Gebrauch machen und die in den Zitaten dargebotenen politischen Hinweise ganz ausschöpfen können. Für ihn bedarf es auch keiner besonderen Erläuterung, weshalb die Sammlung in so großer Zahl Zitate bietet, die heute keine „aktuelle Geltung" mehr besitzen, vielleicht sogar schon zu ihrer Zeit allein als dialektische Spiegelfechterei zu werten waren.

In der gegenwärtigen Phase einer angeblich friedlichen Koexistenz, deren Ausdehnung auf den ideologischen Bereich von den Maßgeblichen in Moskau und Pankow wiederholt und ausdrücklich abgelehnt wurde, bestehen das Theorie-Gebäude des Marxismus-Leninismus und die angeblich oder tatsächlich auf ihm fußende Politik der KPdSU und der SED fort, und deren Auswirkungen in Deutschland zwingen uns zur Aktivität und Stellungnahme.

Geblieben, ja verstärkt sichtbar geworden sind aber auch die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis, die Widersprüche in der Ideologie und im System des sowjetkommunistischen Machtbereiches, wie sie in der Erscheinung und latenten Kraft von Phänomenen sichtbar werden, denen man die Bezeichnungen „Nationalkommunismus", „dritter Weg" und „Revisionismus" gibt, ohne damit alles das umfassen zu können, was sich aus der sowjetischen Deutschlandpolitik und allen ihren ersichtlichen und noch möglichen Konsequenzen entwickelt.

Wenn diese Sammlung — eine völlig veränderte und stark erweiterte Ausgabe der von „Freiheit — Aktion der Jugend" herausgegebenen „Argumente und Zitate" von 1953 — dem Benutzer in der Auseinandersetzung dienen könnte, von der immer weitere Kreise erkennen, daß sie unser Schicksal entscheidend bestimmt, dann hätte sie ihren Zweck erfüllt. Die Benutzer sind eingeladen, an der Ausgestaltung und Verbesserung des Bändchens durch Kritik und Anregung, insbesondere aber durch den Hinweis auf geeignete Texte mitzuwirken.

Nur durch die aktive geistige und politische Mitarbeit aller, die sich im Bewußtsein der gegenseitigen Bedingtheit von Frieden und Freiheit den klaren Blick für die Realitäten nicht trüben lassen, wird es gelingen, dem Wesen des Bolschewismus als einer dynamischen Kraft und eines lebendigen Prozesses gerecht zu werden und damit den Ansatz zu seiner Überwindung zu finden.

Dem Kenner der bolschewistischen Wirklichkeit, der in ihr persönliche Erfahrungen hat sammeln können, wird es nicht schwer fallen, die Widersprüchlichkeit im sowjetischen System aus den hier vorliegenden Zitaten herauszuspüren. Im Grunde könnten von jedem Zitat aus interessante Beziehungslinien gezogen werden. Hier soll nur auf einige stark hervorstechende Widersprüche aufmerksam gemacht werden; sie sind durch die Tatsache bedingt, daß wir es mit einem Prozeß zu tun haben, innerhalb dessen Theorie und Praxis bzw. Ideologie und Machtpolitik sich oft nur schwer oder gar nicht in Einklang bringen lassen, wobei (besonders sichtbar an der Entwicklung der Parteien oder an der „Wiedervereinigungs“=Konzeption Ulbrichts) letztere den bolschewistischen Gesetzen von Taktik und Strategie folgt.

Nach der Ideologie hätte längst infolge der Änderung der ökonomischen Basis, der Produktions= und Besitzverhältnisse, eine Änderung des Bewußtseins der „den Sozialismus aufbauenden“ Menschen eintreten müssen. Seit ihrer Gründung versucht die SED, diesen Wandel mit dem Ziel der Entwicklung eines „sozialistischen Bewußtseins“ herbeizuführen. In diesem Zusammenhang sei auf das Zitat Nr. 3 im Gegensatz zur gesamten Gruppe „Schul= und Erziehungswesen“ hingewiesen, wobei das Zitat Nr. 233 für alle spricht.

Es sei empfohlen, weiterhin folgende Zitate der Reihe nach zu vergleichen

Nr. 1 und Nr. 30;
Nr. 2 und Nr. 272;
Nr. 3 und (außer Gruppe VII) Nr. 26, 27 und 39, 49;
Nr. 4 und Nr. 191 — 195;
Nr. 5, 6 und Nr. 40, 56, 57, 118, 119, 128, 129, 130, 170;
Nr. 7 und die gesamte Gruppe II;

Nr. 8 und Nr. 42;
Nr. 9 und Nr. 48 — 50;
Nr. 20 und Nr. 43 — 45;
Nr. 25 und Nr. 40;
Nr. 43, 44 und Nr. 45 — 47, sowie die Gruppe IX;
Nr. 69 und Nr. 73, 76;
Nr. 73 und Nr. 74, 75;
Nr. 80 und Nr. 164;
Nr. 82 und die Gruppe XI;
Nr. 85, 86 und Nr. 87 (ebenfalls Widerspruch zu Gruppe XI), 88 — 91;
Nr. 95 und Nr. 97 — 103;
Nr. 110 und Nr. 128 — 130 (als Ergebnis der Zerschlagung der fünf Länder in der Sowjetzone);
Nr. 111 und die Tatsache der totalen Parteigleichschaltung (siehe Gruppe II, LDP und CDU);
Nr. 113 und Nr. 122 — 124;
Nr. 140 und die folgenden Nummern der gleichen Gruppe, dabei besonders Nr. 152, 159 und 161, 162, 164;
Nr. 184, 185 und Nr. 186;
Nr. 178 — 180 und Nr. 196 — 204;
Nr. 277 — 279, 281 — 283, die Stimmen nach Freiheit strebenden Schriftsteller und Künstler in der Zeit des „Tauwetters" nach der „Entstalinisierung" wiedergegeben, und die übrigen Nummern der Gruppe X;
Nr. 324 und Nr. 314 — 320, 332;
Nr. 322 und Nr. 327 — 331;

Die Widersprüche bzw. historischen Fälschungen der Nr. 41, 46, 47, 176, 178 — 180 liegen in sich selbst und sind ohne besonderen Vergleich mit anderen ersichtlich.

I

Ideologie, Revolutionstheorie

(1 – 50)

1

Wird der Byzantinismus, den Rußland verkörpert, west=licher Zivilisation Platz machen oder wird er eines Tages eine Gelegenheit finden, seinen verderblichen Einfluß in schrecklicheren und tyrannischeren Formen als je zuvor zu erneuern? . . . Schon der nächste revolutionäre Vor=stoß vermag den längst sich vorbereitenden *Konflikt zwi=schen russischem Absolutismus und europäischer Demo=kratie* herbeizuführen . . .
Wer also heute die demokratische Idee in Europa unter=stützen will, der muß die Entwicklung der Industrie, des Erziehungswesens, der Gesetzlichkeit und den Instinkt für Freiheit und Unabhängigkeit in den christlichen Vasallenstaaten der Türkei (d. h. den heutigen Balkan=staaten, Anm.) mit allen Mitteln zu fördern suchen. Der künftige Friede und der Fortschritt der Menschheit hän=gen damit auf das innigste zusammen.

Karl Marx als Krimkriegsberichterstatter in der New Yorker „Tribune" vom 21. 4. 1853

2

Diese „Entfremdung", um den Philosophen verständlich zu bleiben, kann natürlich nur unter praktischen Voraus=setzungen aufgehoben werden. Damit sie eine „unerträg=liche" Macht werde, d. h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschheit als durchaus „eigentumslos" erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung – was beides eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad ihrer

Entwicklung voraussetzt —, und andererseits ist diese Entwicklung der Produktivkraft (womit zugleich schon die in Weltgeschichtlichem, statt der in lokalem Dasein des Menschen vorhandenen empirischen Existenz gegeben ist) auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert werden, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte, weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein universeller Verkehr der Menschen gesetzt ist, daher einerseits das Phänomen der „eigentumslosen" Masse, in allen Völkern gleichzeitig erzeugt (die allgemeine Konkurrenz), jedes derselben von den Umwälzungen abhängig macht und endlich weltgeschichtliche und empirisch universelle Individuen an die Stelle der lokalen gesetzt hat. Ohne dies könnte erstens der Kommunismus nur als eine Lokalität existieren, zweitens, die Mächte des Verkehrs selbst hätten sich als universelle, drum unerträgliche Mächte nicht entwickeln können, sie wären heimisch-abergläubige „Umstände" geblieben, und drittens würde jede Erweiterung des Verkehrs den lokalen Kommunismus aufheben. *Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker auf einmal und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihr zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt . . .*

Karl Marx: „Die Frühschriften", hsg. von S. Landshut, Alfred Kroener Verlag, Stuttgart 1953, S. 361 f.

3

Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.

Karl Marx in der Einleitung zur „Kritik der politischen Ökonomie"

4

Die Normierung des Arbeitstags muß die *Beschränkung der Frauenarbeit* schon einschließen, soweit sie sich auf

Dauer, Pausen etc. des Arbeitstages bezieht; sonst kann sie nur *Ausschluß der Frauenarbeit aus Arbeitszweigen* bedeuten, *die speziell gesundheitswidrig für den weiblichen Körper oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sind.*

Karl Marx: „Kritik des Gothaer Programms", Verlag Neuer Weg, Berlin 1946, S. 33

5

Was aber ins Programm kommen kann und was wenigstens indirekt als Andeutung des nicht Sagbaren dienen kann, ist die Forderung: *Vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde* durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzbehörden."

Friedrich Engels: „Über das Erfurter Programm", Verlag Neuer Weg, Berlin 1946, S. 78

6

Sobald es keine Gesellschaftsklassen mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — *die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft —, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat.* Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. *Der Staat wird nicht „abgeschafft", er stirbt ab . . .*

Neben der ausschließlich der Arbeit frönenden großen Mehrheit bildet sich eine von direkt-produktiver Arbeit befreite Klasse, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt: Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte,

Justiz, Wissenschaften, Künste usw. Es ist also das Gesetz der Arbeitsteilung, das der Klassenteilung zugrunde liegt. Aber das hindert nicht, daß diese Einteilung in Klassen nicht durch Gewalt und Raub, List und Betrug durchgesetzt worden und daß die herrschende Klasse, einmal im Sattel, nie verfehlt hat, ihre Herrschaft auf Kosten der arbeitenden Klasse zu befestigen und die gesellschaftliche Leitung umzuwandeln in gesteigerte Ausbeutung der Massen. . . .

Die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel beseitigt nicht nur die jetzt bestehende künstliche Hemmung der Produktion, sondern auch die positive Vergeudung und Verheerung von Produktivkräften und Produkten, die gegenwärtig die unvermeidliche Begleiterin der Produktion ist und ihren Höhepunkt in den Krisen erreicht. Sie setzt ferner eine Masse von Produktionsmitteln und Produkten für die Gesamtheit frei durch Beseitigung der blödsinnigen Luxusverschwendung der jetzt herrschenden Klassen und ihrer politischen Repräsentanten. Die Möglichkeit, vermittels der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum ersten Male da, aber sie ist da.

Friedrich Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", Verlag Neuer Weg, Berlin 1945, S. 57 ff.

7

Die Kommunisten sind *keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien.*

Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.

Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.

Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei", Berlin 1946, Seite 16

8

Die Interessen des Sozialismus stehen höher als die Interessen des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Lenin: „Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens", „Ausgewählte Werke", Bd. II, Berlin 1953, S. 310

9

Sittlich ist, was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft dient und dem Zusammenschluß aller Werktätigen um das Proletariat, das die neue Kommunistische Gesellschaft errichtet.

Lenin: „Rede auf dem III. Allrussischen Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands am 2. 10. 1920", „Ausgewählte Werke", Bd. II, Berlin 1953, S. 790

10

Wir sagen, daß unsere Sittlichkeit völlig den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet ist. Unsere Sittlichkeit entspringt den Interessen des proletarischen Klassenkampfes.

Lenin: „Ausgewählte Werke", Bd. II, S. 788

11

Man . . . muß zu allen und jedweden Opfern entschlossen sein und sogar — wenn es sein muß — zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur *in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten.*

Lenin: „Ausgewählte Werke", Bd. II, S. 701

12

. . . im voraus auf Lavieren, auf die Ausnutzung der Interessengegensätze zwischen den Feinden, auf *Verstän-*

digung und Kompromisse mit möglichen (wenn auch zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten — ist das nicht eine über alle Maßen lächerliche Sache?

Lenin: „Ausgewählte Werke", Bd. X, S. 105

13

Man muß die größte Hingabe an die Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vereinigen, alle notwendigen praktischen *Kompromisse* einzugehen, zu lavieren, zu paktieren, im Zickzack vorzugehen, Rückzüge anzutreten und dergleichen . . .

Lenin: „Werke", russisch, Bd. XXX, S. 75

14

Die Existenz zweier sozialer Weltsysteme — des Kapitalismus und des Sozialismus — ist eine unbestreitbare historische Tatsache. Ihr kann man sich nicht entziehen. Daher darf es bei den Kommunisten auf dem Gebiet der Ideologie nicht die geringste Tendenz zur Versöhnung der antagonischen Widersprüche geben. Daher schließen sich die sozialistische und die bürgerliche Ideologie gegenseitig aus; *eine friedliche Koexistenz zwischen ihnen gibt es nicht* und kann es nicht geben . . . Ein richtiger leninistischer Kommunist sein, das bedeutet, daß man alles, was der Politik der Partei und ihrer Ideologie widerspricht, nicht duldet.

„Kommunist", theoretische Zeitschrift des ZK der KPdSU, Moskau 1957, Nr. 1

15

Wir müssen aber zur Taktik des Abwartens, zum langsamen Sammeln der Kräfte unsere Zuflucht nehmen, wenn die objektiven Umstände uns keine Möglichkeit geben, zum allgemeinen, schonungslosen Gegenstoß aufzurufen.

Lenin: „Werke", russisch, Bd. XXVII, S. 341

16

Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie erobert wurde und behauptet wird, eine Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist.

Lenin: „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", „Ausgewählte Werke", Bd. II, S. 418

17

Nur Schufte und Idioten können sich einbilden, daß das Proletariat erst die Majorität haben muß in Wahlen. Nachdem das Proletariat genügend mächtige politische und militärische „Stoßtruppen" versammelt hat, muß es die Bourgeoisie *stürzen und ihr die Staatsgewalt entreißen*, um sie ihren eigenen Klasseninteressen dienstbar zu machen.

Lenin: „Werke", Bd. XXVI, S. 336

18

Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft.

Lenin: „Ausgewählte Werke", Bd. X, S. 57 f.

19

Die Kommunisten erstreben die völlige *Verschmelzung der Arbeiter und Bauern aller Nationen der Welt* zu einer einheitlichen Sowjetrepublik

Lenin: „Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine", „Ausgewählte Werke", Bd. II, Berlin 1953, S. 640

20

Erst wenn wir die Bourgeoisie der ganzen Welt, und nicht nur in einem Land, niedergeworfen, vollständig be=

siegt und expropriiert haben, werden die Kriege unmöglich werden.

Lenin: „Werke" russisch, Bd. XXVII, S. 174

21

Der Sieg des Sozialismus ist in einem einzeln genommenen kapitalistischen Lande möglich . . . Nachdem das siegreiche Proletariat dieses Landes die Kapitalisten enteignet hat, würde es sich gegen die übrige kapitalistische Welt erheben, die unterdrückten Klassen für sich gewinnen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten anfachen und *im Notfall sogar mit Kriegsgewalt gegen die Ausbeuterklasse und ihre Staaten vorgehen.*

Lenin: „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa", Moskau 1947, S. 246 f.

22

Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist *ohne gewaltsame Revolution unmöglich.*

Lenin: „Staat und Revolution", „Ausgewählte Werke", Bd. II, S. 173

23

Nach dem Siege sind die „Reformen" für das Land, in welchem der Sieg erfochten ist, außerdem eine notwendige und berechtigte Atempause in Fällen, wo die Kräfte, nachdem man sie aufs höchste angespannt hat, zur revolutionären Ausführung dieses oder jenes Überganges offensichtlich nicht ausreichen.

Lenin: „Ausgewählte Werke", Bd. IX, S. 322 f.

24

Die Diktatur des Proletariats kann keine „vollständige" Demokratie, *keine Demokratie für alle,* sowohl für die Reichen als auch für die Armen, sein; die Diktatur des Proletariats muß ein Staat sein, auf neue Art *demokra-*

tisch — für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen, und auf eine neue Art *diktatorisch — gegen die Bourgeoisie.*

Lenin: „Staat und Revolution", zitiert von *Stalin:* „Über die Grundlagen des Leninismus", „Fragen des Leninismus", S. 46

25

In der Tat, wenn das Reich der Arbeiter und Bauern nimmer enden sollte, so würde das bedeuten, daß es niemals Sozialismus geben wird, denn Sozialismus bedeutet Aufhebung der Klassen; solange aber Arbeiter und Bauern bestehen bleiben, bleiben auch verschiedene Klassen bestehen und kann es folglich keinen vollen Sozialismus geben.

Lenin: „1921", „Sämtliche Werke", Bd. XXVI, S. 352

26

Der Überbau wird von der Basis zwar hervorgebracht, aber das bedeutet keineswegs, daß er die Basis einfach widerspiegelt, daß er passiv und neutral, daß ihm das Schicksal der verschiedenen Klassen und der Charakter der Gesellschaftsordnung gleichgültig ist. Im Gegenteil, einmal entstanden, wird er zu einer gewaltigen Kraft, die dazu beiträgt, daß seine Basis eine bestimmte Gestalt annimmt und sich festigt, und er tut alles, um der Neuordnung zu helfen, der alten Basis und den alten Klassen vollends den Garaus zu machen.

Stalin: „Marxismus und Sprachwissenschaft", 1950

27

Die Sprache ist eine geschichtlich gewachsene Erscheinung, die nicht wie der Überbau den Bedürfnissen einer einzelnen Klasse, sondern der ganzen Gesellschaft, allen Klassen der Gesellschaft, dient. Deshalb leben die Sprachen unvergleichlich länger als jede Basis und jeder Überbau.

Stalin: „Marxismus und Sprachwissenschaft", 1950

28

. . . daß die Gesetze der ökonomischen Entwicklung die Gesetzmäßigkeiten von Prozessen widerspiegeln, die sich unabhängig von dem Willen der Menschen vollziehen. . . Die Menschen können diese Gesetze entdecken, sie er= kennen, erforschen, bei ihrem Handeln berücksichtigen, aber sie können sie nicht ändern oder aufheben. Noch weniger sind sie imstande, neue wissenschaftliche Ge= setze künstlich zu schaffen.

Stalin: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", 1952

29

Es ist unmöglich, vorwärtszuschreiten und die Wissen= schaft weiterzubringen, ohne die veralteten Thesen und Äußerungen gewisser Autoritäten einer kritischen Ana= lyse zu unterziehen. Dies gilt nicht nur für militärische Autoritäten, sondern auch für die Klassiker des Mar= xismus.

„Neues Deutschland" vom 9. 5. 1947

30

Denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann sich niemand Marxist nennen, der nicht offen und rückhaltlos die Sowjetunion unterstützt.

Fred Oelßner: „Die Sowjet=Union, unser Vorbild und Freund", Berlin 1949, S. 12

31

Revisionismus ist eine dem Marxismus feindliche Strö= mung in der Arbeiterbewegung.

„Große Sowjet=Enzyklopädie", Moskau 1955, Bd. 36

32

Revisionismus oder Reformismus ist eine feindliche Rich= tung gegenüber dem revolutionären Marxismus und ge=

gen die Grundinteressen des Proletariats, welche den Klassenkampf für die Diktatur des Proletariats und für den Sieg des Sozialismus durch geringfügige Reformen ersetzt.

„Kurzes Philosophisches Wörterbuch", Moskau 1955

33

Revisionismus . . . versucht den Marxismus durch Entstellung und Ablehnung seiner Leitsätze und durch ihre Ersetzung durch unrevolutionäre und unwissenschaftliche Theorien zu verflachen, zu entstellen und zu beseitigen; fordert den Verzicht auf den Klassenkampf, auf die sozialistische Revolution, auf die Diktatur des Proletariats, auf den Sozialismus.

„*Wilhelm Liebknechts* Fremdwörterbuch", Dietz-Verlag, Berlin 1953

34

Harich verfolgte das Ziel, die marxistische Philosophie von ihrer proletarischen Klassengrundlage, ihrer revolutionären Bestimmung und Zielsetzung loszulösen, sie durch „neue Prinzipien", die er der alten, bürgerlichen Philosophie und Anthropologie entlehnt hatte, zu „bereichern" und zu „verbessern", die marxistische Philosophie als eben auch eine philosophische Richtung neben die verschiedenen Richtungen der bürgerlichen Philosophie zu stellen, sie mit dieser gleichsam „konkurrenzfähig" und somit auch „salonfähig" zu machen. Harich vertrat die *antimarxistische Konzeption, daß eine friedliche Koexistenz auf ideologischem Gebiet durchaus möglich* und im Interesse der marxistischen Philosophie selbst sogar gut und notwendig sei. Er meinte, die marxistische Philosophie bedürfe zu ihrer weiteren Entwicklung der Aussagen und Fragestellungen der bürgerlichen idealistischen Philosophie.

„Deutsche Zeitschrift für Philosophie", „Organ der philosophischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik", Ost-Berlin, Nr. 1/1957, Leitartikel

35

Für den heutigen Revisionismus ist charakteristisch, daß er von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus abgeht und eine Haltung zur Untergrabung der Einheit des sozialistischen Lagers, eine nationalistische Haltung einnimmt. Der Revisionismus leugnet gewisse gemeinsame Grundzüge und Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Losung des „Nationalkommunismus", die von Dulles und anderen Ideologen des Imperialismus ausgegeben worden ist, soll die Gemeinschaft der sozialistischen Länder spalten und sie zueinander und insbesondere zur Sowjetunion in Gegensatz bringen. Das Ziel dieses Vorhabens der internationalen Bourgeoisie ist klar: Sie würde gern das Weltsystem des Sozialismus schwächen und die internationalen Positionen des Kapitalismus stärken.
Die kommunistischen und Arbeiterparteien kämpfen gegen den schädlichen Einfluß des heutigen Revisionismus und versetzen ihm die gebührende Abfuhr.

> Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

36

Der Revisionismus hat sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart internationalen Charakter. Seinem sozialen Wesen nach ergibt er sich aus dem Einfluß und dem Druck der Bourgeoisie auf einen gewissen Teil der Arbeiterklasse und heute auch aus dem Einfluß der bürgerlichen reformistischen Ideologie der Rechtssozialisten auf schwankende Kommunisten.
Wodurch wird der moderne Revisionismus im wesentlichen gekennzeichnet?
Zunächst mehr oder weniger durch die Absage an die Grundlagen des Marxismus, an die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und ihre Ablösung durch das gesellschaftliche Eigentum, an die Idee der Diktatur des Proletariats, an die Lehre von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-

leninistischen Partei in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus sowie durch das Abgleiten auf die Position des bürgerlichen Demokratismus. Besonders Imre Nagy in Ungarn hat diese Seite des Revisionismus zum Ausdruck gebracht und glitt zum völligen Verrat an der Sache des Sozialismus ab.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

37

Als erstes Land des siegreichen Sozialismus und als stärkstes in der Familie der sozialistischen Länder, das reich an Erfahrungen ist, erweist die Sowjetunion den anderen sozialistischen Ländern ständig Hilfe und Unterstützung und erfüllt damit ihre internationale Pflicht. Die Völker dieser Länder sehen in der Sowjetunion das Bollwerk des Sozialismus, hegen ihr gegenüber Gefühle der brüderlichen Dankbarkeit und Freundschaft, die zu schwächen den Feinden des Sozialismus niemals gelingen wird.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

38

Der Sozialismus ist die erste Stufe der kommunistischen Gesellschaft, deren Aufbau das Endziel des Kampfes der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ist. Wir müssen uns, sagte Lenin, „indem wir die sozialistische Umgestaltung in Angriff nehmen, . . . ein klares Ziel stellen, auf das diese Umgestaltung letzten Endes hinauslaufen soll, nämlich das Ziel der Schaffung der kommunistischen Gesellschaft, die sich nicht nur auf die Expropriierung der Fabriken, Betriebe, Ländereien und Produktionsmittel be-

schränkt, die sich nicht nur auf die strenge Rechnungslegung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produkte beschränkt, sondern darüber hinausgeht durch Verwirklichung des Prinzips: *Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.*" (W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXII, Zürich 1934, S. 382)

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

39

Im Sozialismus findet ein Prozeß der Umerziehung der Menschen, die Gewöhnung aller arbeitsfähigen Bürger an die schöpferische, kameradschaftliche und gemeinsame Arbeit statt: In diesem Prozeß befreien sie sich von den Anschauungen und Gewohnheiten, die noch aus dem Ausbeutersystem stammen, von den Überbleibseln des Kapitalismus. Infolgedessen bleibt die *Arbeit* im Sozialismus noch in erster Linie das Mittel zum Leben, während sie *beim voll verwirklichten Kommunismus* für alle Menschen nicht nur zur Pflicht, sondern auch *zum ersten Lebensbedürfnis,* zu einer Freude wird. Im Sozialismus werden die Produkte daher nicht nach den Bedürfnissen, sondern nach der Quantität und der Qualität der Arbeit verteilt, die jeder einzelne Mensch für die Gesellschaft leistet.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

40

Wie die historischen Erfahrungen der Entwicklung der sozialistischen Länder bezeugen, sind die allgemeinen Züge und Gesetzmäßigkeiten des Sieges der sozialistischen Revolution und der Schaffung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft folgende: Die *Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse,* die Errichtung

der *Diktatur des Proletariats* — der Demokratie für die Werktätigen bei führender Rolle der marxistisch-leninistischen Partei; das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Hauptmassen der Bauernschaft und allen anderen Schichten der Werktätigen; die Beseitigung des nationalen Jochs und die Herstellung der Gleichberechtigung und der brüderlichen Freundschaft zwischen den Völkern; die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums und die Herstellung sozialistischen, gesellschaftlichen Eigentums an den Hauptproduktionsmitteln; die planmäßige Entwicklung der Industrie, der Ökonomik insgesamt, die auf den *Aufbau des Sozialismus und Kommunismus*, auf die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen gerichtet ist; die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft; die Festigung und Entwicklung des sozialistischen Staates und die *Entwicklung der sozialistischen Demokratie*, der *Schutz der Errungenschaften des Sozialismus* vor einem Angriff der äußeren und inneren Klassenfeinde; die Solidarität der Arbeiterklasse des jeweiligen Landes mit der Arbeiterklasse anderer Länder, die für den Sieg der Ideen des Sozialismus und Kommunismus kämpfen — der *proletarische Internationalismus.*

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

41

Die Sowjetunion war immer bereit, mit jenen Kräften der kapitalistischen Welt zusammenzuarbeiten, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. Vor dem zweiten Weltkrieg schlug sie vor, ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen, um Hitlerdeutschland an der Entfesselung eines Krieges zu hindern. Sie war bereit, den Ländern militärische Hilfe zu erweisen, denen eine Aggression drohte. Wenn diese Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt wurden, so ist dies darauf zurückzuführen, daß Hitlerdeutschland mit den reaktionären Kreisen der USA, Englands und Frankreichs unter einer Decke steckte, die davon träumten, mit den Händen Hitlers den ersten sozialistischen Staat abzuwürgen. Doch die Inter-

essen der konkurrierenden Monopolgruppen überstiegen
deren Klasseninteressen, und Hitlerdeutschland zog es
vor, zuerst gegen Frankreich und England zu schlagen.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation
des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus=
Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der
Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

42

Das Bestehen der Sowjetunion und der anderen sozialisti=
schen Staaten, die entschlossen das *Leninsche Prinzip der
Selbstbestimmung der Nationen verteidigen,* erleichtert
in großem Maße den Kampf aller unterdrückten Völker
um ihre nationale Unabhängigkeit gegen den Kolonialis=
mus. Die Völker, die gestern noch Kolonien oder Halb=
kolonien waren und jetzt den Weg einer selbständigen
Entwicklung beschritten haben, können sich im Kampf
um die Festigung ihrer ökonomischen und politischen
Unabhängigkeit gegen imperialistische Verschwörungen
und Abenteuer auf die selbstlose Unterstützung der So=
wjetunion und der anderen sozialistischen Länder stützen.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation
des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus=
Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der
Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

43

In unserer Zeit ist der Krieg keine schicksalhafte Unver=
meidlichkeit. Den finsteren Kräften der imperialistischen
Reaktion, den kapitalistischen Monopolen, die an Wett=
rüsten und Aggressionskriegen interessiert sind, stehen
die Staaten und Völker gegenüber, die sich die edle Auf=
gabe zu eigen gemacht haben, die Organisatoren von
Kriegsabenteuern zu zügeln und die Menschheit vor
neuen unzähligen Opfern und Zerstörungen zu bewah=
ren. Die Festigung des sozialistischen Weltsystems, die
konsequente Friedenspolitik der sozialistischen Länder
und die überall wachsende Bewegung der Friedensanhän=
ger binden den Aggressoren die Hände und erschweren
die Entfesselung eines neuen Krieges.

Wenn es die Kräfte des Imperialismus aber trotzdem wagen sollten, einen neuen Weltkrieg vom Zaune zu brechen, so werden sie einer solchen Empörung und einem solchen Widerstand der Völker begegnen, die zum *endgültigen Zusammenbruch des gesamten kapitalistischen Systems* führen.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KZdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

44

Wir gehen davon aus, daß für den Sieg des Sozialismus Kriege nicht notwendig sind. Wir sind überzeugt, daß im friedlichen Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus der Sieg auf der Seite des Sozialismus sein wird, der Kapitalismus aber unvermeidlich vom Schauplatz der Geschichte abtreten wird, wie das seinerzeit mit dem Feudalismus geschah, der seinen Platz dem Kapitalismus überließ.

Chruschtschow zu *James Reston*, Chefkorrespondent der „New York Times", in: „Neues Deutschland" vom 12. 10. 1957

45

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Formen des Überganges zum Sozialismus immer mannigfaltiger sein werden. Dabei ist es nicht unbedingt notwendig, daß die Verwirklichung dieser Formen unter allen Umständen mit dem Bürgerkrieg verbunden sein wird. Unsere Feinde lieben es, uns Leninisten immer und in allen Fällen als Anhänger der Gewalt darzustellen. Es ist richtig, daß wir die Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft anerkennen. Und das unterscheidet die revolutionären Marxisten von den Reformisten, den Opportunisten. Es besteht kein Zweifel, daß der gewaltsame Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die damit verbundene krasse Verschärfung des Klassenkampfes für eine Reihe

kapitalistischer Länder unvermeidlich sind. Aber es gibt verschiedene Formen der sozialen Revolution. Der Leni= nismus lehrt, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten. *Aber die größere oder gerin= gere Schärfe des Kampfes, die Anwendung oder Nicht= anwendung von Gewalt beim Übergang zum Sozialismus hängen nicht so sehr vom Proletariat als vielmehr vom Widerstand der Ausbeuter, von der Anwendung von Gewalt durch die Ausbeuterklasse selbst ab.*

Chruschtschow vor dem XX. Parteitag, in: „Prawda" vom 15. 2. 1956

46

Wenn es um den Kampf gegen den Imperialismus geht, können wir versichern, *daß wir tatsächlich alle Stali= nisten sind.* Wir dürfen stolz darauf sein, daß wir am Kampf für den Fortschritt unserer großen Sache gegen unsere Feinde teilgenommen haben. Unter diesem Ge= sichtspunkt bin ich stolz darauf, daß wir Stalinisten sind.

Chruschtschow in seiner Rede beim Neujahrsempfang im Kreml, 31. 12. 1956, in: „Ostprobleme" vom 1. 2. 1957, 9. Jg., Nr. 5

47

Ich mache nicht nur keinen Unterschied zwischen Stalin bzw. dem Stalinismus und dem Kommunismus, sondern ich bin auch der Ansicht, daß Stalin, der als Kommunist immer für die Klasseninteressen, für die Interessen einer bestimmten Klasse, nämlich der Arbeiterklasse, kämpfte, ein vorbildlicher Kommunist gewesen ist. . . . Wir haben an Stalin Kritik geübt und wir werden das notfalls wie= der tun, aber nicht weil wir meinen, er sei — was seinen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse betrifft — ein schlechter Kommunist gewesen, sondern weil ihm Fehler und Irrtümer unterlaufen sind. Dies hatte auch Lenin erkannt, er hat schon vor uns darauf hingewiesen, und er hat recht behalten. Auch wir sehen sie und sa= gen, daß diese Fehler eine schlimme Sache sind. *Aber im wesentlichen — und das Wesentliche sind die Inter=*

essen der Arbeiterklasse und ihre tatkräftige Verteidigung — gebe Gott, daß jeder Kommunist so kämpft, wie Stalin gekämpft hat. Der Stalinismus war mit gewissen Ungerechtigkeiten verbunden, aber er bedeutete auch: unbeirrbaren, kompromißlosen Kampf bis zum Sieg der Arbeiterklasse auf der Basis des Marxismus-Leninismus.

Chruschtschow beim Empfang für *Chou En-lai,* Moskau, 17. 1. 1957, in: „Ostprobleme" vom 1. 2. 1957, 9. Jg., Nr. 5

48

Die Bourgeoisie hat eine andere Moral als das Proletariat . . . Die proletarische Moral entwickelte sich aus der Solidarität der Unterdrückten in den Betrieben und Werkstätten, wurde im Feuer des Klassenkampfes geboren. Die gleichen Existenzbedingungen der Arbeiter in den Betrieben, die gemeinsamen Interessen im Kampf um Lohn und Brot veranlaßten die Arbeiter zum Zusammenhalten, zur Schaffung von Organisationen, zur Solidarität untereinander . . . Es gibt für das Verhalten eines Parteimitgliedes in den verschiedenen Lebenslagen keine Schablone und keine Kochbuchvorschrift. *Entscheidend ist, glaube ich, die Erkenntnis, ob das Verhalten der Partei dient oder der Partei schadet . . . Wir haben eine Parteimoral als ein Mittel der Erziehung zu höherer Lebensform.*

Hermann Matern: „Was verstehen wir unter Parteimoral?", in: „Neuer Weg", 1/1951, S. 7–8

49

Die sozialistische Moral fordert in jeder Hinsicht Sauberkeit und Klarheit. Sie will ihre Verwirklichung in allen Beziehungen der Menschen, im Objektiven wie im Subjektiven. Sie will die Gesellschaft verändern, und sie will den einzelnen Menschen verändern, beides in der Richtung zum Sozialismus. *Warten wir mit der Veränderung des Menschen nicht erst ab, bis die Gesellschaft verändert ist!* Es liegen in ihr heute schon alle Bedingungen und Möglichkeiten bereit, die die Veränderung

der Menschen möglich und notwendig machen. Verändern wir darum die Menschen, damit sich auch die Gesellschaft schneller und besser in der Richtung zum Sozialismus verändern kann. Wir werden dann dadurch wieder neue und bessere objektive Voraussetzungen dafür schaffen, daß immer mehr Menschen der Deutschen Demokratischen Republik für den Sozialismus sich begeistern werden und im Kampf für seine Verwirklichung den höchsten Sinn und Zweck ihres Lebens erblicken.

Matthäus Klein: „Über das Wesen und die gesellschaftliche Funktion der sozialistischen Moral" (II), in: „Einheit", Nr. 1/1957, S. 66

50

An diesen Problemen (Moral des Arztes und Republikflucht), Genossen, hat sich eine große Diskussion entwickelt, *daß die Moral des Arztes eben doch eine klassengebundene Moral ist*, und daß man heute mit dem hippokratischen Eid die Unmoralität und den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse durch einen Republikflüchtigen nicht mehr beurteilen kann, sondern daß man durchdrungen sein muß von den Prinzipien der sozialistischen Moral.

„Laßt die Blumen des Marxismus blühen" von *Hans Singer*, 1. Sekretär der Parteiorganisation der Humboldt-Universität, Berlin, aus Diskussionsbeiträgen auf der Hochschulkonferenz, in: „Forum", Nr. 11 vom 13. 3. 1958, S. 5

II

Parteien und Massenorganisationen

(51–105)

51

Die Partei des Proletariats kann sich nicht beschränken auf die bürgerlich=parlamentarische demokratische Repu=blik, die überall in der Welt die monarchistischen Werk=zeuge zur Unterdrückung der Massen aufrechterhält . . . Die Partei kämpft für *eine Republik, die demokratischer ist, für eine proletarisch=bäuerliche Republik,* in der die Polizei und das stehende Heer vollkommen beseitigt sind und durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes, die allgemeine Miliz, ersetzt werden; alle beamteten Perso=nen werden nicht nur gewählt, sondern sind auch jeder=zeit auf Verlangen der Mehrheit ihrer Wähler absetzbar; die Besoldung aller beamteten Personen ohne Ausnahme wird in einer Höhe festgesetzt, die den Durchschnitts=lohn eines qualifizierten Arbeiters nicht übersteigt; die *parlamentarischen Vertretungskörperschaften werden nach und nach ersetzt durch Räte der Vertreter des Vol=kes* (der verschiedenen Klassen und Berufe oder der ver=schiedenen Orte), *die gesetzgebend und gesetzvollziehend zu gleicher Zeit sind.*

Lenin: „Sämtliche Werke", Bd. XX, Erster Halbband, Berlin=Wien 1928, S. 389

52

Es ist notwendig, daß die Partei sich nicht als Anhäng=sel des parlamentarischen Wahlapparates betrachtet, wie im Grunde sich die Sozialdemokratie betrachtet, und auch nicht als Gratisbeilage zu den Gewerkschaften, wovon

zuweilen manche anarchosyndikalistischen Elemente faseln, sondern als die *höchste Form der Klassenvereinigung des Proletariats, welche berufen ist, alle übrigen Formen der proletarischen Organisation, von den Gewerkschaften bis zu den Parlamentsfraktionen, zu führen . . .*
Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeit der Partei, besonders wenn in ihr die sozialdemokratischen Traditionen noch nicht überwunden sind, auf revolutionäre Art umgebaut wird, die darauf berechnet ist, daß jeder Schritt der Partei, jede ihrer Aktionen zur Revolutionierung der Massen der Arbeiterklasse im Geiste der Revolution führt . . .
Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in ihrer Arbeit eine unversöhnliche revolutionäre Einstellung (nicht zu verwechseln mit revolutionären Abenteurertum!) mit einem Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit (nicht zu verwechseln mit Anpassungspolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung unmöglich ist, alle Formen des Kampfes und der Organisation zu erfassen, die Tagesinteressen des Proletariats mit den grundlegenden Interessen der proletarischen Revolution zu verbinden und in ihrer Arbeit den legalen Kampf mit dem illegalen Kampf zu verbinden.

Stalin: „Zwölf Grundbedingungen für die Entwicklung zur Partei neuen Typus" (1925 formuliert), abgedruckt in: „Wissen und Tat", 5/6, 1950, S. 3

53

Die Parteiorganisationen müssen gegen jedwede Abweichung von der Politik der Kommunistischen Partei sowie von der marxistisch-leninistischen Ideologie einen entschiedenen Kampf führen. Jedem Kommunisten wird im Rahmen des Statuts der KPdSU die Freiheit zuerkannt, allen Fragen der Parteipolitik gegenüber kritisch Stellung zu nehmen. Aber die Partei hat kleinbürgerliche Undiszipliniertheit, um so mehr aber antiparteiliche Äußerungen, selbst wenn sie nur vereinzelt vorkommen, niemals geduldet und wird sie auch nicht dulden. *Die Partei kann nicht zulassen, daß die Freiheit einer kritischen Stellungnahme zu den einzelnen Fragen*

im Sinne einer Propaganda von Ansichten, die dem Geiste des Marxismus-Leninismus fremd sind, interpretiert wird, da dies den statuarischen Bestimmungen der Partei, ihren Prinzipien widerspricht.

„Prawda", vom 5. 4. 1956

54

Man darf es nicht geschehen lassen, wenn einzelne verfaulte Elemente den Versuch unternehmen, *die Kritik und Selbstkritik für allerlei verleumderische Hirngespinste und antiparteiliche Behauptungen zu mißbrauchen* . . . Einzelne verfaulte Elemente versuchen unter dem Aspekt einer Verurteilung des Kultes der Persönlichkeit, die Richtigkeit der Politik der Partei in Zweifel zu ziehen . . . Die Kommunisten der Parteiorganisationen begegnen diesen antiparteilichen Ausfällen nicht mit der nötigen militanten Unversöhnlichkeit . . .

„Prawda", vom 5. 4. 1956

55

Stalin benutzte die Partei und das NKWD für die Ausübung des *Massenterrors* zu einer Zeit, als die Ausbeuterklasse in unserem Lande bereits vernichtet und deshalb keine ernsthaften Gründe für die Anwendung des außergewöhnlichen Massenterrors gegeben waren . . . Unter Berufung auf Stalins These, daß die Zahl der Feinde wächst, je mehr wir uns dem Sozialismus nähern . . ., begannen die Provokateure . . ., den Massenterror . . . mit dem Parteiinteresse zu bemänteln . . . Nach (Stalins) Ansicht lagen diese Handlungen im Interesse der Partei der werktätigen Massen, der Sicherung der Errungenschaften der Revolution. Das ist die eigentliche Tragödie.

Chruschtschow in seiner Rede auf dem XX. Parteitag, Moskau, 25. 2. 1956, in: „Ostprobleme" vom 1. 2. 1957, 9. Jg., Nr. 5

56

Die Partei, die die führende Kraft im System der Diktatur des Proletariats ist, *lenkt die Tätigkeit des sowjetischen Staates und leitet die Arbeit aller seiner Organe.* . . . Durch seine Partei verwirklicht das Proletariat die staatliche Führung der sozialistischen Gesellschaft. Die politische Führung der Gesellschaft ist die wesentliche Tätigkeit der Partei. Die Partei gibt dem sowjetischen Volk das Programm zum Aufbau des Kommunismus; sie weist das Ziel, sie bestimmt die Methoden, um dieses Ziel zu erreichen, und entwirft die Richtlinie der Aktion. Die Kommunistische Partei ist vor allem der politische Führer der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Sowjetunion. Die Politik der Kommunistischen Partei umfaßt alle Lebensbereiche der sozialistischen Sowjetgesellschaft und stellt die Lebensgrundlage der Sowjetordnung, des Sowjetstaates und des Sowjetrechts dar. Diese Politik entspricht den Lebensinteressen des sowjetischen Volkes.

Übersetzung „Vor, über und neben dem Staat", in: „Ostprobleme" vom 8. 11. 1957, aus: „Sowjetskoje gosudarstwo i prawo", Moskau, Nr. Nr. 8, 1957

57

Die Partei arbeitet die allgemeine politische Linie aus. Sie koordiniert die Arbeit der Machtorgane, des Gerichts und der Verwaltung, lenkt ihre Tätigkeit, steht dank ihrer großen Autorität und ihrer außerordentlich reichen Arbeitserfahrung an der Spitze aller staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen und verwirklicht hart und unnachgiebig ihre Generallinie . . .
Ein sehr wichtiges Moment der Führung des Sowjetstaates besteht in der Überprüfung der Tätigkeit aller Organe des Staatsapparates durch die Partei . . .
Die Parteiorgane halten es für ihre Pflicht, besonders darauf zu achten, mit welchen Methoden die sowjetischen staatlichen Institutionen arbeiten, wie sie die großen Prinzipien der sozialistischen Sowjetdemokratie in die Tat umsetzen, und aufmerksam darüber wachen, daß sich

keine einzige Institution — und sei es auch die kleinste — isoliert und der Kontrolle der Partei und des Volkes entzieht, sowie daß in allen Gliedern des sowjetischen Staatsmechanismus die Forderungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und Rechtsordnung streng befolgt werden.

Übersetzung „Vor, über und neben dem Staat", in: „Ostprobleme" vom 8. 11. 1957, aus: „Sowjetskoje gosudarstwo i prawo", Moskau, Nr. 8, 1957

58

Der unter Führung der Kommunistischen Partei geschaffene und sich entfaltende sozialistische Sowjetstaat ist ein Staat echter Volksherrschaft, eines echten *proletarischen und sozialistischen Demokratismus.* Das von der Kommunistischen Partei geführte sowjetische Volk ist der oberste Souverän, der wirkliche Herr seines Staates und seines Landes . . .
Der Sozialismus gewährleistet ungeahnte Möglichkeiten zu einer allseitigen Entwicklung der Demokratie und der Volksinitiative, die in unserer von der Kommunistischen Partei geführten Gesellschaft auch in Zukunft zu noch vollerer und hervorragenderer Blüte gelangen werden.

Übersetzung „Vor, über und neben dem Staat", in: „Ostprobleme" vom 8. 11. 1957, aus: „Sowjetskoje gosudarstwo i prawo", Moskau, Nr. 8, 1957

59

Nur unter der Führung der Kommunistischen Partei, die mit dem zuverlässigen Kompaß des Marxismus-Leninismus ausgerüstet ist, die das ganze Sowjetvolk zu einem einheitlichen, großen Ziel führt, konnte die sozialistische Gesellschaft in der UdSSR aufgebaut werden. Die Lösung dieser weltgeschichtlichen Aufgabe hat *das Sowjetvolk objektiv* zur *Avantgarde der fortschrittlichen Menschheit gemacht.*

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

60

Auch jetzt, da der Aufbau des Sozialismus abgeschlossen ist und sich der allmähliche Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus vollzieht, vereint, organisiert, erzieht und begeistert die Kommunistische Partei das Sowjetvolk, führt sie es voran, neuen Siegen entgegen. Die Partei der Kommunisten ist die Seele der ganzen schöpferischen Tätigkeit des Volkes, der große Baumeister der kommunistischen Gesellschaft. Wer also absichtlich oder unabsichtlich versucht, die *führende Rolle der Kommunistischen Partei* auf diesem oder jenem Gebiet zu schwächen, hilft den Feinden des Kommunismus.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

61

In meinem Bericht vom 8. Februar 1955 vor dem Obersten Sowjet ist mir hinsichtlich der Frage über den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR eine fehlerhafte Formulierung unterlaufen. In dem Bericht hieß es: „Neben der Sowjetunion, wo die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft schon errichtet sind, gibt es auch einige volksdemokratische Länder, die erst die ersten, aber überaus wichtigen Schritte in Richtung zum Sozialismus getan haben."
Diese fehlerhafte Formulierung führt zu falschen Auffassungen, denen zufolge man in der UdSSR noch nicht die sozialistische Gesellschaft, sondern erst die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft, d. h. das Fundament der sozialistischen Gesellschaft, erbaut habe. Dies entspricht nicht der Wirklichkeit und läuft den wiederholten Bewertungen der Ergebnisse des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR, die in den Parteidokumenten vorliegen, zuwider . . .
Die politische Schädlichkeit dieser Formulierung besteht darin, daß sie Verwirrung in die ideologischen Fragen hineinträgt, den Beschlüssen der Partei hinsichtlich der Fragen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in

der UdSSR zuwiderläuft und in Zweifel zieht, daß im wesentlichen *der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande bereits eine Tatsache* ist.

Molotow in: „Kommunist", Moskau, Nr. 14, 1955

62

Die Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt, daß die Parteien und Personen, die den Marxismus verraten, zum Bankrott verurteilt sind. Die Parteien dagegen, die dem Marxismus-Leninismus treu bleiben und in der Lage sind, ihn schöpferisch zu entwickeln und auf die komplizierten Probleme der Gegenwart trotz aller Schwierigkeiten und zeitweiligen Mißerfolge anzuwenden, werden letzten Endes trotzdem den Sieg über ihre Gegner davontragen.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

63

Die Organisiertheit und das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse wachsen. In großen kapitalistischen Ländern wie Frankreich und Italien unterstützt die Mehrheit der organisierten Arbeiter die kommunistischen Parteien. Während im Jahre 1917, am Vorabend der Oktoberrevolution, die Kommunisten in Rußland nicht mehr als eine Viertelmillion zählten und es in anderen Ländern nur zahlenmäßig kleine Gruppen gab, die den Kommunisten nahestanden, so gehören heute über 33 Millionen Menschen den kommunistischen Parteien an. Das zeugt von der *unverrückbaren Gesetzmäßigkeit, daß der Einfluß der kommunistischen Ideen zunimmt,* und von der Entwicklung der kommunistischen Bewegung.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

64

Auf der innerparteilichen Demokratie beruht die straffe Parteidisziplin, die dem sozialistischen Bewußtsein der Mitglieder entspringt. Die *Parteibeschlüsse haben ausnahmslos für alle Parteimitglieder Gültigkeit*, insbesondere auch für die in Parlamenten, Regierungen, Verwaltungsorganen und in den Leitungen der Massenorganisationen tätigen Parteimitglieder.

„Protokoll der 1. Parteikonferenz der SED“, 1949, S. 527

65

Die Partei des Proletariats verwirklicht die Führung der Massen auf verschiedene Weise. In unserer *antifaschistisch=demokratischen Ordnung* führt die Partei die Arbeiterklasse und die Werktätigen

1. direkt, durch die Darlegung der Politik vor den Massen (besonders durch die Presse), durch ihre Losungen, durch die Tätigkeit ihrer Grundorganisationen, durch die propagandistische und agitatorische Tätigkeit nach außen,
2. durch die Massenorganisationen, die „Transmissionen“ zwischen Partei und Massen (Lenin); d. h. durch die zielklare und überzeugende Tätigkeit unserer Genossen in diesen Massenorganisationen,
3. durch die beiden großen Massenbewegungen unseres Volkes, die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Friedensbewegung, in denen unsere Mitglieder eine hervorragende Rolle spielen,
4. durch den antifaschistisch=demokratischen Block, in dem unsere Fraktionen, bei strenger Einhaltung des demokratischen Prinzips, auf dessen Grundlage die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Parteien nur möglich ist, die Führung innehaben. Sie haben die Führung, weil die Theorie des Marxismus=Leninismus sie befähigt, am konsequentesten und sichersten den Weg zu den Zielen aufzuzeigen, die sich der antifaschistisch=demokratische Block in seiner Tätigkeit gesteckt hat,
5. durch den Staats= und Wirtschaftsapparat unserer Deutschen Demokratischen Republik, d. h. durch die

Tätigkeit der Funktionäre unserer Partei in diesem Apparat, die ihre Mitarbeiter zur richtigen, unbürokratischen Durchführung der Gesetze unseres Staates anleiten, und durch die Betriebsparteiorganisationen der SED, die die Angestellten zur Verbesserung ihrer Arbeitsmethoden und ihrer fachlich-politischen Qualifikation erziehen.

„Die Methode der Überzeugung – die richtige Methode der Massenführung durch die Partei", in: „Einheit", 2/1952, S. 113

66

25. Der Organisationsaufbau der Partei beruht auf dem *Prinzip des demokratischen Zentralismus*. Dieser Grundsatz besagt:

a) daß alle Parteiorgane von unten bis oben demokratisch gewählt werden;
b) daß die gewählten Parteiorgane zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor den Organisationen verpflichtet sind, durch die sie gewählt wurden;
c) daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisationen verbindlich sind, straffe Parteidisziplin zu üben ist und sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet.

„Dokumente der SED", Bd. 5, Berlin 1956, S. 100

67

Die zehnjährige Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Entwicklung im Osten Deutschlands, in der heutigen Deutschen Demokratischen Republik, zeigt eine siegreiche Entwicklung, die den Interessen des werktätigen Volkes – mit dem Volk und durch das Volk – entspricht. So ist der 2. Fünfjahrplan ein Ausdruck der siegreichen Gestaltung des Lebens der Arbeiterklasse und aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Die Frage – wer – wen? ist bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik durch

die richtige Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ihres Zentralkomitees entschieden worden. Damit hat eindeutig die Generallinie der Partei gesiegt. Sie war ehrlich und richtig.

„Leipziger Volkszeitung" vom 20. 4. 1956

68

Ungarn lehrt: Es gibt *keinen dritten Weg.* Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Nationale Front des demokratischen Deutschland sind der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und der Revolutionären Arbeiter=und=Bauern=Regierung mit Genossen Kadar an der Spitze dafür dankbar, daß sie den Kampf führen zur Vernichtung der Reste der Konterrevolution und für die Stärkung und Festigung der Arbeiter=und=Bauern=Macht. Wir fühlen uns brüderlich verbunden mit den Genossen der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, die unter so schweren Bedingungen ihre Kampfaufgabe erfüllen. Alle friedliebenden Kräfte in Deutschland sind der Sowjetunion und der Sowjetarmee dafür dankbar, daß sie der revolutionären Arbeiter=und=Bauern=Macht in Ungarn geholfen haben, militärisch die Konterrevolution niederzuwerfen, und dadurch verhinderten, daß Ungarn zum Aufmarschgebiet imperialistischer Kräfte, zu einem neuen Kriegsherd wird.

Walter Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

69

Aber offen *antisozialistische Klassen gibt es in der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr.* Das kommt klar und eindeutig in der Zusammenarbeit der politischen Parteien und Massenorganisationen in der Nationalen Front zum Ausdruck. Nicht eine einzige dieser Parteien oder Organisationen ist gegen den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik aufge=

treten; im Gegenteil! Sie erklären alle nicht nur ihre Zustimmung, sondern ihre Bereitwilligkeit, am Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik mitzuwirken.

Fred Oelßner: „Fragen der Klassenstruktur der Deutschen Demokratischen Republik", in: „Einheit", Nr. 5, 1957, S. 634

70

Und wenn man Euch weiter jene spitzfindigen und schraubend gestellten Formulierungen vorhält, in Deutschland sei Karfreitag die Sozialdemokratische Partei ans Kreuz geschlagen, dann vergeßt nicht, diesen Leuten zu sagen, *daß diese selbe Sozialdemokratische Partei aber zu Ostern zu größerer und gewaltigerer Zukunft sich erhoben hat.*

Grotewohl am 19. 4. 1946 auf dem letzten Parteitag der sowjetzonalen SPD, „Reden", Bd. I, S. 137

71

Soviel ist sicher, würde einer der beiden Teile die Gemeinsamkeit der zu beginnenden Arbeit stören oder sprengen, so müßte oder würde die unerbittliche Folge für diesen Störenfried sein, daß er vor dem westlichen Teil der deutschen Arbeiterschaft diffamiert und geschändet dastünde. Jede politische Zukunft wäre diesem Teil in Deutschland damit für die Zukunft unmöglich gemacht.

Grotewohl am 1. 3. 1946, lt. „Einheit", 3/1949

72

Es ist ganz gleichgültig, daß in einer großen Zahl thüringischer Städte die CDU und LDP die Mehrheit besitzt. Das Land Thüringen wird seine bewährten SED-Bürger-

meister behalten und sich nicht von Parteien beeinflussen lassen, die als das Sammelbecken aller Mißgestimmten und reaktionären Kräfte *zufällig die Mehrheit* erhalten haben.

Dr. Staas (SED), Leiter der thüringischen Präsidialkanzlei, anläßlich der Gemeindewahlen im September 1946

73

Die politische Korrumpierung des deutschen Volkes durch das nazistische System begann nach der Inbrandsetzung des Reichstages mit den unzulässigen Korrekturen von Wahlergebnissen. Im Verein mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Kräften haben wir es als unsere besondere Aufgabe angesehen, in Abkehr von allen Methoden des Nazismus — nicht zuletzt durch Gewährleistung absoluter Sauberkeit des Wahlverfahrens — eine andere politische Ära wahrhafter und wahrhaftiger Demokratie zu schaffen. Jegliche Abweichung von dieser Linie der unantastbaren demokratischen Sauberkeit würde das Ansehen und das politische Gesicht der Volksrats-Arbeit sowie der Blockpolitik im Westen und im Osten verhängnisvoll beeinträchtigen müssen. *Die LDP verlangt deshalb die restlose und sofortige Aufhebung der bei der Stimmauswertung der Volkskongreßwahlen festgestellten Unregelmäßigkeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber, die durch ihr antidemokratisches Verhalten die Volksratsarbeit sabotiert haben.*

Von *Dieckmann* unterschriebene Resolution des LDP-Landesvorstandes Sachsen, Mai 1949

74

Wir wären aber niemals der auf diesem Ansehen beruhende „Platz der Kontakte" geworden, wenn unser Standort in der politischen Welt nicht fest und unverrückbar wäre und gewesen wäre, wenn nicht *unser Bekenntnis zur sozialistischen Solidarität* allzeit durch die Tat, durch unsere Haltung, erhärtet worden wäre, wenn wir nicht die Freundschaft zur Sowjetunion als der führenden Kraft des sozialistischen Weltsystems als wert-

vollsten Besitz gehegt und ständig weiter gemehrt hätten. Und endlich sind es die großen Ergebnisse unseres täglichen Mühens, der Hingabe unserer Arbeiter, Bauern, Geistesschaffenden, Handwerker und aller anderen Werktätigen an das große Werk unseres sozialistischen Aufbaus, denen wir das ständig weitere Wachsen unseres internationalen Ansehens verdanken. Wenn wir heute — ohne Ruhrgebiet und Dollarmillionen — in der industriellen Gesamtproduktion an der fünften Stelle in Europa stehen (vor Italien, Belgien, Schweden usw.), so ist das wahrlich ein weit größeres deutsches „Wirtschaftswunder" als jenes auf Sand gebaute andere, dessen die Erhard und Krupp sich allzu laut rühmen. Mit uns weiß die weite Welt, daß wir auf festem Grunde bauen, auf dem festen Grunde unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Hier liegt der Schlüssel zu dem „Geheimnis" unserer Erfolge, unseres von Jahr zu Jahr wachsenden internationalen Ansehens.
Auf diesem Grunde werden wir weiter arbeiten und bauen, bis ganz Deutschland ein Land der Wohlfahrt aller Schaffenden, bis ganz Deutschland ein Land des Friedens geworden ist.

Dr. Johannes Dieckmann, Präsident der Volkskammer, in: „Sonntag", Wochenzeitung für Kultur, Politik und Unterhaltung, 6. 10. 1957, 12. Jg., S. 2

75

Wenn die Hände des Todes, die Imperialisten und Militaristen, bereits mit brennender Lunte bereitstehen, den Brand in unser deutsches Haus zu schleudern, dann ist *kein Raum und auch keine Zeit zu gemütlichen Stammtischgesprächen, auch wenn sie gesamtdeutschen Charakter haben.* Dann muß unsere Losung „Deutsche an einen Tisch" eine andere, der Größe der Gefahr entsprechende Bedeutung gewinnen. Dann ist es an der Zeit, zum offensiven, realpolitischen, zum wirklichkeitsnahen Streitgespräch überzugehen . . .
. . . die Nationale Front wird die ihr durch das 30. Plenum der SED gestellte nationale Aufgabe lösen und schöpferisch daran arbeiten, daß auch unsere westdeutschen Brüder und Schwestern ihre nationale Verpflichtung erkennen und sich einreihen in die offensive Front

gegen Militarismus, Faschismus und Monopolkapital. Denn die so geeigneten Kräfte sind stark genug, um . . . Deutschlands Einheit in Frieden und demokratischer Frei=heit zu erzwingen.

Minister *Dr. Hans Loch*, 1. Vorsitzender der LDP, in seinem Sonntagskommentar (Radio Ost=Berlin), am 3. 3. 1957

76

Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, *daß eine Einheitsliste für uns nicht in Frage kommt.* In einem Jahr wird das gemeinsame Werk in demokratischen Wah=len dem Urteil der Wähler unterbreitet. Das ist die feier=lich von allen beteiligten Parteien zugesagte Absicht, und unsere Mitwirkung garantiert, daß die Zusage gehalten wird.

Otto Nuschke in: „Neue Zeit" vom 12. 10. 1949

77

Vor nunmehr zehn Jahren bekannte sich die Christlich=Demokratische Union zur Volkskongreßbewegung und zur Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Seit dieser Zeit sind wir unbeirrbar auf diesem Weg vor=wärtsgeschritten und haben bei der Gewinnung der uns nahestehenden Bevölkerungsschichten gute Erfolge er=ringen können. Das vor uns liegende Jahr 1938 soll uns noch stärker und geschlossener bei der Arbeit sehen. Unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei wollen wir gemeinsam mit allen demokratischen Kräften unseres Arbeiter= und Bauernstaates noch intensiver für die Erhaltung des Friedens, *für den Aufbau des Sozialis=mus* und für die friedliche und demokratische Wieder=vereinigung Deutschlands kämpfen, wollen wir aber auch jederzeit bereit sein, *unsere Errungenschaften* gegen jeden zu verteidigen, der sie anzutasten wagt.

„Sozialismus ist die Zukunft und der Friede", Ent=schließung des Hauptvorstandes der Ost=CDU, in: „Neue Zeit" vom 19. 12. 1957

Meine Freunde!

In der ganzen Welt — und ganz besonders in Deutschland — zeigen sich heute in der Politik zwei Wege: Der Weg der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten zur Sicherung des Friedens durch Verhandlungen, Verständigung, Abrüstung und Verbot der Atomwaffen und der Weg der imperialistischen Kräfte zur Vorbereitung der Aggression mit den USA an der Spitze und der Bonner Regierung als deren willfährigen Satelliten.

Die Politik der Deutschen Demokratischen Republik ist immer eine Politik des Friedens gewesen, und sie wird dies auch weiterhin bleiben.

Darum gewinnt unsere Republik immer mehr an Achtung und Ansehen.

Aufgabe unserer Deutschen Demokratischen Republik ist es heute in ganz besonderem Maße, allen Völkern und vor allem der Bevölkerung Westdeutschlands zu zeigen, daß sie der Hort des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland, daß sie die Zukunft des ganzen deutschen Volkes ist, während die Bonner Regierung Westdeutschland das Aussehen einer unheilvollen Vergangenheit aufzwingt. Wir müssen unseren Brüdern und Schwestern in Westdeutschland am Beispiel unserer politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung und am Beispiel unserer sozialistischen Demokratie täglich beweisen, daß der Sozialismus der Friede und die Zukunft ist.

Im Kampf gegen die Machthaber in Bonn müssen sich die friedliebenden demokratischen und sozialistischen Kräfte ganz Deutschlands verständigen und zusammenfinden. Durch neue Taten für unsere sozialistische Sache wollen und müssen wir jetzt hinüberstrahlen nach Westdeutschland. Die Festigung unserer Arbeiter- und Bauernmacht stärkt auch die patriotischen Kräfte des Friedens und der Demokratie, die in Westdeutschland in einem schweren Ringen gegen die NATO-Politiker und gegen das Monopolkapital stehen.

Je einiger und geschlossener wir dabei unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse ans Werk gehen, desto besser und schneller werden wir unser Ziel erreichen: Den

Aufbau des Sozialismus, die Erhaltung und Sicherung des Friedens und die friedliche und demokratische Wiedervereinigung.

Rede *Otto Nuschkes* vor dem Hauptvorstand der Ost-CDU, in: „Neue Zeit", Nr. 297 vom 20. 12. 1957

79

Christliche Demokraten! Das Jahr 1958 steht für die Christlich-Demokratische Union im Zeichen der Parteiwahlen und des 9. Parteitages. Das muß uns Anlaß sein, *unsere Anstrengungen beim Aufbau des Sozialismus* in unserer Republik zu verdoppeln, weil wir damit am besten den Frieden schützen und den Lebensstandard unseres Volkes weiter erhöhen können.
Der Hauptvorstand ruft deshalb die Mitglieder unserer Christlich-Demokratischen Union auf, ihren Einsatz bei der Lösung der politischen und ökonomischen Aufgaben unseres Staates zu erhöhen und die Mitarbeit auf allen Gebieten zu verbreitern.

„Sozialismus ist die Zukunft und der Friede", Entschließung des Hauptvorstandes der Ost-CDU, in: „Neue Zeit" vom 19. 12. 1957

80

In einem gründlichen Umerziehungsprozeß sollen die uns nahestehenden Kreise des Mittelstandes ihre Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus erkennen. Es muß uns gelingen, ein festes politisches Vertrauensverhältnis zu den Mittelschichten zu schaffen; denn nur auf dieser Grundlage können die neuen ökonomischen Formen richtig Anwendung finden. Diese Übergangsformen sind vielfältig.
Den Inhabern von privaten Industriebetrieben müssen wir erläutern, daß durch die staatliche Kapitalbeteiligung eine sinnvolle Verbindung gesellschaftlicher und privater Interessen möglich wird, weil in diesen Betrieben dadurch eine Veränderung der bestehenden Produktionsverhältnisse erreicht wird und damit die Voraussetzungen für eine Leistungssteigerung geschaffen werden.

Den privaten Einzelhändlern müssen wir erklären, daß sie die Entwicklung unserer Volkswirtschaft durch den Abschluß von Kommissionsverträgen unterstützen können, weil auf diesem Wege die Warenstreuung und die Versorgung der Bevölkerung verbessert werden kann. Zugleich schaffen sie sich dadurch persönlich eine gesicherte Existenz für die Zukunft.
Den Handwerkern gilt es begreiflich zu machen, daß durch den Zusammenschluß zu Produktionsgenossenschaften die Möglichkeiten der Anwendung der modernen Technik ausgeschöpft und dadurch ein wesentlicher Beitrag zur Verstärkung der Produktion von Massenbedarfsgütern geleistet werden kann. Die bestehenden Einkaufs- und Liefergenossenschaften erfüllen ihre Aufgabe nur dann richtig, wenn sie den Weg zur sozialistischen Genossenschaft beschreiten.
Bei den Bauern muß unsere ideologische Arbeit darauf gerichtet sein, sie von den Vorteilen der genossenschaftlichen Produktion zu überzeugen, um sie für den sozialistischen Weg zu gewinnen.

„Sozialismus ist die Zukunft und der Friede", Entschließung des Hauptvorstandes der Ost-CDU, in: „Neue Zeit" vom 19. 12. 1957

81

Unsere Demokratisierungspolitik, die dem deutschen Volk den *Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung* ermöglicht, die für alle werktätigen Menschen Frieden und Freiheit, Wohlstand und Glück bedeutet, wird uns auch künftig noch vor große Aufgaben stellen, zu deren Lösung das ganze Volk aufgerufen ist. Ein neuer Geist und neue Menschen sind in unsere Volksvertretungen eingezogen, die mit dem Vertrauen unseres Volkes in treuer und schlichter Arbeit ihre Pflicht, nämlich den wahren Volksauftrag, erfüllen. Auch die christlichen Demokraten werden bereit sein, ihr Bestes für die Erfüllung dieser politischen Ziele zu leisten.

„Gestalte mit! Entscheide mit! Verantworte mit!", Beiträge zur Demokratisierungsgesetzgebung der „DDR", hrsg. von der Parteileitung der Ost-CDU, Berlin W 8, 1957, S. 51

82

Erklärung des Bezirksvorstandes der CDU=Berlin

Der Bezirksvorstand Groß=Berlin der Christlich=Demokratischen Union Deutschlands beschäftigte sich in seiner Sitzung am 12. November 1957 u. a. mit der gegenwärtigen kirchenpolitischen Lage. Nach eingehender Beratung über verschiedene Vorkommnisse, die einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche offensichtlich im Wege stehen, gab der Bezirksvorstand die folgende einmütig gebilligte Erklärung ab:

In der DDR ist die *Gewissensfreiheit und religiös=kirchliche Betätigung der Bürger verfassungsmäßig geschützt.* Die Religionsgemeinschaften besitzen für ihre Wirksamkeit alle Entfaltungsmöglichkeiten. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es einzelnen Kirchenleitungen noch immer am Verständnis für die gesellschaftlichen Realitäten in unserer Republik mangelt und sie sich bisher nicht zu einer loyalen Haltung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik entschließen konnten.

„Neue Zeit" (Sowjetzonen=CDU), Ost=Berlin, vom 17. 11. 1957

83

Die Bauernpartei hat in der Vergangenheit einen engen Kontakt zu vielen westdeutschen Bauern geschaffen, um ihnen zu helfen, auch in der Bundesrepublik den richtigen Weg an der Seite der Arbeiterklasse, der stärksten Kraft in dem Kampf um die Wiedervereinigung, zu finden.

Ernst Goldenbaum, Vorsitzender der DBP, im ADN=Interview vom 7. 2. 1957 zu den Vorschlägen des 30. Plenums des ZK der SED für die Wiedervereinigung Deutschlands

84

Die Partei ist die organisierte Abteilung der Arbeiterklasse. Aber die Partei ist nicht die einzige Organisation der Arbeiterklasse. Das Proletariat hat noch eine ganze

Reihe anderer Organisationen, ohne die es keinen erfolgreichen Kampf gegen das Kapital führen kann: Gewerkschaften, Genossenschaften, Betriebsorganisationen, Parlamentsfraktionen, parteilose Frauenvereinigungen, die Presse, Kultur- und Aufklärungsorganisationen, Jugendverbände, revolutionäre Kampforganisationen, Deputiertensowjets als staatliche Organisationsform usw. In ihrer übergroßen Mehrheit sind es parteilose Organisationen, und nur ein gewisser Teil von ihnen ist direkt an die Partei angeschlossen oder bildet eine Abzweigung der Partei. All diese Organisationen sind unter bestimmten Verhältnissen für die Arbeiterklasse absolut notwendig, denn ohne sie ist es unmöglich, die Klassenpositionen des Proletariats in den mannigfaltigen Sphären des Kampfes zu festigen, ohne sie ist es unmöglich, das Proletariat zu stählen als die Kraft, die berufen ist, an die Stelle der bürgerlichen Gesellschaftsordnung die sozialistische zu setzen. Es fragt sich nun: wer bestimmt die Linie, die allgemeine Richtung, in der alle diese Organisationen ihre Arbeit ausführen sollen? Wo ist jene zentrale Organisation, die dank der notwendigen Erfahrung nicht nur fähig ist, diese allgemeine Linie auszuarbeiten, sondern dank der hierzu ausreichenden Autorität auch die Möglichkeit hat, alle diese Organisationen zu veranlassen, diese Linie in die Tat umzusetzen, um eine Einheitlichkeit der Führung zu erzielen und Stockungen unmöglich zu machen? Eine solche Organisation ist die Partei des Proletariats. Das bedeutet natürlich nicht, daß die parteilosen Organisationen, die Gewerkschaften, die Genossenschaften usw. der Leitung der Partei formal unterstellt sein müssen. *Es handelt sich nur darum, daß die Parteimitglieder, die diesen Organisationen angehören, als zweifellos einflußreiche Menschen alle Mittel der Überzeugung anwenden, damit die parteilosen Organisationen in ihrer Tätigkeit der Partei des Proletariats möglichst nahe gebracht werden und freiwillig ihre politische Führung anerkennen.*

Stalin: „Fragen des Leninismus", in: „Über die Grundlagen des Leninismus", Moskau 1947, S. 92/93

85

Wir haben den Erweis erbracht, daß eine überparteiliche Organisation möglich ist, haben den Beweis erbracht, daß an einer solchen überparteilichen demokratischen Organisation alle politischen Kräfte mitarbeiten können . . . Daher haben wir im Interesse der weiteren Entwicklung auch die Verpflichtung, *den überparteilichen Charakter der Organisation wie unseren eigenen Augapfel zu hüten.*

Erich Honecker, lt. Bericht des 1. Parlaments der FDJ, Pfingsten 1946, Berlin 1946, Seite 52

86

Die FDJ ist eine Jugendorganisation, in deren Reihen alle Weltanschauungen und Konfessionen sowie die verschiedensten Schichten der Jugend Platz und Spielraum haben. War es doch mit ein Ergebnis des Krieges, daß eine ganze Reihe sozialer Schranken niedergerissen wurden. Vor der Arbeiterjugend, den Studenten, der Bauernjugend wie den jungen Angestellten stehen die gleichen großen Probleme. Sie können nur gemeinsam und durch gemeinsame Anstrengungen gelöst werden. Deshalb fiel der Gedanke einer einheitlichen Jugendorganisation auch auf fruchtbaren Boden. Und deshalb ist die Jugendbewegung in der sowjetisch besetzten Zone viel fortgeschrittener als in den westlichen Gebieten Deutschlands.

Paul Verner: „Probleme der jungen Generation", in: „Einheit", 4/1946, S. 245

87

Als auf der 16. Zentralratstagung der Freien Deutschen Jugend der Beschluß gefaßt wurde, *die FDJ zu einem sozialistischen Jugendverband zu entwickeln,* da gab es junge Christen, die meinten, einem solchen Jugendverband könnten sie nicht angehören. Warum eigentlich nicht?
Durch die Mitgliedschaft zum sozialistischen Jugendverband unserer Republik wird den jungen Christen kein Deut ihres religiösen Glaubens oder ihrer kirchlichen

Treue genommen. Sie erfahren die gleiche Achtung und Anerkenung, wie weltanschaulich anders denkende Jugendfreunde, wenn sie ehrlichen Willens mit Hand anlegen, um unsere Republik, die ihnen ein glückliches, sorgenfreies und weltanschaulich nicht eingeengtes Leben garantiert, tatkräftig weiter zu festigen.
Wir appellieren deshalb an alle jungen Christen unseres Bezirkes, am 23. Juni 1957 ihre Stimme den Kandidaten der Nationalen Front zu geben. Die Kandidaten der Nationalen Front sind die Garanten dafür, daß die Jugend im Sozialismus leben wird.
Fritz Krause, Freie Deutsche Jugend, Bezirksleitung Frankfurt (Oder) / Liepolt, Christlich-Demokratische Union, Bezirksvorstand Frankfurt (Oder)

„Neuer Tag" (SED) vom 19. 6. 1957

88

Die FDJ steht fest im Lager des Sozialismus, an dessen Spitze die große sozialistische Sowjetunion steht.
Die FDJ anerkennt die führende Rolle der Arbeiterklasse und der großen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf allen Gebieten des demokratischen Aufbaues.

Punkt 3 der FDJ-Verfassung von 1952

89

Jedes Mitglied der Freien Deutschen Jugend hat die Pflicht:

a) aktiv an der Arbeit der Organisation und regelmäßig an den Versammlungen seiner Grundeinheit teilzunehmen, *für die schnelle und gründliche Durchführung der Beschlüsse der Freien Deutschen Jugend, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu kämpfen,* die Jugendpresse zu lesen und jede begonnene gute Sache zu Ende zu führen;
b) ein aktiver und bewußter Kämpfer für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland zu sein; seine Bereitschaft zur Arbeit und zur

Verteidigung der Heimat und des Friedens ständig zu erhöhen und entschlossen zu sein, gegen Kriegshetze, Imperialismus und Faschismus zu kämpfen;

seine Bereitschaft zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat und des Friedens ständig zu erhöhen und entschlossen zu sein, für die Sache des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts, *für die Sache der Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik persönliche Opfer zu bringen;*

wachsam gegenüber allen Anschlägen der imperialistischen Feinde zu sein, die bewaffneten Kräfte und *die staatlichen Sicherheitsorgane zu unterstützen* sowie staatliche und militärische Geheimnisse zu wahren;

c) für eine unverbrüchliche Freundschaft zur Sozialistischen Sowjetunion und für die Verstärkung der internationalen Solidarität mit allen um Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfenden Völkern einzutreten;

d) in allen volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben der Industrie, der Landwirtschaft, des Transportes und des Handels beispielgebend zu sein, die Arbeitsdisziplin streng einzuhalten, die Technik seines Faches zu beherrschen, ständig an der Verbesserung seines beruflichen Könnens zu arbeiten und *das Volkseigentum als unantastbare Grundlage unseres Staates zu festigen* und zu schützen;

e) ehrlich und offen zu sein, die Regeln des Gemeinschaftslebens einzuhalten, saubere und gesunde Beziehungen zwischen Junge und Mädchen zum inneren Gesetz seines Handels zu machen, gegen Erscheinungen der kapitalistischen Unmoral im Bewußtsein der Jugend, gegen Flegelei, Trunksucht, Aberglaube und unkameradschaftliches Verhalten zur Frau zu kämpfen;

f) sich wissenschaftlich, technisch und kulturell weiterzubilden, die Werke der bedeutendsten fortschrittlichen Persönlichkeiten des internationalen Geisteslebens, *insbesondere die wissenschaftliche Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu studieren und der Jugend zu erklären;*

g) durch die furchtlose Anwendung der Kritik und Selbstkritik für die Aufdeckung und Beseitigung aller

Mängel und Fehler und gegen Bürokratie und Miß=stände zu kämpfen und alle leitenden Organe, bis zum Zentralrat, ohne Ansehen der Person über Män=gel in der Arbeit, über Lobhudelei und Unterdrük=kung der Kritik zu informieren;

h) aktiv die Arbeit unter den nichtorganisierten Ju=gendlichen durchzuführen und durch das eigene Bei=spiel beizutragen, daß sich die breitesten Schichten der Jugend im Freundschaftsbund der Freien Deut=schen Jugend vereinigen;

i) das Abzeichen der Freien Deutschen Jugend, das Sym=bol unserer Gemeinschaft, zu tragen.

Aus dem Statut der Freien Deutschen Jugend, verab=schiedet auf dem 5. Parlament der FDJ, Pfingsten 1955, in Erfurt

90

Der Prüfstein unserer politischen Arbeit ist die prak=tische, bewußte Teilnahme aller Jugendlichen am soziali=stischen Aufbau.

Dazu stellt der Verband an jedes Mitglied vier Anfor=derungen:

1. Der FDJler tritt überall *offen und parteilich* — sei es in Versammlungen, in Diskussionen auf der Straße, in der Straßen= oder Eisenbahn — *für unsere soziali=stische Sache* ein. Dazu gehört, daß jeder FDJler den Marxismus=Leninismus studiert, weil dieser ihm alle Fragen erklärt und ihn in die Lage versetzt, über=all als junger Sozialist aufzutreten.
2. Jeder FDJler zeigt auch nach außen, daß er Mitglied unserer sozialistischen Kampfgemeinschaft ist, er trägt immer sein FDJ=Abzeichen und zu wichtigen politischen Anlässen die FDJ=Kleidung.
3. Jeder FDJler packt dort zu, wo es Schwierigkeiten im Betrieb, im Dorf, in der Straße, in der Stadt, im Zusammenleben mit den Menschen gibt.
4. Jeder FDJler kümmert sich um einen nichtorgani=sierten Jugendlichen, mit dem Ziel, ihn zu einer prak=tischen Tat in freiwilliger Arbeit für unsere soziali=stische Sache im Jahre 1958 zu gewinnen.

Die Erfüllung dieser Anforderungen ist Ausdruck einer klaren politischen Haltung und sozialistischen Einstellung.

Aus dem Beschluß der 19. Tagung des Zentralrats der FDJ „Über die Weiterentwicklung der politisch-ideologischen Arbeit der Freien Deutschen Jugend", in: „Junge Welt" vom 3. 1. 1958

91

Unsere Kinder leben nicht in einer abgeschiedenen, besonderen Welt, sie sind mit tausend Fäden mit dem Kampf um Frieden und Sozialismus verknüpft.
Um die heranwachsende Generation zu befähigen, aktiv am Kampf der Arbeiterklasse um Frieden und Sozialismus teilzunehmen, gilt es, die Kinder im Sinne der sozialistischen Prinzipien zu erziehen . . .
Gegenwärtig müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, *die Pionierorganisation* mit Hilfe der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Partei *zur sozialistischen Massenorganisation der Kinder in der DDR zu entwickeln.*
Die Pionierorganisation hat gemeinsam mit der sozialistischen Schule die Aufgabe, ihre Mitglieder zu befähigen, den hohen Anforderungen zu entsprechen, die im künftigen Leben an sie gestellt werden. Dabei stützt sie sich auf die fortschrittlichen Eltern und die Werktätigen, die den Sozialismus aufbauen. Die Pionierorganisation bereitet ihre Mitglieder auf den Eintritt in den sozialistischen Jugendverband, die FDJ, vor.
Die Jungen Pioniere haben in ihren Zusammenkünften und im öffentlichen Auftreten, durch ihre Initiative und Aktivität beim Bau des Handelsschiffes „Thälmann-Pionier", bei der Verbreitung des Maisanbaues und anderen gesellschaftlich nützlichen Taten, bei ihrer Solidaritätsaktion für die vietnamesischen Kinder bewiesen, daß ihre Organisation in der Lage ist, die neuen Aufgaben zu meistern . . .
Die Pionierorganisation soll die Kinder zur sozialistischen Weltanschauung erziehen. Sie wirkt dahin, daß die Pioniere ihr sozialistisches Vaterland, den Staat der Arbeiter und Bauern, ihre sozialistische Umwelt kennen und lieben lernen. In der Pionierorganisation sollen die Kinder

im Sinne der revolutionären Tradition der deutschen und internationalen Arbeiterklasse zu einer festen inneren Verbundenheit mit der Sache der Arbeiterklasse und ihrer Partei erzogen werden. Die Jungen Pioniere müssen lernen, *im Sinne des proletarischen Internationalismus, der die Liebe zur Sowjetunion als den ersten und führenden sozialistischen Staat der Welt einschließt,* zu handeln. Die gesamte Tätigkeit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann" soll darauf gerichtet sein, die Kinder in die sozialistische Lebenspraxis der Werktätigen einzuführen und sie zu lehren, schon von klein auf mit den eigenen Kräften an der praktischen Gestaltung unseres Lebens teilzunehmen.

Dies erfordert, die direkte Einflußnahme der Arbeiterklasse auf die sozialistische Erziehung der Kinder in der Pionierorganisation zu verstärken und die verschiedensten Formen der Verbindungen zwischen Pionierorganisation und Arbeiterklasse besser zu entwickeln . . .

Eine wichtige Aufgabe der Pionierorganisation besteht darin, die Kinder *zum kollektiven Denken und Handeln zu erziehen.* Die gesamte Tätigkeit in der Pioniergruppe — vor allem Spiel, Sport, Wandern, gesellschaftlich nützliche Arbeit — ist so zu gestalten, daß die Kinder als gesunde, fröhliche, lebenstüchtige und optimistische Menschen heranwachsen, die mit ihrem Pionierkollektiv fest verbunden sind und auf diese Weise von klein auf *lernen, sich als aktive Staatsbürger in das Kollektiv der sozialistischen Gesellschaft einzuordnen.*

Die Pionierorganisation muß das gesamte Leben der Kinder im Wohngebiet, in Heimen, Horten, Klubhäusern und anderen außerschulischen Einrichtungen, *vor allem ihre Freizeit an den Nachmittagen, an Sonn- und Feiertagen und während der Ferien stark beeinflussen* und im Sinne der sozialistischen Erziehung gestalten.

Aus dem „Beschluß über die Aufgaben der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann' bei der sozialistischen Erziehung der Pioniere und Schüler und zur Bildung von selbständigen Leitungen der Pionierorganisation in den Bezirken, Kreisen und bei den Freundschaften" der Zentralleitung der Pionierorganisation „Ernst Thälmann" vom 23. 1. 1958, Beilage zu: „Der Pionier", 2/1958, S. 13–16

92

Die politische Entwicklung der Frauen fördern! — Aber nicht nur die fachliche Entwicklung der Frauen im Beruf und ihre Beförderung in leitende Stellungen sollten durch die Parteileitungen vorangetrieben werden, sondern gleichzeitig damit muß die Förderung der Frauen im gesellschaftlich-politischen Leben Hand in Hand gehen . . . *Der DFD und die Gewerkschaft, diese beiden großen Massenorganisationen,* die in der Erziehung und Entwicklung der parteilosen Frauen eine große Rolle spielen, werden von der Partei noch nicht in genügendem Maße als der *wichtige Transmissionsriemen zu den Massen der parteilosen Frauen* erkannt und ausgenützt.

Guste Zörner: „Macht die Frauen zu Kämpferinnen für Frieden und Wohlstand! – Über die Aufgaben unserer Partei zur Verwirklichung der Gleichberechtigung", in: „Neuer Weg", 5/1951, S. 2–3

93

Dabei hat der DFD als gesamtdeutsche Organisation große Möglichkeiten, den Frauen Westdeutschlands zu helfen. Diese Unterstützung wird um so größer sein können, je besser es der DFD in der DDR versteht, die Werbung von allen sektiererischen Beschränkungen zu befreien und dadurch Frauen aller Schichten zu erfassen. Um so eher wird es möglich sein, durch Briefwechsel, Konferenzen usw. diejenigen Kreise, Frauenverbände und Organisationen Westdeutschlands anzusprechen, die den Kampf gegen die Aufstellung deutscher Söldnerheere, gegen die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gemeinsam mit dem DFD führen müssen.

Guste Zörner: „Macht die Frauen zu Kämpferinnen für Frieden und Wohlstand! – Über die Aufgaben unserer Partei zur Verwirklichung der Gleichberechtigung", in: „Neuer Weg", 5/1951, S. 18

94

Auch der FDGB hat eine große Erziehungsarbeit z. B. gegenüber den Hausfrauen zu leisten, die in den nächsten Monaten und Jahren ihren Platz in der Produktion einnehmen werden. Sie sind weder klassenbewußt noch klassenverbunden. Es ist deshalb wichtig, daß unsere Genossinnen in den gewerkschaftlichen Aufklärungsgruppen und in den BGL mitarbeiten und dafür sorgen, den parteilosen Frauen den Sinn des Leistungslohnes, der Aktivistenbewegung, der Selbstkostensenkung der Normenstellung und des ganzen neuen Verhältnisses zur Arbeit begreiflich zu machen. Alle Genossen, die in der Gewerkschaft organisiert sind, tragen mit die Verantwortung, daß *der FDGB* auch für diese Frauen zu einer *Schule der Demokratie und des Sozialismus* wird.

Guste Zörner: „Macht die Frauen zu Kämpferinnen für Frieden und Wohlstand! – Über die Aufgaben unserer Partei zur Verwirklichung der Gleichberechtigung", in: „Neuer Weg", 5/1951, S. 18

95

Die Produktionsaufgaben sind sehr wichtig, *aber die Gewerkschaftler haben vor allen Dingen die täglichen Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu vertreten.*

Walter Ulbricht: „Der Weg der freien Gewerkschaften", Berlin 1946, S. 7/8

96

Die Partei verwirklicht die *Diktatur des Proletariats.* Aber sie verwirklicht sie nicht unmittelbar, sondern *mit Hilfe der Gewerkschaften,* durch die Sowjets (!) und deren Verzweigungen. Ohne diese „Transmissionen" wäre eine einigermaßen feste Diktatur unmöglich.

J. W. Stalin: „Werke", Bd. 8, Berlin 1950, S. 32/33

97

Die Freien Deutschen Gewerkschaften sind eine gesellschaftliche Massenorganisation, die parteipolitisch nicht gebunden ist. Sie stehen auf dem Boden des Klassenkampfes. *Ihr Ziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung.*

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund erblickt in der Sozialistischen Einheitspartei die Partei der Arbeiterklasse; sie ist ihr bewußter, organisierter Vortrupp.

Die Freien Deutschen Gewerkschaften führen einen entschiedenen Kampf . . . gegen das Nur-Gewerkschaftertum. Die Freien Deutschen Gewerkschaften wecken und entwickeln die Wachsamkeit bei ihren Mitgliedern gegen jede Form von Sabotage und Schädigung der Volkswirtschaft und der Deutschen Demokratischen Republik.

Aus der Satzung des FDGB, beschlossen auf dem 3. FDGB-Kongreß vom 30. 8. bis 3. 9. 1950 in Berlin

98

Jedes Mitglied des FDGB hat die Pflicht,

a) sich aktiv für die Durchführung der von der Gewerkschaftsbewegung gestellten Ziele und Aufgaben einzusetzen;
b) alle Funktionäre und Gewerkschaftsleitungen bei der Durchführung der Beschlüsse der Gewerkschaften aktiv zu unterstützen;
c) das Volkseigentum als Grundlage des Wohlstandes unseres Volkes zu achten, zu mehren und zu schützen;
d) seine ganze Kraft für die Erfüllung des Fünfjahrplans einzusetzen;
e) regelmäßig die Mitgliedsbeiträge lt. geltender Beitragsordnung zu zahlen;
f) sich ständig gewerkschaftspolitisch und fachlich weiterzubilden und an den Gewerkschaftsschulungen teilzunehmen;
g) ständig und regelmäßig die Gewerkschaftspresse zu lesen.

Aus der Satzung des FDGB, beschlossen auf dem 3. FDGB-Kongreß vom 30. 8. bis 3. 9. 1950 in Berlin

99

Jedes Mitglied des FDGB hat die Pflicht,

a) sich aktiv für die von den Gewerkschaften gestellten Ziele und Aufgaben einzusetzen und für die allseitige Verwirklichung ihrer Beschlüsse zu kämpfen;

b) *die Deutsche Demokratische Republik und ihre Errungenschaften zu schützen, das Volkseigentum als die Quelle des Reichtums unseres Arbeiter- und Bauernstaates und Quelle eines Lebens in Wohlstand und Kultur für alle Werktätigen zu bewahren und zu mehren, sozialistische Arbeitsdisziplin zu üben;*

c) *seine ganze Kraft für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans und der Betriebskollektivverträge einzusetzen,* sowie seine politischen und fachlichen Fähigkeiten und Kenntnisse ständig zu erweitern;

d) die Satzung des FDGB einzuhalten und pünktlich die Mitgliedsbeiträge entsprechend der Beitragsordnung zu zahlen. Wenn ein Mitglied durch eigenes Verschulden mehr als zwei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, verliert es seine gewerkschaftlichen Rechte.

Aus der Satzung des FDGB, beschlossen auf dem 4. FDGB-Kongreß, Juni 1955, Berlin

100

Durch *ständige Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Ausarbeitung und Anwendung technisch begründeter Arbeitsnormen,* die zusammen mit Arbeitern ausgearbeitet werden und mit einer Verbesserung der gesamten Arbeitsorganisation, der Anwendung neuer Arbeitsmethoden, der besseren Ausnutzung der Technik verbunden sein müssen, gilt es, das weitere Wachstum der Arbeitsproduktivität im Interesse aller Werktätigen zu fördern. Durch die Zentralvorstände der Gewerkschaften ist die vorbildliche Initiative der Werktätigen im Erzbergbau bei der Schaffung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen für die eigene Arbeit auszuwerten. Indem die Gewerkschaften *aktiv die Normenarbeit unterstützen,* ist es ihre Pflicht, gleichzeitig alle büro-

kratischen, die Arbeiterinteressen verletzenden und die Initiative der Arbeiter bremsenden Handlungen von Betriebsleitungen zu verhindern.

„Tägliche Rundschau", Ost-Berlin, 22. 6. 1955

101

Die wichtigste und hervorragendste Aufgabe der Gewerkschaften ist die ständige *Leitung und Führung des innerbetrieblichen sozialistischen Wettbewerbs* von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade *auf der Grundlage konkreter Produktionsverpflichtungen.*

„Tägliche Rundschau", Ost-Berlin, 22. 6. 1955

102

Unser Freier Deutscher Gewerkschaftsbund wird all seine Kraft zur Schaffung der Aktionseinheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse einsetzen. Wir haben einen flammenden Protest gegen die Ausbeutung und Knechtung unserer westdeutschen Arbeitsbrüder durch die alten Verderber des Volkes, Monopolkapitalisten, Großagrarier, Militaristen und Faschisten, erhoben. Unsere Gewerkschaften werden alles tun, um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Staates zu erzwingen. Noch stärker werden unsere Gewerkschaften die Arbeiterklasse mit dem *Geist des sozialistischen Internationalismus* erfüllen, mit der unverbrüchlichen *Freundschaft zur Sowjetunion,* zu Volkschina und zu allen Ländern der Volksdemokratie, und brüderliche Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern der kapitalistischen und kolonialen Länder üben.

„Neues Deutschland", Ost-Berlin, 21. 6. 1955

103

Eine der größten Schwächen in der gewerkschaftlichen Tätigkeit ist die Vernachlässigung der ideologischen Arbeit. Obwohl der 4. FDGB-Kongreß eine richtige Orien-

tierung gab und verlangte, daß die Gewerkschaftsleitungen größere Anstrengungen machen müssen, *um alle Werktätigen mit einem hohen sozialistischen Bewußtsein zu erfüllen,* eine neue Einstellung zur Arbeit und Arbeitsdisziplin zu erreichen, allen Werktätigen zu helfen, sich die modernsten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik anzueignen und in der Produktion anzuwenden, gibt es auf diesem Gebiet Zurückweichen, Starre und Engstirnigkeit . . .
Dasselbe trifft zu auf die Auswertung der Genfer Konferenzen der vier Regierungschefs und der Außenminister. Diese wichtigen Probleme werden oft nur einmalig in größeren Versammlungen mit allgemeinem Kundgebungscharakter behandelt und nicht zum Bestandteil der täglichen beharrlichen Überzeugungsarbeit gemacht.

„Neues Deutschland", Ost-Berlin, 3. 12. 1955

104

Die sowjetischen Gewerkschaften, die eine nichtparteiliche gesellschaftliche Massenorganisation sind, vereinigen auf der Grundlage der Freiwilligkeit Arbeiter und Angestellte aller Berufe ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität, des Geschlechts und der religiösen Überzeugungen. *Die sowjetischen Gewerkschaften leisten ihre gesamte Arbeit unter der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die die Kräfte der Sowjetgesellschaft organisiert und leitet.* Die Gewerkschaften der UdSSR scharen die Arbeiter und Angestellten um die Partei zusammen, sie mobilisieren ihren Kampf für . . die größtmögliche Stärkung einer aktiven Verteidigung der Sowjetheimat vor den aggressiven Machenschaften ihrer Feinde; sie erziehen die Arbeiter und Angestellten im Geiste des Internationalismus und der Herstellung brüderlicher Beziehungen zu den Werktätigen aller Länder. Die Gewerkschaften kämpfen für eine weitere Festigung der sozialistischen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, deren Grundlage der Bund der Arbeiterklasse und der Kolchosbauernschaft (usw.) ist. Die Gewerkschaftsbünde erziehen ihre Mitglieder im Geiste des Sowjetpatriotismus, der kommunistischen Beziehung zur

Arbeit und zum sozialistischen Gesellschaftseigentum ... Sie kämpfen für die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung, für einen dauerhaften Frieden und die Demokratie der ganzen Welt. Die *Gewerkschaftsbünde sind* eine Erziehungsorganisation, eine Organisation der Heranziehung, des Unterrichts, d. h. eine Schule, die Schule der Leitung, die Schule des Wirtschaftens, *die Schule des Kommunismus.*

„Trud", Moskau, 19. 6. 1954

105

Die Gewerkschaften können auf diese Weise ihre großen Aufgaben lösen, die ihnen aus der erhöhten Verantwortung der Organe der Staatsmacht in den Bezirken und Kreisen erwachsen. Jetzt geht es um die Ausarbeitung der Aufgaben bis 1960 entsprechend dem vom Plenum beschlossenen Aktionsprogramm der politischen und ökonomischen Entwicklung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Die von der Partei richtig auf die *Erziehung der Arbeiter zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erfüllung der Produktionsaufgaben* gelenkte Mitarbeit der Gewerkschaften beim Ausarbeiten örtlicher Aktionsprogramme dient der Entwicklung der Initiative der Werktätigen und festigt deren Erkenntnis, daß eine echte Wende im Verhältnis der Arbeiterklasse zum Staat und zur Wirtschaft eingetreten ist ...
Die Parteiorganisationen dürfen sich nicht auf eine nachträgliche Kritik der in der Gewerkschaftsarbeit vorhandenen Mängel beschränken. Sie werden ihren Aufgaben in der Führung und Erziehung der Arbeiterklasse nur gerecht, wenn sie ständig die Probleme der Gewerkschaftsarbeit beraten, den Gewerkschaftsleitungen bei der Ausarbeitung der Hauptaufgaben und ihrer politischen Lösung helfen und dazu die Kräfte der Partei mobilisieren.

Karl-Ernst Reuter: „Die Partei und die politische Kampfkraft der Gewerkschaften", in: „Neues Deutschland" vom 1. 11. 1957

III

Gesellschaft, Demokratie, Staat

(106–139)

106

Die „reine" Demokratie ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält.

Lenin: „Ausgewählte Werke", Bd. 2, Moskau 1947, S. 423

107

Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv nicht versöhnt werden können. Und umgekehrt: das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind.

Lenin: „Ausgewählte Werke", Bd. 2, Berlin 1950, S. 161

108

Wir verstehen unter Demokratie Hebung der Aktivität und der Bewußtheit der Parteimasse, systematische Heranziehung der Parteimasse nicht nur zur Erörterung von Fragen, sondern auch zur Leitung der Arbeit . . . Die Parteimasse versteht unter Demokratie die Schaffung von Bedingungen, die eine aktive Teilnahme der Parteimitglieder an der Führung unseres Landes gewährleisten . . .

Stalin: „Werke", Bd. 6, Dietz-Verlag, Berlin 1952, S. 35

109

Wir sind der Meinung, daß Demokratie nicht bedeutet, daß alle Kräfte die Möglichkeit haben, sich zu organisieren. Man fragt: „Werdet ihr in der sowjetisch besetzten Zone auch Wahlen durchführen?" Wir sagen: „Jawohl . . . wir werden sie so durchführen, *daß unter Garantie* in allen Städten und Orten *eine Arbeitermehrheit zustandekommt.*"

Ulbricht auf der 1. Parteikonferenz der KPD im März 1946

110

Die Hitlersche Zentralisation der Staatsverwaltung, die die Landtage und die autonome Länderverwaltung abschaffte, muß liquidiert werden, damit die dezentralisierte Verwaltung, wie sie vor der Errichtung des Hitlerregimes bestand, nebst Wiedereinführung der Landtage und der beiden gesamtdeutschen Kammern wiederhergestellt wird . . . Deutschland wird als einheitlicher, friedliebender Staat, als demokratische Republik mit einem aus zwei Kammern bestehenden gesamtdeutschen Parlament und einer gesamtdeutschen Regierung wiederhergestellt, *wobei die verfassungsmäßigen Rechte der zum deutschen Staat gehörenden Länder zu sichern sind* . . . Auf dem Territorium Deutschlands wird die vom Parlament festgelegte gesamtdeutsche Verfassung, in den Ländern werden die von den Landtagen festgelegten Länderverfassungen Gültigkeit haben.

Molotow auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1947 (10. 3. bis 24. 4. 1947) in seinem Vorschlag „Über die Form und den Umfang der zeitweisen politischen Organisation Deutschlands" und „Über den Staatsaufbau Deutschlands"

111

Die Bezeichnung antifaschistisch-demokratische Einheitsfront oder Nationale Front oder Volksfront ist der politische Ausdruck für die geschlossene Einheit der demokratischen Parteien, für den Block. – Der Block ist ein

politischer Block, weil er mehrere Parteien mit verschiedenen Programmen vereinigt, er ist ein sozialer Block, weil er mehrere gesellschaftliche Schichten des Volkes umfaßt. Vom Block ausgeschlossen sind nur die früheren faschistischen und reaktionären Parteien, mit ihnen Großbourgeoisie und Junkertum. Monopolkapital und Großgrundbesitz. *Der Block hat nichts mit Einparteiensystem und Totalität zu tun;* denn er beteiligt mehrere politische Parteien und verschiedene soziale Schichten an der Staatsführung. Selbstverständlich bleibt auch die organisatorische und programmatische Selbständigkeit der einzelnen Parteien weiter gewahrt. Die vom Block gebildete Regierung ist wie keine andere von der großen Mehrheit des Volkes getragen, weil der Block selbst seiner sozialen Zusammensetzung nach die nationale Einheit verkörpert. Das wesentlichste Merkmal der Blockpolitik ist — und das unterscheidet sie grundlegend von der Koalitionspolitik —, daß die Führung der Nation und des Staates vom reaktionären Monopolkapital und den mit ihm verbündeten Gruppen auf die fortschrittlichen Volkskräfte übergeht.

Rudolf Appelt: „Wesen und Ziele der Blockpolitik", in: „Einheit", 9/1947, S. 827

112

Wir können heute mit Genugtuung feststellen, daß dieser Entwurf wie ein Fels dasteht als die Grundstruktur der künftigen deutschen Demokratie. Er wird sich gegen alle Kritiker und Feinde verteidigen können, denn er erhebt eine ewige Wahrheit zum Gesetz, die Wahrheit nämlich, daß die quälenden Widersprüche im Leben der Menschen und der Völker erst dann aufgehoben sind, wenn das Volk zum freien Gestalter seines Staates und der Wille des Volkes zum Inhalt der Staatsgewalt selbst erhoben wird.

Grotewohl in seiner Rede „Demokratische Verfassung für ganz Deutschland, kein Besatzungsstatut" vom 19. 3. 1949 auf der 6. Tagung des Deutschen Volksrates

113

Die Freude, die wir an diesem Verfassungswerk haben, und die großen Hoffnungen, die wir darauf setzen, gründen sich vielmehr auf zwei wesentliche Merkmale der Verfassung, nämlich einmal auf den vorbildlichen Schutz der Einzelpersönlichkeit, der Freiheitlichkeit des Staatsbürgers, sodann auf *das vorbehaltlose Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie.*

Professor *Dr. Hübener* (LDP), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, in seiner Rede vom 19. 3. 1949 auf der 6. Tagung des Deutschen Volksrates

114

Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt . . . und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht . . . Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland.

Aus *Stalins* Telegramm vom 13. 10. 1949 an *Pieck* und *Grotewohl* anläßlich der Gründung der „DDR"

115

Ihrem materiellen Inhalt nach sind unsere *Gesetze* nichts anderes als der mit staatlicher Autorität versehene *Wille der Werktätigen.*

„Bericht des Parteivorstandes der SED an den III. Parteitag", Berlin 1950, S. 54

116

Die *Familie* in unserem Lande *ist das kleinste Kollektiv der Sowjetgesellschaft,* ein Kollektiv, das die Interessen des gesamten Volkes teilt. Die Sowjetfamilie ist eine Fa-

milie ehrlicher Patrioten, die ihre Arbeit für die Entwicklung und Festigung des Sowjetstaates leisten und in der Familie eine neue, der alten Generation würdige Generation großziehen.

Professor *W. Kolbanowski:* „Über die Liebe, die Ehe und die Familie in der Sozialistischen Gesellschaft", in: „Heft des Propagandisten", Beilage zu: „Junge Generation", Nr. 8, S. 12

117

Der Ausdruck des Willens zur Erhaltung des Friedens, das ist die Erfüllung des Plans, die Erhöhung unserer Leistungen, die Stärkung unserer demokratischen Staatsmacht. In diesem Sinne wollen wir auf Friedenswacht ziehen.

W. Ulbricht vor der Volkskammer am 9. 5. 1951, zitiert nach: „Die Arbeit", 6/1951

118

Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht. Deshalb gilt es, die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht ständig zu festigen. Die führende Rolle hat die Arbeiterklasse, die das Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und anderen Schichten der Werktätigen geschlossen hat. Es ist zu beachten, daß die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen.

Beschluß der II. Parteikonferenz der SED, veröffentlicht in: „Neue Welt", 15/1952, S. 1912

119

Beim Aufbau des Sozialismus braucht man einen sehr starken Staat, gibt es eine neue Ordnung und neues Recht, die streng einzuhalten sind. Wir schaffen eine sozialistische Ordnung und sozialistische Gesetzlichkeit, einen sozialistischen Staat. *Lenin und Stalin lehren, daß*

die Arbeiterklasse zur Ausübung ihrer politischen Macht, zum Aufbau des Sozialismus, des Staates bedarf. Der sozialistische Staat ist nicht irgendein Staat. Er ist der bestorganisierte, am besten geleitete und stärkste Staat überhaupt, den es je in der Geschichte gegeben hat. Der sozialistische Staat ist stark auf Grund der Führung der marxistisch-leninistischen Partei, auf Grund der Unterstützung durch die Massen und durch seine innere Organisation.

Rede *Hermann Axens* auf der Parteiaktivtagung Leipzig, veröffentlicht in: „Tägliche Rundschau" vom 15. 8. 1952

120

Das Wesen der wahren Demokratie, das nicht im Stimmzettel und im Parteienwirrwarr besteht, können die Werktätigen aus Westdeutschland ausgezeichnet in der Zeit der Vorbereitung der Volkswahlen studieren, wenn sie sich mit den Betriebskollektivverträgen, dem Gesetz zur Förderung der Jugend vertraut machen, an Jungwählerversammlungen und Rechenschaftslegungen teilnehmen. Im „Forum Junger Wähler" können sie sich an Aussprachen über Themen wie „Das Wahlprogramm", *„Was ist wahre Demokratie?"* u. a. beteiligen. Das sind die besten Möglichkeiten, um ihnen zu zeigen, wo wahre Demokratie ist, wo es sich folglich besser lebt: im Adenauerstaat, in dem die Wahlen so frei sind, daß jeder, der nur vom Frieden spricht, „freie Wohnung" im Kerker erhält, oder im Staat der Arbeiter und Bauern, in dem alles für den Frieden und die Wiedervereinigung unserer Heimat und für ein glückliches Leben getan wird.

„Junge Generation", herausgegeben vom Zentralrat der FDJ, Nr. 9, vom September 1954, S. 30/31

121

Die *Wahlen zur Volkskammer* der Deutschen Demokratischen Republik, zu den Bezirkstagen und zur Volksvertretung Groß-Berlins sind *die demokratischsten Wahlen, die es je in Deutschland gegeben hat.* Sie sind der Ausdruck der Tatsache, daß in der Deutschen Demokrati-

schen Republik die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und in enger Zusammenarbeit mit den anderen Schichten der Werktätigen die Macht in den Händen hat.

Die Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik sind die demokratischsten, weil es zum Unterschied zu Westdeutschland keine Konzernherren, Bankherren und Großgrundbesitzer gibt, die Wählerstimmen und Abgeordnete kaufen oder mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen Macht politischen Druck auf die Werktätigen ausüben können. Die Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik sind die demokratischsten, weil die Werktätigen nicht nur einen Stimmzettel abgeben, sondern an der staatlichen Tätigkeit, an der Mitberatung und Kritik teilnehmen.

Die Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik sind demokratisch und frei, weil sie unter den Bedingungen der Souveränität stattfinden, die von der Sowjetunion gewährt wurde.

Die höchste Form der Demokratie, die sich in der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt hat, entspricht den Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

> *Ulbricht* in seinem Rechenschaftsbericht über die Wahlen in der „DDR" am 17. 10. 1954, in: „Junge Generation", herausgegeben vom Zentralrat der FDJ, Berlin, Nr. 9, vom September 1954

122

Alle Versuche bürgerlicher „Wissenschaftler", die in der Aufstiegsperiode der Bourgeoisie proklamierten Grundrechte und Grundpflichten als allgemein menschlich anzupreisen, sind betrügerische Machenschaften, dazu bestimmt, in den Köpfen der werktätigen Massen Verwirrung zu schaffen. Diese Grundrechte und Grundpflichten, deren Klassencharakter man zu vertuschen versucht, sind lediglich bürgerlich menschliche Rechte, Rechte der Bourgeoisie, deren Bedeutung in der Verfallsperiode der kapitalistischen Gesellschaft aber keinesfalls unterschätzt werden darf.

Allgemein menschlich, das heißt im Interesse der gesamten Menschheit, war erstmalig die „Deklaration der

Rechte der Werktätigen und des ausgebeuteten Volkes" der jungen Sowjetmacht (1918), in der die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und damit die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verkündet wurde. Das ist auch der Grund, warum die wahrhaft humanistischen Losungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die später in den Verfassungen der Sowjetrepubliken und vor allem in der Stalinschen Verfassung (1936) als Grundrechte und Grundpflichten verankert wurden, die gesamte auf Ausbeutung beruhende Welt in ihren Grundfesten erschütterten.

Franz Nowack: „Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik", Leipzig/Jena 1954, S. 9

123

Die *Besonderheit der Grundrechte und Grundpflichten* der Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik ist ihr zutiefst demokratischer Inhalt. Es sind die Rechte und Pflichten der Arbeiter, Bauern und übrigen Werktätigen, die früher rechtlos waren und nur als „Rohstoff zur Ausbeutung" (Stalin) galten. Sie haben so weitgehende Rechte und Freiheiten, wie sie die Werktätigen Deutschlands früher niemals besaßen und wie sie die Werktätigen in den kapitalistischen Staaten niemals besitzen können.

Franz Nowack: „Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik", Leipzig/Jena 1954, S. 10

124

Die politische Garantie für die Rechte und Pflichten ist die Existenz unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik sind daher reale Rechte und Pflichten des werktätigen Volkes. Es verfügt über die wichtigsten Produktionsmittel und legt als Staat seine Rechte und Pflichten selbst fest. Daraus wird zugleich

die staatspolitische Verantwortung eines jeden Bürgers für die Entwicklung und Festigung der neuen, wahrhaft demokratischen Staatsordnung in unserer Republik deutlich. *Indem die Bürger aktiv, aus eigener Initiative, an der Lösung der nationalen Frage durch ihre schöpferische Beteiligung am Aufbau unserer Friedenswirtschaft und an der Erhaltung des Friedens mitarbeiten, verwirklichen sie sämtliche Grundrechte und Grundpflichten.* Die Rechte und Pflichten unserer Bürger schützen daher deren wirkliche nationale und soziale Interessen. Daraus ergibt sich auch die Übereinstimmung der persönlichen und gesellschaftlichen Interessen, die den demokratischen Charakter der Grundrechte und Grundpflichten in der Deutschen Demokratischen Republik kennzeichnet.

Franz Nowack: „Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik", Leipzig/Jena 1954, S. 11/12

125

1. Die Besetzung der Spitzenfunktionen in Staat und Verwaltung durch die Inhaber bestimmter Parteistellen und die Berufung aller wichtigen Staatsfunktionäre auf Grund ihrer Dienststellung in bestimmte Parteigremien;
2. die *Besetzung aller leitenden Positionen* der Verwaltung und der Wirtschaft fast ausschließlich *durch Mitglieder der herrschenden Partei.*

   Daneben hat die SED noch folgende Hauptformen der Leitung des Staatsapparates durch die Partei besonders entwickelt:
3. Die Vorentscheidung aller wichtigen Fragen durch die Parteiorgane, bevor sie in den staatlichen Organen behandelt werden, und
4. die *Anleitung und Kontrolle des Staatsapparates durch die* bei den staatlichen Organen bestehenden *Grundorganisationen der Partei* und durch die Parteigruppen in den Volksvertretungen.

Jahn, Mitarbeiter des ZK der SED, in einem Referat am 10. 2. 1956: Erläuterungen der Hauptformen zur Durchsetzung des Führungsanspruches der SED im Staatsapparat

126

Nur halten die Aufweichtaktiker die Lage für noch nicht reif genug. Sie empfehlen als Aufweichmethode die Berufung auf den „wahren" Marxismus-Leninismus und Sozialismus. Zwar ist die Zahl und Bedeutung der vom Westen gesteuerten Verfechter des sogenannten „wahren" Sozialismus in der DDR äußerst minimal, aber das Echo ihrer Propaganda ist relativ groß. *Es ist selbstverständlich, daß in der DDR keine sogenannte „freie" Diskussion geduldet werden kann und darf,* die zur Einschmuggelung fremder antidemokratischer und antisozialistischer Ideologien führt. Die Pläne und Absichten der feindlichen Zentren sind zur Genüge bekannt. Maßnahmen gegen alle Versuche, Provokationen größeren Stils zu starten, sind getroffen. Darum ist ein Höchstmaß von Bereitschaft und Kampffähigkeit aller notwendig, um sofort jeden feindlichen Provokationsversuch im Keime zu ersticken.

Ernst Wollweber im Artikel „Schutz der Arbeiter-und-Bauernmacht, Sache aller Bürger der DDR", in: „Neues Deutschland" vom 21. 12. 1956

127

Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in Deutschland. Als Vertreter der Arbeiterklasse sind wir nicht nur eng verbunden mit der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch zur Rechenschaftslegung vor der Arbeiterklasse in Westdeutschland verpflichtet. Wir sind bereit, Arbeiterdelegationen aus Westdeutschland darüber zu informieren, was die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Nationale Front des demokratischen Deutschland zu tun gedenken, um die Arbeiter-und-Bauern-Macht weiter zu festigen und den Aufbau des Sozialismus vorwärts zu führen.

Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

128

Die örtlichen Volksvertretungen sind in ihrem Zuständigkeitsbereich die obersten Organe der Staatsmacht. Als örtliche Volksvertretungen gelten:
im Bezirk — der Bezirkstag,
im Stadtkreis — die Stadtverordnetenversammlung,
im Landkreis — der Kreistag,
im Stadtbezirk — die Stadtbezirksversammlung,
in der kreisangehörigen Stadt — die Stadtverordnetenversammlung,
in der Gemeinde — die Gemeindevertretung.

Aus § 1 des „Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht" vom 17. 1. 1957

129

Die Gesetze und Verordnungen sowie die Beschlüsse der Volkskammer, des Ministerrates und der höheren Volksvertretungen sind für die unteren Volksvertretungen und ihre Organe verbindlich.
Die Beschlüsse der höheren örtlichen Räte *sind auch für die unteren Räte verbindlich.*
Beschlüsse unterer Volksvertretungen, die gegen Gesetze und Verordnungen oder gegen Beschlüsse der Volkskammer, des Ministerrates oder höherer örtlicher Volksvertretungen verstoßen, sind von den höheren Volksvertretungen aufzuheben.
Die höheren Räte haben das Recht, die Durchführung von Beschlüssen unterer Volksvertretungen, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, auszusetzen.
Die unteren Volksvertretungen haben das Recht, gegen Beschlüsse höherer örtlicher Räte Einspruch einzulegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Beschlüsse des Ministerrates oder der höheren Volksvertretungen sind durch die unteren Volksvertetungen nicht anfechtbar.

Aus § 5 des „Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht" vom 17. 1. 1957

130

Die örtlichen Volksvertretungen leiten den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen *Aufbau des Sozialismus* in ihrem Zuständigkeitsbereich. Zu ihren Aufgaben gehören die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der Schutz des gesellschaftlichen Eigentums, die Stärkung der Bereitschaft zur Verteidigung der Heimat, die Einhaltung und Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, der Beschluß und die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes und des Haushaltsplanes und die Gewährleistung der Rechte der Bürger.

Aus § 6 des „Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht" vom 17. 1. 1957

131

Unsere Republik ist ihrem Wesen nach ein *Staat der Diktatur des Proletariats.*

Hermann Matern, Mitglied des SED-Politbüros und stellvertretender Volkskammer-Präsident, auf der 31. Tagung des Zentralkomitees der SED, Sommer 1957

132

Es bestand Einverständnis unter allen Fraktionen der Volkskammer über die staatsrechtlichen Grundprinzipien der Gesetze. Von keiner Seite wurde in Frage gestellt, daß der Weg der weiteren Demokratisierung in der Deutschen Demokratischen Republik der Weg nach vorn zur sozialistischen Demokratie und niemals der Weg zurück zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie ist. Deshalb bestand darin Übereinstimmung, daß *Demokratisierung in einem Staat, der den Sozialismus aufbaut, nicht Liberalisierung* heißt. Ungeachtet der Verleumdungen der Gegner der DDR, die vergeblich versuchten, die öffentliche Diskussion zu beeinflussen, wurde klargestellt, daß die *sozialistische Demokratie, die wir errichten, die bisher höchste und demokratischste Staatsform in der deutschen Geschichte* ist. Mit ihrer Beschlußfassung über die Gesetze brachte deshalb die Volkskammer

die gemeinsame Auffassung des Demokratischen Blocks und aller in der Nationalen Front vereinigten Patrioten zum Ausdruck, daß nicht der Bonner Staat der Monopole, sondern unsere Demokratie der Arbeiter, der Bauern und aller mit ihnen verbündeten Kräfte die Staatsform des zukünftigen einheitlichen Deutschlands sein wird.

„Gestalte mit! Entscheide mit! Verantworte mit!", Beiträge zur Demokratisierungsgesetzgebung der „DDR", hrsg. von der Parteileitung der CDU, Ost-Berlin 1957, S. 6/7

133

. . . und wie die Spaltung Deutschlands zustande kam. Wenn wir diese Fragen objektiv beurteilen wollen, auch vom völkerrechtlichen Standpunkt exakt beantworten wollen, müssen wir doch ausgehen vom Ende des Hitlerkrieges und von den Lehren dieses Krieges. Anders geht es nicht. Und Sie wissen ebenso gut wie ich, daß damals Abkommen zwischen den drei Mächten abgeschlossen wurden, die feierlich von den USA, Großbritannien und der Sowjetunion unterschrieben wurden, und später von Frankreich. Und in diesen Abkommen steht das darin als Verpflichtung, nämlich, daß alles getan werden muß, daß niemals wieder sich der *Militarismus in Deutschland* erheben kann, daß der Faschismus und Militarismus mit der Wurzel beseitigt werden. Jetzt bitte ich Sie, selber die Schlußfolgerung zu ziehen: Derjenige Staat ist also ein friedliebender Staat, in dem das, was die drei Mächte unterschrieben haben, verwirklicht wurde, und der ist kein rechtmäßiger deutscher Staat, in dem gegen diese Abkommen gehandelt wurde. Wir haben den Militarismus liquidiert. Wir haben die Macht des deutschen Imperialismus beseitigt, ihm auch die ökonomischen Mittel genommen, daß er seine Macht wieder errichten kann, und haben uns genau gehalten an das Potsdamer Abkommen, so, wie es die USA, Großbritannien und die Sowjet-Union unterschrieben haben. In Westdeutschland ist das Gegenteil gemacht worden, da sitzen die Blutrichter wieder in den leitenden Funktionen der Justiz, da sitzen im Außenministerium eine Menge Ribbentrop-Leute, sitzen

im Innenministerium die SA-Leute mit dem SA-Mann Schröder an der Spitze. Das heißt: Die Faschisten und Militaristen haben starken Einfluß. Also die Tatsachen, auch vom völkerrechtlichen Standpunkt beurteilt, zeigen, daß wir das, was völkerrechtlich vereinbart wurde, bei uns verwirklicht haben. Deshalb sind wir ein friedliebender Staat. In Westdeutschland geschah das Gegenteil, und es zeigt sich, daß es ein militaristischer Staat ist.

Ulbricht im Spiegel-Gespräch „Gesamtdeutsche Wahlen – Warum nicht schon morgen?", in: „Der Spiegel" vom 25. 9. 1957, S. 26

134

Klar ist: Mit dem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in irgendeinem Lande verlieren die Ausbeuterklassen und ihre Überreste in diesem Land immer mehr an Boden, ihre Basis wird schwächer, und damit wird auch ihre Widerstandskraft schwächer. Aber das ist wiederum nicht ein gradliniger Prozeß, sondern vollzieht sich dialektisch, d. h. also sprunghaft, mit Rückschlägen. Ich sprach bereits davon, daß es bei uns noch feindliche Elemente gibt. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß sich in kritischen Zeiten diese Elemente aktivieren, daß sie aggressiver, frecher werden in ihren Angriffen auf den sozialistischen Aufbau oder auf unsere volksdemokratische Ordnung. Wir können so immer beobachten, wie sich in bestimmten kritischen Zeiten, die aus verschiedenen Gründen, inneren und äußeren, eintreten können, diese feindlichen Kräfte stärker hervorwagen. Dabei muß man vor allen Dingen berücksichtigen, daß sich selbstverständlich die gesamte Weltlage auch auf die innere Lage der Deutschen Demokratischen Republik auswirkt; denn *der Kampf, den wir in der Deutschen Demokratischen Republik führen, das ist ja ein Teil, sozusagen ein Frontabschnitt des gewaltigen weltweiten Kampfes, der heute zwischen Sozialismus und Kapitalismus stattfindet.* Eine Verschärfung des Kampfes an dieser ganzen Front bringt daher in der Regel eine Verschärfung des Klassenkampfes innerhalb der Republik mit sich. Das haben wir deutlich bei den Ereignissen im vorigen Jahr erlebt, besonders bei den Ereignissen in Ungarn. Da traten auch bei

uns die feindlichen Kräfte mehr hervor, entwickelten offener ihre Ansichten usw. Die Neuauflage des kalten Krieges, die jetzt von einigen imperialistischen Strategen versucht wird, bedeutet eine gewisse Verschärfung des Klassenkampfes auch in der Deutschen Demokratischen Republik. Das heißt, wir müssen gerade in der gegenwärtigen Periode besonders wachsam sein, weil sich die Weltlage zugespitzt hat, weil eine gewisse Störung in der internationalen Entspannung eingetreten ist.

Fred Oelßner: „Fragen der Klassenstruktur der Deutschen Demokratischen Republik", in: „Einheit", Nr. 5, 1957, S. 635

135

Die alte Intelligenz ist zum Teil ehrlich und offen zur Arbeiterklasse und zum Sozialismus übergegangen, zum Teil mit gewissem innerem Widerstreben. Es gibt sicher auch noch einen kleinen Teil, der nicht mit Herz und Seele dabei ist, sondern sich noch als Statthalter der Konzerne fühlt; aber das ist ein kleiner Teil. Jedenfalls ist in der von der bürgerlichen Gesellschaft übernommenen Intelligenz ein Umwandlungsprozeß vor sich gegangen. Andererseits aber — und das ist das Wichtigere für uns! — hat die *Entwicklung einer neuen sozialistischen Intelligenz* begonnen. Das ist eine sozialistische Intelligenz, die aus der Arbeiter- und Bauernklasse hervorgeht, die also unmittelbar mit den grundlegenden werktätigen Klassen unserer Republik ihrer Herkunft nach aufs engste verbunden ist. Daß diese Verbindung ideologisch manchmal sehr leicht reißt und dann etwas anderes dabei herauskommt, haben wir in letzter Zeit ziemlich deutlich bemerken müssen. Daraus müssen wir die entsprechenden sehr ernsthaften Schlußfolgerungen ziehen. *Schließlich ist es unsere Arbeiter- und Bauernjugend, die manchmal, wenn ich so sagen darf — vom Klassenstandpunkt aus gesehen —, auf den Hochschulen verdorben wird.*

Fred Oelßner: „Fragen der Klassenstruktur der Deutschen Demokratischen Republik", in: „Einheit", Nr. 5, 1957, S. 632

136

Warum gibt es *in der DDR noch Klassenkampf?*
Zunächst einmal wird er von außen hereingetragen. Die westdeutschen NATO-Organe, die Feinde des sozialistischen Fortschritts, versuchen, den Klassenkampf durch Abwerben von Arbeitskräften, durch Diebstahl von Neukonstruktionen und Zeichnungen, durch Schädlingsarbeit, Sabotageakte und Banditengruppen aufrechtzuerhalten.
Aber es gibt auch innere Ursachen. Ein Teil kapitalistischer Kreise, unbelehrbare frühere Faschisten und eine geringe Zahl von Bürgern, die nach wie vor die kapitalistische Denkweise vertreten, stehen der Arbeiter- und Bauernmacht feindlich gegenüber.
In beiden Fällen heißt es, erhöhte Wachsamkeit zu üben und unermüdlich gegen die alten Ideologien und Lebensgewohnheiten zu kämpfen.
Verbrechen gegen unsere Arbeiter- und Bauernmacht werden unnachsichtlich bestraft.

„Was jeder Deutsche wissen muß", Fragen und Antworten zum Aktionsprogramm des 33. Plenums des ZK der SED. Herausgeber: „Büro des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland", November 1957

137

Das 30. Plenum unseres Zentralkomitees hat bereits unsere Aufgaben in diesem Kampf umrissen und die Perspektive der Entwicklung gezeigt. Das 33. Plenum legte unsere Aufgaben für die Stärkung und Entwicklung unserer Deutschen Demokratischen Republik als Basis dieses Kampfes fest. *Ein schneller und erfolgreicher Aufbau des Sozialismus in unserer Republik ist unser wichtigster Beitrag zur Macht des sozialistischen Lagers und damit zum Erfolg des Kampfes gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter.* Die schnelle wirtschaftliche Entwicklung unserer Republik ist auch von großer Bedeutung zur Gewinnung des ökonomischen Wettbewerbs des Sozialismus mit den entwickelsten imperialistischen Ländern. Dabei kommt es darauf an, mit den Überresten engstirniger und falscher Auffassungen der nationalen Interessen und

mit Überbleibseln von Autarkiebestrebungen Schluß zu machen. Die ökonomischen Vorteile des Sozialismus und der neuen Beziehungen unter den sozialistischen Ländern müssen voll zur Geltung gebracht werden, um eine allseitige internationale Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern zu entfalten. Je schneller die Wirtschaftskraft der DDR zunimmt, desto stärker können wir uns auch an der wirtschaftlichen und kulturellen Unterstützung der antiimperialistischen Nationalstaaten durch die sozialistischen Länder beteiligen. In vielen dieser Länder stellt die Bevölkerung die auf Gleichberechtigung und gegenseitigem Vorteil beruhende Hilfe der DDR den Bonner ökonomischen Kolonialmethoden gegenüber.

Hermann Matern: „Die Moskauer Beschlüsse – proletarischer Internationalismus in Aktion", in: „Einheit", Heft 1, 1. 1. 1958, S. 13

138

Im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie in allen kapitalistischen Ländern, die stets eine Demokratie für die ausbeutende Minderheit war und bleibt, verkörperte *die Sowjetmacht die breiteste, höchste Form der Demokratie* – die Demokratie für die Werktätigen, für die überwältigende Mehrheit des Volkes. Unter der Herrschaft der kapitalistischen Korporationen, Trusts und Syndikate, der Kohle-, Erdöl-, Stahl-, Automobil-, Chemie-, Eisenbahn- und sonstigen Gesellschaften der Kapitalisten gibt es keine wirkliche Demokratie für die Werktätigen und kann es keine geben. Die sozialistische Revolution, die die Herrschaft des Kapitals beseitigte und die Produktionsmittel zum gesellschaftlichen Eigentum machte, schuf die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die proletarische Demokratie. Die Revolution brachte den Massen die wichtigste Freiheit, die Freiheit von der Ausbeutung, die die Grundlage aller demokratischen Freiheiten und Rechte bildet.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Ein klarer Beweis für den wahrhaft demokratischen Charakter der Sowjetordnung ist die aktive Teilnahme der Massen an der Diskussion und Entscheidung der wichtigsten Fragen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des Landes. Mehr als 40 Millionen Werktätige nahmen an den Versammlungen teil, auf denen die weitere Vervollkommnung der Leitung der Industrie und des Bauwesens diskutiert wurde. Viele Gesetzentwürfe, die große Bedeutung für das Leben des Volkes haben, werden erst dann zum Gesetz, wenn sie vom ganzen Volke diskutiert worden sind. *Unsere Gesetze verkörpern die kollektive Weisheit und die kollektiven Erfahrungen der Millionenmassen, verkörpern deren Willen.* Partei und Regierung beraten sich ständig mit dem Volk, wenn es gilt, die herangereiften Fragen des kommunistischen Aufbaus zu lösen. Unter den Bedingungen des Sozialismus treten die Volksmassen als die bewußten, aktiven Schöpfer des neuen Lebens auf.

Thesen der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

IV

Der gesamtdeutsche Anspruch der Bolschewisten

(140—169)

140

Wir sind der Auffassung, *daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre,* denn dieser Weg entspricht nicht den *gegenwärtigen* Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, *einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk* . . . Es gilt, die Demokratisierung Deutschlands, . . . die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen.

Gründungsaufruf der KPD, von *Pieck* und *Ulbricht* unterzeichnet, vom 11. 6. 1945

141

Wir haben in der Parteidiskussion die *Theorie des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus zerschlagen,* die nicht nur den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus widersprach, sondern auch antisowjetischen und nationalistischen Tendenzen Vorschub leistete und manche frühere sozialdemokratische Genossen daran hinderte, den Weg zum Marxismus-Leninismus zu finden.

Otto Grotewohl auf der I. SED-Parteikonferenz vom 25. bis 28. 1. 1949

142

Es gibt also *nur einen Weg zum Sozialismus*, und es kann nur einen geben: den marxistisch-leninistischen. Und nun kommen Genossen und sprechen von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus. Was bedeutet dieses Wort? Es bedeutet zunächst einen terminologischen Mißgriff. Sprechen die russischen Genossen von einem russischen Weg? Es kommt ihnen nicht in den Sinn, obwohl sie ihn in ihrem Land zum erstenmal verwirklichten. Sprechen die jugoslawischen Genossen von einem jugoslawischen Weg? Jawohl, sie tun es in dem Augenblick, in dem sie den Weg zum Sozialismus verlassen.

Rudolf Herrnstadt in: „Einheit", 9/1948, S. 800

143

Aber dieser (in den Potsdamer Beschlüssen geforderte) demokratische Umbau hat eben erst begonnen, erst der Anfang ist gemacht; die Kräfte des Faschismus sind in Deutschland noch lange nicht ausgerottet. Bekanntlich ist die Agrarreform und die Liquidierung der Großgrundbesitzer, dieser ehemaligen zuverlässigen Stützen des Hitlerismus, nur in der Sowjetzone durchgeführt, in den Westzonen aber noch nicht einmal eingeleitet. Die monopolistischen Vereinigungen der deutschen Industriellen, alle diese Kartelle, Trusts, Syndikate usw., auf die sich der deutsche Faschismus stützte, um die Aggression vorzubereiten und den Krieg zu führen, üben weiterhin ihren Einfluß aus, besonders in den Westzonen. Folglich haben wir keinen Grund, unsere Aufmerksamkeit gegenüber den Aufgaben der restlosen Liquidierung des Nazismus und den Fragen der *Demokratisierung Deutschlands* abzuschwächen, wenn wir wirklich zuverlässige Garantien der künftigen Sicherheit erhalten wollen.

Molotow auf der Pariser Außenministerkonferenz 1946 bei seiner Ablehnung des Entwurfes eines Vertrages der vier Mächte über die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands unter Berufung auf die sowjetische Interpretation der Potsdamer Beschlüsse

144

Aus meinen Ausführungen erhellt, daß die Sowjetregierung, was die Verhütung einer deutschen Aggression anbelangt, der Durchführung von Maßnahmen zur Demokratisierung Deutschlands erstrangige Bedeutung beimißt . . .
Um die deutsche Aggression in der Wurzel zu kappen und Deutschland zu einem friedlichen demokratischen Staat umzugestalten, ist es notwendig, *in ganz Deutschland eine Bodenreform* durchzuführen, damit den Bauern der Boden der junkerlichen Großgrundbesitzer übergeben wird, die stets die Inspiratoren deutscher Aggression waren und die Kader der gefährlichsten deutschen Militaristen stellten . . .
Es erübrigt sich, zu beweisen, daß die Konzerne, Kartelle, Syndikate, Truste und anderen deutschen Monopole eine außerordentlich große Rolle als Inspiratoren und Organisatoren der deutschen Aggression gespielt haben . . . Die Sowjetregierung schlägt vor, die deutschen Monopole zu enteignen und ihre Betriebe dem deutschen Staat zu übergeben, dessen Demokratisierung unter Kontrolle der vier verbündeten Mächte erfolgt . . .
Wollen wir Deutschland für eine lange Zeitdauer entmilitarisieren, so können wir nicht umhin, die Frage der *Errichtung einer Viermächtekontrolle über das Ruhrgebiet,* die allbekannte Hauptbasis der deutschen Rüstungsproduktion und mächtige Stütze des deutschen Militarismus, zu stellen.

Molotow auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1947 (10. 3. bis 24. 4. 1947) bezüglich der die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands betreffenden Forderungen

145

Es ist ebenfalls wichtig festzustellen, daß die sogenannte Bonner Verfassung keinerlei Bestimmungen enthält, die die herrschende Rolle der deutschen Monopole und des Junkertums, der Urheber und Organisatoren der deutschen Aggression, der Stützen des Hitlerregimes, einschränken würden. Bereits das allein beweist, daß man

diese Verfassung keinesfalls als demokratisch bezeichnen kann.

Wyschinski auf der Pariser Außenministerkonferenz 1949 (23. 5. bis 20. 6. 1949) bei seiner Ablehnung des Bonner Grundgesetzes und der Darlegung der sowjetischen Auffassung von einer materiellen Demokratisierung.

146

Den besonderen Bedingungen in Westdeutschland Rechnung tragend, *kann die Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, wenn nötig, dort auch andere Bezeichnungen annehmen oder überhaupt ohne Bezeichnung auftreten.*

Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 4. 10. 1949 über „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands", veröffentlicht in: „Neues Deutschland", Nr. 233 vom 4. 10. 1949

147

Die nun in der DDR wirkende, vom Volkskongreß gewählte Regierung, die die Interessen des gesamten deutschen Volkes wahrnimmt und die *Legitimation besitzt, für das ganze deutsche Volk zu sprechen,* wird durch ihre Arbeit . . . *zur Stärkung der Nationalen Front aller Deutschen beitragen.*

W. Pieck in seiner Antrittsrede als „Staatspräsident" der „DDR" am 11. 10. 1949

148

Es ist nicht möglich, die deutsche Frage zu lösen, wenn die deutsche Demokratie die Geschicke des Landes nicht in die eigene Hand nimmt, wenn sie den Ruhrmagnaten nicht ihre wirtschaftliche und politische Basis entzieht, wenn sie im Lande keine *durchgreifenden demokratischen Umgestaltungen* vornimmt . . . Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bedeutet, daß in Deutsch-

land diese wichtigsten Voraussetzungen für eine durchgreifende Lösung des deutschen Problems auf demokratischer Grundlage bereits geschaffen werden.

Malenkow in seiner Rede zum 32. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 1949

149

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland ist eine höhere Form des Kampfes. In der Entscheidung des Parteitages wird gesagt: „In die Nationale Front des demokratischen Deutschland gehören alle patriotischen Kräfte des deutschen Volkes, die gewillt sind, für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, für den Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen einzutreten. Darum appelliert die Nationale Front des demokratischen Deutschland an alle ehrlichen Deutschen, ungeachtet ihrer sozialen Lage, ihres religiösen Bekenntnisses und ihrer politischen Anschauungen, sich in die nationale Widerstandsbewegung einzugliedern" . . .
Es ist außerdem notwendig, in viel größerem Umfang parteilose Menschen aus allen Schichten, die sich in der Friedensbewegung bzw. im nationalen Kampf aktiv bewährt haben, in die Friedenskomitees bzw. in die Ausschüsse einzubeziehen, ohne dabei zu vergessen, daß *die Arbeiter und die Bauern die Hauptkraft* darstellen.

Otto Schön, Mitglied des Sekretariats des ZK der SED: „Verstärkt die Arbeit unter den Massen durch bessere Anleitung der Ausschüsse der Nationalen Front", in: „Neuer Weg", 14/1951, S. 15

150

Darum ist es die vordringlichste Aufgabe der marxistisch-leninistischen Partei im Friedenskampf, *die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse auch im Westen Deutschlands herzustellen und zu festigen,* die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder von der dringenden Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes

gegen die Remilitarisierung, gegen die drohende Kriegsgefahr zu überzeugen . . .

Franziska Rubens: „Die Bedeutung der Lehre des Marxismus-Leninismus für den Kampf um den Frieden", in: „Neuer Weg", 15/1951, S. 3

151

Einige sozialdemokratische Führer antworten auf unser Angebot mit der Taktik des Ausweichens. Aber die Sozialdemokratie sieht sich einer neuen Entwicklung der Einheitsfront in der ganzen deutschen Arbeiterklasse gegenüber, und *da gibt es auf die Dauer kein Ausweichen*, auch wenn einige sozialdemokratische Führer das heute noch nicht sehen wollen oder wirklich nicht sehen.
Wir haben einen solchen, von allen Werktätigen gebilligten Vorschlag entwickelt, sich darüber auseinanderzusetzen, wie der Frieden in Deutschland gemeinsam gesichert werden kann, wie der Militarismus gemeinsam niedergerungen werden kann und *wie die Interessen des Volkes unter Initiative der Arbeiterklasse in Westdeutschland von Erfolg zu Erfolg geführt werden können.*
Wir werden unsere Linie, die wir auf der 3. Parteikonferenz beschlossen haben, konsequent weiterentwickeln. Wir sind davon überzeugt, daß die Arbeiterklasse Westdeutschlands das entscheidende Wort sprechen wird. Sie wird billigen, daß sich in den großen Fragen der Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes die SED und die SPD sowie die Gewerkschaften zum Zwecke des gemeinsamen Vorgehens verständigen müssen.

„Volksstimme" (SED), Magdeburg, vom 11. 3. 1957

152

Wir behaupten nicht, daß man in Westdeutschland nach der Wiedervereinigung die in unserer Republik errungenen sozialen Fortschritte einfach übernehmen kann. Darüber werden sich Westdeutschlands Arbeiter selbst Gedanken machen, und das ist in erster Linie ihre Angelegenheit. Unzweifelhaft ist es das Interesse und der Wunsch der westdeutschen Arbeiter, Sozialdemokraten, Christen oder Kommunisten, daß Machtpositionen der

Konzern= und Bankherren eingeschränkt und beseitigt, daß die Rechte der Gewerkschaftler erweitert werden, daß das reaktionäre Bildungsmonopol beseitigt, daß der Herrschaft der Junker ein Ende bereitet wird.

Kommentator *von Schnitzler* in Radio Ost=Berlin am 21. 3. 1957

153

Manche Angehörige der Intelligenz befinden sich auch in einem inneren Konflikt durch die Existenz von zwei deutschen Staaten, in denen zwei verschiedene gesell=schaftliche Systeme bestehen. Dieser innere Konflikt resultiert aus der Sehnsucht nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Vorstellungen über den Weg zur Wie=dervereinigung sind jedoch bei manchen unklar, weil sie sich noch von alten Gedankengängen leiten lassen oder weil persönliche Beziehungen ihnen erschweren, die Lage real einzuschätzen. Die Stellung zum Weg und zu den Methoden der Wiedervereinigung Deutschlands ist ab=hängig von der Meinung über die Perspektive. Wer ein friedliebendes, demokratisches Deutschland will, muß für die Bändigung und Überwindung des Militarismus in Westdeutschland sein. Wer ein imperialistisches Deutsch=land will, das durch seine Atomkriegspolitik zu einem dritten Weltkrieg treibt, der ist naturgemäß gegen Ab=rüstung und Verständigung.
Die Meinung mancher Menschen, es gebe noch einen dritten Weg, ist illusionär.

Walter Ulbricht: „Vom geistigen Leben in unserer Zeit" (I), Kapitel „Fachwissenschaftler und Politik", in: „Neues Deutschland" vom 6. 7. 1957

154

Einige Fragen zu den Bundestagswahlen in Westdeutsch=land wurden so zu einer Streitfrage. Genosse Bohn, 2. Sekretär der Bezirksleitung, der als Gast teilnahm, ging deshalb in seinem Schlußwort besonders ausführlich dar=auf ein. Er sagte sehr klar, daß der Stimmzettel die Situa=tion in Westdeutschland nicht grundsätzlich verändern

kann. Das muß die Arbeiterklasse gemeinsam mit den Bauern tun. Unsere Aufgabe ist es, den westdeutschen Arbeitern zu helfen, damit sie von der Parteiführung der SPD *ein marxistisches Programm* verlangen, das auch konsequent in die Tat umgesetzt wird.

„Sächsische Zeitung" (SED), Dresden, Nr. 173 vom 29. 7. 1957

155

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland ist aus der Geschichte des demokratischen Deutschland nicht mehr wegzudenken. Aber auch nicht aus der Geschichte des imperialistischen Deutschland, das in der Bundesrepublik mit Hilfe der Westmächte noch weiter besteht. Sie ist der Pfahl in seinem Fleisch, die unübersteigliche Mauer an seinen Grenzen, der Totengräber seiner Hoffnungen auf einen dritten Versuch, sich die Welt zu erobern. So ist sie auch aus der Zukunft Deutschlands nicht wegzudenken, wenn wir uns nicht selbst wegdenken wollen. Nur wer, an Deutschlands Zukunft denkend, „ohne mich" denkt, kann auf sie verzichten und verzichtet damit nicht nur auf sein Mitgestalten, sondern auch auf sein Miterleben . . .
Heinrich Mann stellt in seinem Buch „Ein Zeitalter wird besichtigt" als Quintessenz der Ergebnisse solcher Besichtigung fest, daß „kein Volk lange bleibt, was es nicht sein will". Die Nationale Front des demokratischen Deutschland ist der gestaltgewordene Wille des deutschen Volkes, nicht zu bleiben oder nicht wieder zu werden, was es zu seinem eigenen Schaden einmal war und teilweise heute noch ist, und das zu werden, in ganz Deutschland zu werden, was es in einem Teile heute schon ist: Ein Volk, das, in Freundschaft mit seinen Nachbarn, zur Weltmacht des Friedens und des Fortschritts wird.

Domprediger *Karl Kleinschmidt*, Schwerin, in: „Stimme des Patrioten", Organ für die Mitglieder der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland", Berlin, Jg. 1957, Nr. 19, 1. Oktoberheft, S. 9

156

Unsere Republik ist das Morgen der ganzen deutschen Nation, weil im 20. Jahrhundert alle Wege der gesellschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus führen. Vor unseren Augen vollzieht sich der Untergang einer verfaulten und die Geburt einer neuen Welt. Brauchte der Kapitalismus 400 Jahre, um sich als Weltsystem durchzusetzen und den Feudalismus zu überwinden, ist der Sozialismus in weniger als 40 Jahren zu einem unbesiegbaren Weltsystem geworden. Die ganze Menschheit ist Zeuge der *atemberaubenden Siege der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf allen Gebieten der modernen Wissenschaft und Technik.* In der sozialistischen Sowjetunion wurde das erste Atomkraftwerk in Betrieb genommen, sowjetische Wissenschaftler und Ingenieure erprobten zum Entsetzen notorischer Ostlandreiter erfolgreich die erste interkontinentale Rakete, und nicht die USA, sondern die Sowjetunion schickte den ersten künstlichen Mond in das Weltall.

„Neues Deutschland" vom 7. 10. 1957

157

Noch haben die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland nicht gesiegt. Aber richtig ist auch, daß die Hauptkräfte der Arbeiterklasse gegen Adenauer und damit gegen die Herrschaft der Monopole gestimmt haben. Über neuneinhalb Millionen SPD-Stimmen zeugen davon, daß es der Reaktion nicht gelungen ist, den bewußten Teil der Arbeiterklasse zu betrügen. Das ist eine starke Kraft, und an ihrer Seite steht die Deutsche Demokratische Republik, auf die sich die patriotischen Kräfte in Westdeutschland verlassen können.

„Neues Deutschland" vom 7. 10. 1957

158

In der Deutschen Demokratischen Republik hat die Arbeiterklasse mit der SED an der Spitze die politische Macht und übt sie im Bündnis mit den werktätigen

Bauern und anderen werktätigen Schichten aus. Die DDR stützt sich auf die Blockparteien und Massenorganisationen, die der Nationalen Front des demokratischen Deutschland angehören. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik ist die Basis für den Kampf der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte auch in Westdeutschland. *Der Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht ist eine notwendige Voraussetzung für den Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage.*

Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

159

Wir haben nur solche Vorschläge gemacht, die der Schaffung eines friedliebenden, demokratischen Deutschland dienen und die sozialistischen Errungenschaften der Werktätigen in der DDR sichern. Ich habe nicht gesagt, der Aufbau des Sozialismus, das ist der nächste Schritt. Zunächst genügt es, wenn die Kriegshetzer in Westdeutschland entmachtet werden. Das ist zunächst das Wichtigste.

Ulbricht in seiner Leipziger Rede vom 9. 3. 1957

160

Die DDR stellt für die Wiedervereinigung *nicht die Vorbedingung, daß sich in Westdeutschland sozialistische Umwandlungen vollziehen sollen.* Die Liquidierung der Herrschaft der Monopole in der Bundesrepublik, der Verzicht auf die Politik der Remilitarisierung und Refaschisierung sowie der Verzicht auf die Teilnahme an aggressiven Militärbündnissen sind allgemeine demokratische und nationale Forderungen, deren Sinn darauf abzielt, die friedliche Wiedervereinigung und die Schaffung eines friedlichen demokratischen Deutschlands als einheitlichen Staat zu gewährleisten.

Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

161

Obwohl die SED für die Wiedervereinigung Deutschlands keine Voraussetzungen sozialistischen Charakters stellt, so kann für die deutsche Arbeiterklasse *kein Zweifel darüber bestehen, daß das Ziel des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse der Sozialismus ist.*
Die klare Zielsetzung eines sozialistischen Deutschlands wird in der Arbeiterklasse große Kräfte entfalten und sie ermutigen, den harten Kampf gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus erfolgreich zu führen.

Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

162

Der friedliche Weg des Übergangs der Bundesrepublik zum Sozialismus wird nur dann möglich sein, *wenn es dem Vortrupp der Arbeiterklasse im Verlauf des revolutionären Kampfes gelingt, alle fortschrittlichen Kräfte zusammenzuschließen und den Bundestag zu einem Organ der wirklichen Demokratie zu machen,* das im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Nation handelt.

Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

163

Die Herstellung *der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse* ist für die SED keine Frage der Taktik, die heute in den Vordergrund gestellt und morgen vielleicht zurückgestellt werden kann, sondern *die Generallinie der Partei, von deren Verwirklichung die Lösung der nationalen und Klassenforderungen der deutschen Werktätigen sowie die Zukunft der deutschen Nation abhängen.*
Die gemeinsame Aktion der deutschen Arbeiterklasse ist die einzig reale Kraft, die dem Militarismus und der reaktionären Politik des deutschen Finanzkapitals Widerstand entgegensetzen kann. Man muß die Tatsachen nüchtern einschätzen und alle Handlungen der Hauptsache unterordnen, nämlich den Interessen der Arbeiterklasse.

Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

164

Die Vorbereitung der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands erfordert, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Mittelschichten und Kreisen des nationalen Bürgertums selbst das Fundament schafft, auf dem das neue Gebäude des einigen, friedliebenden und demokratischen Deutschland errichtet wird. Das erste ist die *Aufhebung des Betriebsverfassungsgesetzes,* die Herstellung der vollen Rechte der Arbeiter, einschließlich der *Arbeiterkontrolle in den Großbetrieben.* Es sind alle Vorrechte der Großgrundbesitzer zu beseitigen und die *vollen demokratischen Rechte der werktätigen Bauern herzustellen.* Alle Maßnahmen des Finanzkapitals, die den Mittelstand benachteiligen, sind aufzuheben und die Rechte der Handwerksorganisationen und anderer Organisationen des Mittelstandes zu gewährleisten. Deshalb ist es notwendig, eine *Volksabstimmung über die Überführung der Schlüsselindustrie in Volkseigentum, eine demokratische Bodenreform und eine Schulreform* durchzuführen. Dabei sind die besonderen Verhältnisse in Westdeutschland zu berücksichtigen.
Zum Beispiel sollen die Kleinaktionäre für ihren Aktienbesitz voll und die Besitzer großer Aktienpakete, sofern sie für das Programm der demokratischen Wiedervereinigung eintreten, teilweise entschädigt werden. Bei der Bodenreform soll nur der Besitz, der über 100 Hektar hinausgeht, enteignet werden.

Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

165

Der *Gesamtdeutsche Rat* würde die Funktionen einer *Regierung der deutschen Konföderation* ausüben und Maßnahmen vorbereiten wie die Herstellung einer einheitlichen Verwaltung in Deutschland, besonders zur Schaffung einer Zoll- und Valuta-Union, einer Koordinationskommission für Fragen der nationalisierten Industrie, für die Schaffung einer einheitlichen Notenbank, einer einheitlichen Währung, eines einheitlichen Transport- und Nachrichtenwesens u. a.

Der Gesamtdeutsche Rat würde ferner auf der Grundlage gleichberechtigter Verhandlungen die Maßnahmen für die Durchführung von freien *gesamtdeutschen Wahlen zur Nationalversammlung* ausarbeiten.

Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

166

Wenn solche Verhältnisse geschaffen werden, die eine friedliche Lösung der deutschen Frage ermöglichen, dann würde es auch gelingen, einen Gesamtdeutschen Rat, der sich paritätisch aus Vertretern beider deutschen Staaten zusammensetzt, zu bilden.
Die Mitglieder des Rates sollten in beiden Teilen Deutschlands auf Grund der geltenden Wahlgesetze gewählt werden. Ein solcher Gesamtdeutscher Rat wäre ein Organ der Vereinigung Ost- und Westdeutschlands auf der Grundlage der *Konföderation,* d. h. eines *Staatenbundes, der aus beiden deutschen Staaten — der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik — gebildet würde.*

Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

167

Freie gesamtdeutsche Wahlen sind also das Ergebnis des Wiedervereinigungsprozesses. Sie werden möglich zu dem Zeitpunkt, *da die freie und unabhängige Ausübung der Rechte des Volkes in ökonomischer, politischer und völkerrechtlicher Hinsicht gewährleistet ist,* wenn alle ausländischen Truppen vom Territorium Deutschlands abgezogen sind und die ausländischen Militärstützpunkte liquidiert wurden.
Die aus diesen gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung hat die hohe Verantwortung, die Verfassung auszuarbeiten und aus ihrer Mitte eine Regierung zu bilden, die dem Frieden, der Demokratie und dem Fortschritt dient und in der kein Platz ist für eine imperialistische Politik. Damit sind durch die Arbei-

terklasse und alle friedliebenden demokratischen Kräfte die Bedingungen geschaffen, damit das neue Deutschland in Freundschaft mit allen Völkern leben und einen würdigen Platz im Kreise der Völker einnehmen kann.

Ulbricht vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 30. 1. bis 1. 2. 1957

168

Ohne eine Verständigung über die elementarsten Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens kann man nicht im Ernst von einer Verständigung über die Wiedervereinigung sprechen. In unseren Vorschlägen wird weiter gesagt, daß wir dafür sind, daß eine Zone der verminderten und kontrollierten Rüstung in Europa geschaffen wird. Wir sind überzeugt, daß dadurch eine solche Atmosphäre geschaffen wird, die es ermöglicht, nicht nur zur Konföderation . . .
Spiegel: . . . Herr Ulbricht, wir wollen zu einem freien Gesamt . . .
Ulbricht: . . . zur Konföderation zu kommen, sondern auch zu einer weiteren Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten. Das ist der Ausgangspunkt dieses Programmes. Wir haben dieses Programm entwickelt als ein wirklich nationales Programm, das davon ausgeht, *daß Deutschland nur dann eine große Zukunft hat, wenn die Wiedervereinigung zu einem friedliebenden, demokratischen Deutschland erfolgt.* Oder ganz grob gesagt, ja, ist die Lage eine solche, daß das deutsche Volk vor der Entscheidung steht, entweder mit Adenauer den Weg der Hiroshima-Politik, ja, das heißt der Atomkriegspolitik, zu gehen oder den Weg der friedlichen Lösung der deutschen Frage. Das ist die Entscheidung, vor der das deutsche Volk steht.

Ulbricht im Spiegel-Gespräch „Gesamtdeutsche Wahlen – Warum nicht schon morgen?", in: „Der Spiegel" vom 25. 9. 1957, S. 32

169

Spiegel: In Westdeutschland und hier, Herr Ulbricht, ist alles einverstanden mit dem Satz, den auch Herr

Chruschtschew hier in Berlin gesagt hat und der noch einmal in dem Kommuniqué steht, das von Ihnen und der Sowjet-Delegation unterzeichnet worden ist, mit dem Satz nämlich, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in erster und in letzter Linie zunächst einmal eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst ist.

Ulbricht: Ausgezeichnet.

Spiegel: *Wie anders soll dieses deutsche Volk politisch handeln als durch Wahlen?*

Ulbricht: *Es hat doch keinen Zweck,* dieselbe Frage nochmal zu beginnen.

Ulbricht im Spiegel-Gespräch „Gesamtdeutsche Wahlen – Warum nicht schon morgen?", in: „Der Spiegel" vom 25. 9. 1957, S. 32

V

Wirtschaftsfragen

(170—188)

170

Die Sozialistische Planwirtschaft hat zwei Voraussetzungen: Den sozialistischen Staat und das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln. Wir haben weder das eine noch das andere! Aber wir haben einen Staat, der nicht mehr bürgerlich ist. Was aus ihm wird, hängt unter anderem vor allem von der Politik unserer Partei und der Einsicht und der Kraft der Arbeiterklasse ab. Er kann *ein sozialistischer Staat* werden und damit die *eine Voraussetzung für die Umbildung der Wirtschaftsplanung in die Planwirtschaft.*

Prof. *Fritz Behrens,* Leipzig: „Wirtschaftsplanung und Planwirtschaft", in: „Einheit", 3/1948, S. 233

171

Andererseits ist es ein Beweis für den revolutionären Charakter der russischen marxistischen Sozialdemokratie (der Bolschewiki), daß sie im Zusammenhang mit der Frage der proletarischen Revolution die Bauernfrage in ihrer ganzen Bedeutung aufrollte. Denn eine Partei, die ihre revolutionäre Aufgabe ernst nimmt, muß mit aller Entschiedenheit die Frage nach den möglichen Bundesgenossen im Kampf um die Macht stellen. Die Bauern sind aber die wichtigsten Bundesgenossen. Darum behandelt Stalin in seinem Werke „Über die Grundlagen des Leninismus" die Bauernfrage unmittelbar im An=

schluß an die Diktatur des Proletariats und formuliert sie in folgender Weise:
In diesem Sinne ist die *Bauernfrage ein Teil der allgemeinen Frage der Diktatur des Proletariats* und ist als solche eine der lebenswichtigsten Fragen des Leninismus. (J. W. Stalin: „Fragen des Leninismus", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, S. 51)

Fred Oelßner: „Die Bauernfrage im Leninismus", in: „Einheit", 9/1949, S. 775

127

In den volkseigenen Betrieben hat sich *die Arbeit* aus einer schweren Bürde in *eine Sache der Ehre und des Ruhmes* verwandelt.

Aus der Satzung des FDGB, 3. FDGB-Kongreß vom 30. 8. bis 3. 9. 1950, Ost-Berlin, Werner-Seelenbinder-Halle

173

Der Betriebskollektivvertrag regelt alle wichtigen Fragen, nicht nur die der Organisation der Produktion, sondern zum Beispiel auch die der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Arbeitsnormen, der Arbeitsschutzmaßnahmen; er regelt weiter alle Fragen der sozialen Betreuung, der fachlichen Weiterbildung, der Festigung der Arbeitsmoral, der kulturellen Entwicklung und viele andere. Der Betriebskollektivvertrag geht von den Aufgaben aus, die der VEB-Plan den Werktätigen des Betriebes stellt. Auf ihnen basierend, enthält er bekanntlich die gegenseitigen Verpflichtungen zwischen dem Direktor und der Betriebsgewerkschaftsleitung als Vertreterin der Gesamtbelegschaft . . . Das zeigt weiter, daß die Werktätigen willens sind, auf Friedenswacht zu ziehen, um durch beispielhafte Leistungen den patriotischen Kräften Westdeutschlands zu helfen, die Bevölkerung für den Kampf um die Erhaltung des Friedens zu gewinnen . . . Dabei müssen sich die Genossen in den Grundorganisationen der Par-

tei immer von der Erkenntnis leiten lassen, *daß unser Fünfjahrplan in dem Maße die Verkörperung der Politik unserer Partei ist, in dem wir die VEB=Pläne mit Hilfe der Betriebskollektivverträge erfüllen.*

Eberhard Arlt: „VEB=Plan und Betriebskollektivvertrag", in: „Neuer Weg", 11/1951, S. 5–6

174

Im neuen Arbeitsrecht spiegelt sich aber auch der eigen=artige Übergangscharakter unserer Basis wider. Das kommt z. B. in der *Verschiedenartigkeit der Stellung der BGL in den volkseigenen und den privaten Betrieben* zum Ausdruck. Besteht in den volkseigenen Betrieben eine der wichtigsten Aufgaben der BGL darin, gemeinsam mit der Werkleitung und der Belegschaft die zur Erfüllung und möglichen Übererfüllung des Produktionsplanes er=forderlichen Maßnahmen zu erarbeiten, so hat sie in den privaten Betrieben mehr eine Kontrollfunktion dahin=gehend, daß von dem Privatunternehmer sein Eigentum an den Produktionsmitteln nicht mißbraucht wird zum Schaden, sondern eingesetzt wird zum Nutzen unserer Gesellschaftsordnung.

„Das Arbeitsrecht in der antifaschistisch=demokrati=schen Ordnung", in: „Arbeit und Sozialfürsorge", 22/1951, S. 522

175

Das persönliche Eigentum dient in der Sowjetunion nur dem eigenen Bedarf bzw. der Familie oder der persön=lichen Bequemlichkeit. Als Formen dieses Eigentums kommen in Betracht die Arbeitseinkünfte und Erspar=nisse, das Vermögen, welches mit diesen Mitteln er=worben wurde, sowie das ererbte Vermögen.

„Wissen und Tat", 6/1951, S. 76

176

Alleiniger *Eigentümer des Volkseigentums ist der anti=faschistisch=demokratische Staat.* Der Staat ist daher auch allein das Subjekt des Eigentumsrechts.

> *Gerhard Dornberger:* „Die verschiedenen Eigentums=arten und Eigentumsformen und das Eigentumsrecht in der DDR", in „Neue Justiz", 1/1952, S. 18

177

Es war im Jahre 1951 im VEB Ziegelwerk Zwickau=Marienthal. Dem Genossen Max Schürer, einem langjährigen Setzer, ließ das neue *Schnellbrennverfahren des sowjetischen Stachanow=Arbeiters Pawel Duwanow* keine Ruhe mehr. Duwanow hatte große Erfolge, er erhöhte die Kapazität seines Ofens um fast 50 Prozent.
Man müßte nun annehmen, daß die Duwanow=Methode in allen volkseigenen Ziegeleien angewendet wird; denn Ziegelsteine, die brauchen unsere Baubetriebe. Wie wollen wir denn sonst das großartige Bauprogramm für den zweiten Fünfjahrplan verwirklichen und neue Wohn=häuser und Betriebe errichten? Doch weit gefehlt! Die Duwanow=Methode wird in fast allen volkseigenen Ziegeleien gar nicht oder nur ungenügend angewendet.

> „Freie Presse" (SED), Chemnitz (Karl=Marx=Stadt), vom 13. 6. 1956

178

In den sozialistischen Betrieben gibt es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Produktion dient ausschließlich den Interessen der Werktätigen, und jeder Fortschritt in der Produktion kommt ihnen in den verschiedensten Formen zugute. Daher liegt die schnelle Steigerung der Produktion im Interesse der Arbeitenden selbst. Ihre schöpferische Aktivität, die eigene Initiative, ist der wichtigste Hebel zur Entfaltung der Produktiv=kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik. Es kommt darauf an, diese Triebkraft voll wirksam werden zu lassen. Das ist heute noch nicht der Fall, und dafür gibt es verschiedene Ursachen. Eine besonders wichtige

Ursache ist, *daß wir in den Betrieben noch nicht jene Formen der Einflußnahme der Arbeiterklasse entwickelt haben, die ihrer Rolle in unserer Gesellschaft entsprechen und die den Arbeitern ihre neue Stellung im Betrieb unmittelbar durch die eigene Erfahrung bewußt werden lassen.* Das neue, sozialistische Verhältnis zur Arbeit und zum volkseigenen Betrieb entwickelt sich bei der Masse der Arbeiter nicht bereits auf der allgemeinen Grundlage der neuen, sozialistischen Eigentumsverhältnisse; es entwickelt sich und kann sich nur entwickeln im Zusammenhang mit dem eigenen aktiven Handeln und der dabei erworbenen Erfahrung, also im Prozeß der praktischen Betätigung der Arbeiter als Eigentümer, als Herren unserer sozialistischen Betriebe. Der große Prozeß der Demokratisierung unseres gesellschaftlichen Lebens darf an dieser Frage nicht vorbeigehen.

Eva Altmann: „Über die demokratischen Rechte der Arbeiter in den sozialistischen Betrieben", in: „Einheit", Nr. 12, 1956, S. 1188

179

In anderer Weise ist jedoch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Fragen der Produktion, der speziellen betrieblichen Aufgaben in der Volkswirtschaft geregelt. Hier gibt es die verschiedensten Formen der Weckung und Förderung der Initiative der Arbeiter und ihrer Mitwirkung bei der immer besseren Erfüllung der betrieblichen Aufgaben. Wir kennen die große Bedeutung des sozialistischen Wettbewerbs und der Aktivistenleistungen, der Verbesserungsvorschläge, Neuerermethoden und Arbeitererfindungen und der Entfaltung der Kritik gegenüber hemmenden bürokratischen Erscheinungen und fehlerhaften Anordnungen und Maßnahmen für die Vorwärtsentwicklung unserer sozialistischen Wirtschaft. Durch ihre Initiative, ihre Leistungen und ihre offene Kritik haben die Arbeiter einen wichtigen Einfluß auf die positive Entwicklung der Betriebe. Die gegenseitige Festlegung von Verpflichtungen der Werkleiter und der Belegschaften im Betriebskollektivvertrag ist von sehr großer Bedeutung und ein wichtiges Instrument der Entwicklung der Rechte der Arbeiter im Be-

trieb geworden. *Aber ein unmittelbares Recht zur Entscheidung gibt es für die Arbeiter in diesen Fragen der Produktion trotzdem bisher nicht.*

Eva Altmann: „Über die demokratischen Rechte der Arbeiter in den sozialistischen Betrieben", in: „Einheit", Nr. 12, 1956, S. 1195/96

180

Da es *kein tatsächliches Entscheidungsrecht der Arbeiter und Angestellten und der Ingenieure über das Geschehen im Betrieb und seine Entwicklung* gibt, empfinden die staatlichen und wirtschaftlichen Organe auch zumeist keineswegs die Notwendigkeit zu einer exakten, vollständigen Aufklärung der Belegschaften über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die auch auf ihren Betrieb einwirken. Statt durch völlige Offenheit das Verständnis der Arbeiter für die Sorgen und Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus zu heben und sich bei ihrer bestmöglichen Überwindung oder der Suche nach vorübergehenden Auswegen und Lösungen auf die Hilfe der Arbeiter zu stützen, ist die Information der Belegschaften über viele sie unmittelbar betreffende Fragen, z. B. über die wirklichen Ursachen bestimmter Schwierigkeiten im Betrieb, oft sehr schlecht. Das aber ist der Boden, auf dem sich falsche Auffassungen und Mißstimmungen verbreiten können. Das lähmt die Initiative, führt an vielen Stellen in volkseigenen Betrieben zur Passivität und zu Gleichgültigkeit und Resignation gegenüber dem betrieblichen Geschehen, selbst manchmal dort, wo eine Zeitlang bereits eine große Aktivität der Belegschaft zu verzeichnen war.

Eva Altmann: „Über die demokratischen Rechte der Arbeiter in den sozialistischen Betrieben" in: „Einheit", Nr. 12, 1956, S. 1196

181

Heute ist *die DDR, unter 30 Staaten Europas, die fünftstärkste Industriemacht. Unsere Industrie produziert* doppelt soviel wie vor dem Kriege und mehr als ganze Kontinente, mehr als Australien und Afrika! In der Braun=

kohlenförderung stehen wir in der Welt an der Spitze. Wir erzeugen bereits mehr Elektroenergie als die Elektroindustrie ganz Deutschlands vor dem Kriege. Damit stehen wir im sozialistischen Lager an zweiter, in der Pro-Kopf-Produktion an erster Stelle, stehen wir vor solchen kapitalistischen Staaten wie Deutschland und Frankreich. In der Ausnutzung der Kraftwerke halten wir sogar den ersten Platz in der Welt. Es gab und gibt keinen kapitalistischen Staat auf unserem Erdball — Westdeutschland eingeschlossen —, dessen Industrie auch nur annähernd im gleichen Verhältnis wächst wie die Industrie der DDR.

„Stimme des Patrioten", Organ für die Mitarbeiter der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland", Ost-Berlin, Jg. 1957, Nr. 19, 1. Oktoberheft, S. 1

182

Nie werden die Konzerndirektoren an der Ruhr begreifen, warum die Hennigsdorfer Stahlwerke zu Ehren der Oktoberrevolution die Verpflichtung übernahmen, der Arbeiter-und-Bauern-Macht mehr Stahl zu geben. Und warum wohl setzen sich Monat für Monat alle 27 Mann der Abteilung Fahrwerkbau im Leipziger Kirow-Werk zwei Stunden nach Feierabend mit ihrem Obermeister zusammen, um sich den Kopf zu zerbrechen, wie sie Material und Kosten im Wettbewerb einsparen können? Die über 2 Millionen Arbeiter unserer volkseigenen Betriebe, die gegenwärtig im *sozialistischen Wettbewerb* stehen, begreifen von Jahr zu Jahr besser, daß es zu ihrem persönlichen Nutzen ist, wenn sie unseren jungen Staat der Arbeiter und Bauern mit guten Taten stärken. In der Praxis unseres Alltages bestätigt sich die Richtigkeit der in den Thesen der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution getroffenen Feststellung:
„Die Vernichtung aller nur denkbaren Formen der Unterjochung, der Klassenunterdrückung, der nationalen Knechtschaft ist die größte Errungenschaft des Sozialismus."

„Neues Deutschland" vom 7. 10. 1957

183

Welche *ökonomischen Hauptaufgaben* stehen vor uns? Es ist unmöglich, alle ökonomischen Aufgaben auf einmal zu lösen. Folglich weist das Aktionsprogramm des 33. Plenums des ZK der SED mit Recht auf besonders dringende Hauptaufgaben hin, von deren Lösung die weitere Aufwärtsentwicklung unserer gesamten Volkswirtschaft abhängt:

vordringliche Entwicklung der Grundstoffindustrie, vor allem der Kohle-, Energie- und Chemieproduktion;

Erweiterung der eigenen Rohstoffbasis;

Ausbau des Seehafens Rostock zum größten Seeumschlagplatz unserer Republik;

Verbesserung des technischen Niveaus der Industrieproduktion;

bedeutende Steigerung der Erträge der Landwirtschaft.

„Was jeder Deutsche wissen muß", Fragen und Antworten zum Aktionsprogramm des 33. Plenums des ZK der SED. Herausgeber: Büro des Präsidiums des „Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland", November 1957

184

Warum ist das Kohle-Energieprogramm nach wie vor Schwerpunkt Nr. 1?

Oft sagt man im Volksmund: „Na, wovon soll denn der Schornstein rauchen?" und verbindet mit diesem geflügelten Wort den Hinweis auf die eigene Arbeit. Nimmt man diesen Ausspruch aber wörtlich, so hängt das mit „Kohlen" zusammen. Es ist doch so: Wovon soll der „Schornstein der Wirtschaft" rauchen, wenn nicht genügend Kohle vorhanden ist? Kohle ist das Brot unserer Wirtschaft. Aus Kohle wird nicht nur Energie erzeugt, sondern sie ist auch ein unentbehrlicher Rohstoff für zahlreiche Industriezweige. Aus Kohle werden z. B. zahlreiche chemische Produkte, wie Perlon, Benzin, Gummi usw., hergestellt. Von nicht minderer Bedeutung ist die Energieerzeugung für unsere Wirtschaft. *Der Mangel an elektrischer Energie wird zu einem Hemmnis für die Entwicklung unserer ganzen Wirtschaft.* Die Regierung stellt

riesige Summen zur Verfügung, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Doch es wäre von jedem kurzsichtig, dieses wichtige Problem außer acht zu lassen, denn jeder kann das Kohle-Energieprogramm unterstützen, sei es durch sparsamen und rationellen Verbrauch des Hausbrands oder durch äußerste Einschränkung des Stromverbrauchs in den Spitzenzeiten. Die „stromfressenden" Elektrogeräte sollten niemals in der Spitzenzeit angeschlossen werden. Beachten das Millionen gewissenhaft, dann kann unsere Industrie Millionen neuer Werte schaffen.

„Was jeder Deutsche wissen muß", Fragen und Antworten zum Aktionsprogramm des 33. Plenums des ZK der SED. Herausgeber: Büro des Präsidiums des „Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland", November 1957

185

Mit welchen Mitteln können wir rasch unseren Wohlstand steigern?

. . . *Allein im ersten Halbjahr 1957 fielen durch Wartezeiten usw. 7,4 Millionen Stunden aus.* So ein Verlust an Arbeitszeit verteuert natürlich unsere Waren. Das ist ein ungesunder Zustand, denn nur ständig wachsende Produktivität der Arbeit sichert allen Bürgern systematische Steigerung ihres Lebensstandards. Wenn am 30. Juni d. J. zum Beispiel *512 VEB — das sind 24,6 Prozent aller Betriebe — mit Verlust arbeiteten, so ist das unvereinbar mit einer sozialistischen Wirtschaftsführung.*

Alle Arbeiter und Techniker solcher Betriebe, aber auch die Ausschüsse der Nationalen Front des betreffenden Gebietes sollten einen unermüdlichen Kampf um die Herstellung der Rentabilität führen. Jeder Betrieb, der ohne Verlust arbeitet, bringt unserer Wirtschaft und damit uns allen Gewinn.

„Was jeder Deutsche wissen muß", Fragen und Antworten zum Aktionsprogramm des 33. Plenums des ZK der SED. Herausgeber: Büro des Präsidiums des „Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland", November 1957

186

Warum muß unser *Export* weiter gesteigert werden?

Die DDR ist der Industriestaat der Welt, dessen Wirtschaft mit am stärksten von der Einfuhr wichtiger Rohstoffe abhängt. Wer jedoch importieren will, muß auch exportieren! Wer pünktlich seine Waren haben will, muß den Gegenwert auch ebenso pünktlich liefern. Folglich ist der Außenhandel eine Lebensfrage für unsere gesamte Wirtschaft und mit entscheidend für unsere persönliche Lebenshaltung.

Die Feinde der Republik verbreiten demagoisch die „Weisheit", weniger zu exportieren und dafür mehr zu importieren. Die Folge wäre ein empfindlicher Rückschlag unserer wirtschaftlichen Leistungskraft, da die notwendigen Rohstoffe bei einem gedrosselten Export selbstverständlich nicht in der erforderlichen Höhe eingeführt werden könnten. Die Folge wäre, daß unsere Lebenshaltung sinkt — gerade das will der Feind.

Jeder Ausschuß der Nationalen Front, in dessen Wirkungsgebiet ein Exportbetrieb liegt, sollte mit auf die Arbeiter und Techniker der Betriebe dahin einwirken, daß keinerlei Rückstände und Verzögerungen bei Exportgütern auftreten. Jeder muß wissen, daß der gute Ruf deutscher Qualitätsarbeit auf dem Spiele steht, wenn Exportverpflichtungen nicht eingehalten werden. Qualität und Pünktlichkeit müssen Leitsatz aller an unserem sozialistischen Außenhandel Beteiligten sein.

> „Was jeder Deutsche wissen muß", Fragen und Antworten zum Aktionsprogramm des 33. Plenums des ZK der SED. Herausgeber: Büro des Präsidiums des „Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland", November 1957

187

Welche Rolle spielt der Mais für die Steigerung unserer Lebenshaltung?

Als vor mehreren hundert Jahren die ersten Kartoffeln nach Europa gebracht wurden, fanden sie anfangs ihren Platz in botanischen Gärten. Langsam, aber unaufhaltsam wurde später erst ihr Wert, wurden ihre Vorzüge

für die Ernährung erkannt, und heute sind die Knollen einfach nicht mehr wegzudenken.

Diese Tatsache wird lebendig, wenn man in unseren Tagen verfolgt, *wie zögernd man vielerorts an den Anbau von Mais geht.* Und dies, obwohl — im Gegensatz zur Einführung der Kartoffeln — der große Nutzen des Maisanbaus nicht mehr bewiesen zu werden braucht. Es muß doch hellhörig machen, wenn zum Beispiel der RIAS den Maisanbau in der DDR zu verleumden versucht, seine Auftraggeber in den USA jedoch seit langem riesige Profite aus dem Anbau des Maises und seiner Verwertung ziehen. Die Reaktion fürchtet, daß wir durch einen erfolgreichen Anbau von Mais unsere Schwierigkeiten schneller überwinden. Folglich sollte der Maisanbau verstärkt werden. — Das ist die richtige Antwort auf die Hetze des Feindes.

„Was jeder Deutsche wissen muß", Fragen und Antworten zum Aktionsprogramm des 33. Plenums des ZK der SED. Herausgeber: Büro des Präsidiums des „Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland", November 1957

188

Wie muß die Bildung weiterer LPG gefördert werden?

... Je weiter die Sozialisierung unserer Landwirtschaft voranschreitet, je mehr modernste Großgeräte für die Aussaat, für die Pflege- und Erntearbeiten eingesetzt werden, um so größer wird der *Widerspruch zwischen der modernen Technik und der individuellen Bewirtschaftung des Bodens.* Die kleinen Felder der Einzelbauern machen oft den Einsatz modernster landwirtschaftlicher Maschinen nicht nur unrentabel, sondern vielfach auch völlig unmöglich. Dieser Zustand trifft auch auf die von vielen Bauern gebildeten Arbeitsgemeinschaften zu, da auch ihre Felder nach wie vor zersplittert sind. In den Aussprachen mit Einzelbauern müssen Ausschüsse der Nationalen Front die Überlegenheit der LPG gegenüber der bäuerlichen Einzelwirtschaft, ihre persönliche Perspektive im Sozialismus überzeugend erläutern, um wei-

tere Bauern für die LPG — vor allem Typ I — zu gewinnen. Gerade die hierbei erzielten Erfolge sind ein wichtiger Prüfstein für die Wirksamkeit der Überzeugungsarbeit unserer Ausschüsse.

„Was jeder Deutsche wissen muß", Fragen und Antworten zum Aktionsprogramm des 33. Plenums des ZK der SED. Herausgeber: Büro des Präsidiums des „Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland", November 1957

VI

Die soziale Lage des arbeitenden Menschen

(189—204)

189

Die Sozialversicherung muß in den Fünfjahrplan eingeordnet werden und seiner Verwirklichung dienen. Zu seiner Durchführung ist die Pflege der Arbeitskraft und die Gesunderhaltung unserer Werktätigen notwendig.

„Die Übernahme der vollen Verantwortung für den weiteren Ausbau der Sozialversicherung durch die Gewerkschaften", Ost-Berlin 1951

190

Eine vordringliche Aufgabe der Sozialversicherung ist es, *an der Erfüllung des Fünfjahrplanes mitzuhelfen.* Es ist die Aufgabe der Sozialgesetzgebung, die Sozialversicherung so zu gestalten, daß sie diesem großen Ziele dient.

Otto Grotewohl in seiner Rede auf der Sozialversicherungstagung in Leipzig, Sonderdruck des Amtes für Information, 1953, S. 23

191

Untertagearbeit im Bergbau ist für Jugendliche unter 16 Jahren sowie für werdende und stillende Mütter verboten.

§ 45, Abs. 2 des „Gesetzes der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten" vom 19. April 1950, GBl S. 349

192

Alle *Arbeiten, von denen es bisher undenkbar war, daß Frauen sie durchführen können,* werden von ihnen vorbildlich geleistet, das Baggerführen, Baggerschmieren, Klappenschlagen, die Bedienung der E=Loks, Stellwerke und Weichen.

Ost=Berliner Rundfunk am 23. Oktober 1953

193

Im VEB Stahl= und Walzwerk „Wilhelm Florin" in Hennigsdorf arbeiten heute *Frauen gleichberechtigt neben dem Mann.* Früher haben im Stahlwerk, wo Rohstahl geschmolzen wird, keine Frauen gearbeitet. Erst in unserem Arbeiter=und=Bauern=Staat ist dies möglich geworden.

„Märkische Volksstimme", Organ der SED=Bezirksleitung Potsdam, vom 6. Juli 1955

194

Von Jahr zu Jahr wächst der Anteil der Frauen im Braunkohlenwerk „Friedenswacht" in Lauchhammer, die den Männern in ihren Leistungen nicht nachstehen. *Trotz eisiger Kälte arbeiten auch sie zwölf Stunden ununterbrochen* und schufen durch Gleisrückarbeiten die Voraussetzungen, die Tagesleistungen in der Kohlenförderung zu steigern.

„Tribüne" vom 9. März 1956

195

Wo gab es das je im Bergbau, daß Frauen als Steigerinnen, Pumpenwärterinnen, Maschinistinnen, Bandwärterinnen arbeiteten? Die vielen hundert Frauen aus allen Betrieben und Schächten der Wismut, die am Vorabend des Internationalen Frauentages ihren Ehrentag im Kulturpalast feierten, feierten damit auch ihre *volle Gleichberechtigung in unserem Arbeiter= und Bauern=Staat.*

„Volksstimme", Organ der SED=Bezirksleitung Chemnitz (Karl=Marx=Stadt), vom 9. März 1956

196

Im Mittelpunkt allen Geschehens steht der Mensch. Jede Krankheit und jeder Unfall schwächen seine Schaffenskraft. Für den Betrieb ist dadurch auch die Erfüllung seines Produktionsplanes in Frage gestellt. Auf der Suche nach einem Ausweg versucht man dann, durch Überstunden einen Ausgleich zu schaffen. Damit tritt eine weitere gesundheitliche Gefährdung und mangelnde Beachtung des Unfallschutzes durch Übermüdung der Belegschaftsmitglieder ein. Durch diesen scheinbaren Ausweg mit Hilfe von Überstunden entsteht für den Betrieb wiederum eine empfindliche finanzielle Belastung. Deshalb sollte der Werkleiter seine *Verpflichtung im Betriebskollektivvertrag, die 48-Stunden-Woche einzuhalten,* nicht mit einem Satz abtun, sondern Wege aufzeigen, die ihm die Voraussetzungen schaffen, um diese Verpflichtung auch einzuhalten. Daneben tragen die Selbstverpflichtungen der Belegschaftsmitglieder entscheidend zu der Senkung der Krankheits- und Unfallziffern bei. Es ist daher bei der Ausarbeitung der Arbeitsschutzvereinbarung größter Wert auf die Selbstverpflichtung zu legen.

„Arbeit und Sozialfürsorge", Nr. 18/1952, S. 441

197

Die Praxis zeigt eine geradezu *sträfliche Mißachtung der Rechte und Pflichten, die die gewerkschaftlichen Arbeitsschutzkommissionen (Arbeitsschutzobleute) aus § 35 der Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft haben.* Die gewerkschaftlichen Arbeitsschutzkommissionen (Arbeitsschutzobleute) sind Organe des Arbeitsschutzes. Sie sind jederzeit berechtigt, die Durchführung der Arbeitsschutzbestimmungen zu überprüfen, Arbeitsvorgänge und Gefahrenquellen in den einzelnen Betriebsabteilungen zu untersuchen und geeignete Vorbeugungsmaßnahmen vorzuschlagen. Sie haben vor allem das Recht, bei festgestellten Mängeln die sofortige oder befristete Abstellung zu fordern. Daß berechtigten Forderungen dieser Organe des Arbeitsschutzes entweder keine oder nur schlep-

pend und mit den verschiedensten Vorbehalten Folge geleistet wird, ist darauf zurückzuführen, daß von den verantwortlichen Leitern von Betrieben und Verwaltungen und Betriebsinhabern die Struktur der Arbeitsschutzorgane nicht erkannt, dieser wichtigen Kleinarbeit unmittelbar am Arbeitsplatz nicht genügend Beachtung entgegengebracht und damit deren Bedeutung unterschätzt wurde. Schließlich haben die Gewerkschaften es vielfach unterlassen, den gewerkschaftlichen Arbeitsschutzkommissionen und Obleuten bei ihrer Arbeit zu helfen.

„Neue Richtlinien zur Anwendung der Strafbestimmungen aus der Verordnung zum Schutze der Arbeitskraft", in: „Arbeit und Sozialfürsorge", Nr. 22/1952, S. 561

198

Nach Fertigstellung des Sonderdruckes der Direktive über Zusammenarbeit der staatlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsschutzorganisationen in den Betrieben (Auflage 300 000 Exemplare) kam es darauf an, daß diese Direktive auf schnellstem Wege in die Betriebe gelangte. Was stellen wir jedoch fest? In der Mehrzahl unserer Betriebe ist die Direktive der BGL nicht bekannt; man hat davon nie etwas gehört. Tausende nicht abgeholter Direktiven befinden sich heute noch bei den Arbeitsschutzinspektionen . . .
Die Arbeit auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes hat mit der stürmischen Entwicklung unseres Aufbaues nicht Schritt gehalten. *So vernachlässigten viele Wirtschaftsleitungen ihre Aufgaben im Arbeitsschutz*, trotz ihrer gesetzlichen Pflicht, für das Leben und die Gesundheit unserer Werktätigen Sorge zu tragen.

„Zur Durchführung der Direktive über Zusammenarbeit der staatlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsschutzorgane", in: „Arbeit und Sozialfürsorge", Nr. 16/1953, S. 491

199

Die tieferen Ursachen dieses Zustandes (Gemeint ist, daß der Arbeitsschutz im argen liegt. Anm.) sind u. a. darin zu suchen, daß nicht wenige Wirtschafts= und Gewerkschaftsfunktionäre die sozialistische Produktion nur *einseitig vom Standpunkt der Steigerung der Arbeitsproduktivität* betrachten, ohne zu erkennen, daß dazu auch die Verbesserung des Arbeits= und Gesundheitsschutzes notwendig ist.

„Tribüne" vom 18. Mai 1956

200

Der *Arbeitsschutz* ist folglich ein *Bestandteil der sozialistischen Organisation der Arbeit* und darf nicht von den Fragen der Produktion getrennt werden. Den Arbeitsschutz losgelöst von den Fragen der Produktion, als eine Ressortaufgabe einiger dazu speziell Beauftragter zu betrachten, hieße, sich einseitig auf die nur technische Seite der Produktion orientieren. Sich auf die Produktion orientieren, erfordert jedoch vor allem, sich auf den werktätigen Menschen zu orientieren.
Die tägliche Praxis zeigt jedoch, daß ein Teil der Wirtschaftsfunktionäre diese Notwendigkeit nicht richtig erkennt und daher dem gesamten Problem nicht die genügende Aufmerksamkeit widmet. Sie zeigt, daß diese Funktionäre es vor allem nicht verstehen, daß die systematische Verbesserung des Arbeitsschutzes ein wichtiger Faktor zum stetigen Wachstum der Arbeitsproduktivität ist, und daß es deshalb darauf ankommt, bei der Organisation der Arbeit in den Betrieben den Arbeitsschutz einzubeziehen.

Fritz Macher: „Der Schutz der Arbeitskraft — eine wichtige Aufgabe unseres Arbeiter=und=Bauern=Staates", in: „Einheit", Nr. 7/1956, S. 620—621

201

Obwohl in unserer Republik alle Voraussetzungen geschaffen wurden zur systematischen Verbesserung des Arbeitsschutzes, der Sicherheitstechnik und der Arbeits=

bedingungen, obwohl unbestritten seit 1945 auf diesem Gebiet große Erfolge erzielt wurden, gibt es jedoch noch *sehr ernste und schwerwiegende Mängel.* In einem Teil der einstmals kapitalistischen Betriebe herrschen noch solche Arbeitsbedingungen vor, die einer grundsätzlichen Änderung bedürfen. Dieses uns vom Kapitalismus überlassene Erbe läßt sich nicht sofort überbrücken, stellt aber an die verantwortlichen Gewerkschafts-, Staats-, Wirtschafts- und Parteifunktionäre um so höhere Anforderungen. Es erhöht die Verantwortung dieser Funktionäre, alles Erforderliche und Mögliche für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Werktätigen zu tun. Noch immer unterschätzt jedoch ein Teil der Staats-, Wirtschafts-, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre die Bedeutung des Arbeitsschutzes. Das kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß sie nur ungenügend darum kämpfen, die Arbeitsschutzgesetze zu verwirklichen, alle Arbeitsschutzmaßnahmen durchzusetzen, die Investitionsmittel zur Verbesserung des Arbeitsschutzes zweckentsprechend zu verwenden und die Werktätigen zu einer hohen sozialistischen Arbeitsdisziplin und damit zur Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen und zum besseren Umgang mit den Arbeitsschutzmitteln zu erziehen.

Fritz Macher: „Der Schutz der Arbeitskraft — eine wichtige Aufgabe unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates", in: „Einheit", Nr. 7/1956, S. 619–620

202

Der Arbeitskräftebedarf unserer Wirtschaft kann und darf nicht an die alten Kündigungsfristen gebunden sein. Sie bedeuten eine Gefährdung der richtigen Arbeitskraftlenkung, entsprechend den ökonomischen Veränderungen unserer Republik. Die Kündigungsfrist, die dem Werktätigen im Kapitalismus vorübergehend und formal Schutz und Hilfe sicherte, wirkt sich auf unseren wirtschaftlichen Aufstieg und auf die berufliche Weiterentwicklung der Werktätigen in Wirtschaft und Verwaltung selbst hemmend und schädlich aus.

„Tribüne" vom 29. April 1951

203

Zwar reicht nach den in der bisherigen arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung herrschenden Grundsätzen der bloße Verdacht einer strafbaren Handlung zur Rechtfertigung einer fristlosen Kündigung nicht aus. *Haben aber die Untersuchungsorgane des Staates in irgendeiner Weise eingegriffen, kann nicht mehr von einem bloßen Verdacht gesprochen werden,* vielmehr besteht in diesem Augenblick bereits der dringende Verdacht, der die Rechtfertigung zur fristlosen Kündigung gibt. Diese Konsequenz ergibt sich aus der Autorität des Staates, die Ausdruck der Stärke und des Willens der Werktätigen ist.

„Arbeit und Sozialfürsorge", S. 375/1953, mit Bezug auf das Urteil des Obersten Gerichtes vom 13. Februar 1953 – 3 Za 49/52

204

Das Arbeitsrechtsverhältnis kann *ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist* beendet werden, wenn

a) der Beschäftigte durch sein Verhalten *gegen die Grundsätze der antifaschistisch-demokratischen Ordnung verstößt;*

b) die fristlose Entlassung des Beschäftigten von einem zuständigen *staatlichen Untersuchungs- oder Kontrollorgan verlangt wird;*

c) der Beschäftigte *in einem volkseigenen oder ihm gleichgestellten Betrieb unrichtige Angaben im Personalfragebogen macht;*

d) der Beschäftigte eine strafbare Handlung begangen hat, wegen der seine Weiterbeschäftigung im Betrieb nicht mehr zu vertreten ist;

e) der Beschäftigte die Arbeitsleistung beharrlich verweigert;

f) der Beschäftigte *in einem volkseigenen oder ihm gleichgestellten Betrieb* trotz mehrmaliger Verwarnung *die Arbeitsdisziplin gröblich verletzt;*

g) bei einem befristeten Arbeitsrechtsverhältnis der Beschäftigte für die vereinbarte Arbeitsleistung ungeeignet ist;

h) der Beschäftigte sich im Betrieb eines unsittlichen oder ehrverletzenden Verhaltens schuldig macht.

§ 9 der „Verordnung über Kündigungsrecht" vom 7. Juni 1951, GBl S. 550, in der Fassung der Änderungsverordnung vom 17. Mai 1956, GBl S. 485

VII

Schul- und Erziehungswesen

(205—233)

205

Das Kollektiv vereinigt die Menschen nicht nur durch das gemeinsame Ziel in gemeinsamer Arbeit, sondern auch durch die gemeinsame Organisation dieser Arbeit... Jede Handlung eines einzelnen Schülers, jeder seiner Erfolge oder Mißerfolge, müssen unter Berücksichtigung der gemeinsamen Sache beurteilt werden. Eine solche pädagogische Logik muß den ganzen Schultag und jede Regung des Kollektivs buchstäblich durchziehen.
Das Kollektiv ist ein Teil der Sowjetgesellschaft und organisch mit allen anderen Kollektiven verbunden. Auf ihm liegt die erste Verantwortung vor der Gesellschaft. Es ist Träger der ersten Pflicht vor dem ganzen Staate, denn nur durch das Kollektiv tritt jedes seiner Glieder in die Gesellschaft ein. Hieraus entspringt die Idee der Sowjetdisziplin . . .
Der Arbeit des Lehrers in der Sowjetschule eröffnen sich helle und breite Perspektiven. Der Lehrer ist dazu aufgerufen, diese beispielhafte Organisation aufzubauen, sie zu bewahren, zu bessern und einer neuen Lehrergeneration zu übergeben. Kein Moralisieren zwischen einem Beziehungspaar zweier Personen, sondern *taktische und weise Lenkung des richtigen Wachstums des Kollektivs* — das ist seine Berufung.
Das Sowjetkollektiv steht auf dem prinzipiellen Standpunkt der Einheit der werktätigen Menschheit auf der Welt. Das sind nicht einfach durch ihre Lebensweise geeinte Menschen; es ist ein Teil der kämpferischen Menschheitsfront in der Epoche der Weltrevolution. Alle

vorgenannten Eigenschaften des Kollektivs werden nicht zum Klingen kommen, wenn in seinem Leben nicht das Pathos des historischen Kampfes mitschwingt, den wir durchleben. Alle anderen Eigenschaften des Kollektivs müssen in dieser Idee vereinigt und erzogen werden. Vor dem Kollektiv müssen buchstäblich bei jedem Schritt die Vorbilder unseres Kampfes stehen; *stets muß es die Kommunistische Partei vor sich spüren, die es einem echten Glück entgegenführt.* Aus diesen Leitsätzen über das Kollektiv ergeben sich auch Einzelheiten für die Entwicklung der Persönlichkeit. Wir müssen aus unseren Schulen energische und ideologisch gefestigte Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft entlassen, die fähig sind, jederzeit ohne Schwanken, in jedem Augenblick ihres Lebens das richtige Kriterium für ihre Handlungsweise zu finden, die gleichzeitig auch in der Lage sind, von anderen ein richtiges Verhalten zu fordern. *Unser Zögling,* wer es auch sei, *kann niemals als Träger einer gewissen persönlichen Vollkommenheit, nur als guter oder ehrlicher Mensch, sondern er muß immer als Mitglied seines Kollektivs auftreten,* als Glied der Gesellschaft, das nicht nur für seine eigenen, sondern auch für die Handlungen seiner Kameraden verantwortlich ist.

A. S. Makarenko: „Ausgewählte Pädagogische Schriften", 2. Teil, „Aufsätze über Fragen der kommunistischen Erziehung", „Das Erziehungsziel", S. 168–169

206

Die *demokratische Einheitsschule* umfaßt die gesamte Erziehung *vom Kindergarten bis zur Hochschule* und gliedert sich nach den Aufgaben, die aus den gesellschaftlichen Bedürfnissen erwachsen.

§ 3 des „Gesetzes zur Demokratisierung der deutschen Schule" vom 4. Juni 1946

207

Die Schule muß *auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in allen Unterrichtsfächern* die fortschrittlichen Ergebnisse der Wissenschaft, insbesondere der Sowjet-

wissenschaft, vermitteln, um die Jugend zu befähigen, den Kampf um den Frieden, um die demokratische Einheit Deutschlands und um die Erfüllung der im Fünfjahrplan gestellten Ziele erfolgreich führen zu können.

„pädagogik", 3/1951, S. 52

208

Die *pädagogische Praxis ist ein Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens* und wird durch die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse geformt. Also hat sie auch einen diesen Verhältnissen entsprechenden Charakter, *also in der Klassengesellschaft auch Klassencharakter* ... Die fortschrittliche pädagogische Theorie ist die Summe der besten Erfahrungen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit der fortschrittlichen demokratischen Schule überhaupt ... Vor allem aber ist die Sowjetschule mit ihren reichen Erfahrungen aus einer 33jährigen Zeit des Aufbaues des Sozialismus und des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus die große Schatzkammer der fortschrittlichen pädagogischen Praxis für alle Lehrer und Erzieher und pädagogischen Wissenschaftler der Welt.

Werner Dorst: „Der Fünfjahrplan — Aufgaben und Perspektiven auf schulischem und pädagogisch-theoretischem Gebiet", in: „pädagogik". 1/1951, S. 15

209

Im Schuljahr 1952/53 hat die Erhöhung der Wissenschaftlichkeit des Unterrichts besondere Bedeutung; denn jetzt dient die Schule dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Der Lehrer soll alle erzieherischen Möglichkeiten ausnutzen, die der Lehrstoff in jedem Fach bietet. *An allen Schulen ist ständig an der Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins und einer sozialistischen Moral zu arbeiten.* Bei der Erfüllung dieser großen Aufgaben stehen der deutschen demokratischen Schule die Freie Deutsche Jugend und ihre Pionierorganisationen als treue Freunde und Kampfgefährten zur Seite. Die Organisationen der Freien Deutschen Jugend und der Jungen Pioniere an den Schulen unterstützen die

Arbeit der Schule, indem sie einen beharrlichen Kampf um gute Disziplin und ausgezeichnete Lernergebnisse führen.

> Aus den „Anweisungen zur Durchführung des Schuljahres 1952/53" vom 9. August 1952 (Amtl. Rundverfügung Nr. 32/52 vom Ministerium für Volksbildung der „DDR"); Beilage zu: „Die neue Schule", 33/1952

210

Groß und verantwortungsvoll sind die Aufgaben, die der deutschen demokratischen Schule bei der Erziehung und Bildung unserer Jugend übertragen wurden. Sie soll die Jugend zu lebensfrohen, allseitig entwickelten Persönlichkeiten erziehen und sie befähigen, die Aufgaben des Aufbaues unserer Friedenswirtschaft zu meistern.
Deshalb muß die Erziehung und Bildung der Jugend *in allen Unterrichtsfächern auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Wissenschaft erfolgen.* Deshalb bedarf auch die Durchführung des polytechnischen Unterrichts größerer Aufmerksamkeit und Förderung als bisher. Gleichfalls muß der Jugend das fortschrittliche deutsche Kulturerbe und die Kultur anderer Völker vermittelt und der Pflege der deutschen Sprache und der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und der sozialistischen Moral besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.
Die Bedrohung des Friedens und damit der Errungenschaften unserer Werktätigen durch die amerikanischen Imperialisten und ihre westdeutschen Handlanger stellt eine weitere große Aufgabe. Wir müssen unsere Jugend *zu Patrioten erziehen, die ihrer Heimat, ihrem Volke, der Arbeiterklasse und der Regierung treu ergeben und bereit sind, unsere Errungenschaften bis zum Äußersten zu verteidigen.*

> *Franz Nowack:* „Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik", Leipzig/Jena 1954, S. 54

211

Jeder Lehrer, der dazu beiträgt, daß seine Schüler eine tatgewollte Liebe für die Volksarmee äußern, handelt als

wahrer Patriot und Funktionär unseres Arbeiter= und Bauern=Staates. Wenn nun die polytechnische Bildung in den Schulen neben ihrer vorbereitenden Funktion für die Produktion zugleich *den Weg für den freiwilligen Eintritt in die Volksarmee bereitet, dann erst befriedigt sie das gegenwärtige gesellschaftliche Bedürfnis.*

„Sächsische Zeitung“ (SED) vom 22. Februar 1956

221

. . . Dazu ist es ferner notwendig, den allgemeinen obligatorischen polytechnischen Unterricht einzuführen, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen, und nicht Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind . . .

Stalin über die Grundbedingungen für die Vorbereitung des Übergangs zum Kommunismus, in: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, 1952

213

Ein erheblicher Mangel unserer Schule besteht darin, daß der Unterricht nicht lebensnah genug ist, die Absolventen der Schule nicht genügend für eine praktische Tätigkeit vorgebildet sind. Obwohl in den Richtlinien des XIX. Parteitages für den fünften Fünfjahrplan Maßnahmen zur Einführung des polytechnischen Unterrichts vorgesehen waren, werden auf diesem Gebiet nur sehr langsam Fortschritte erzielt. Viele Funktionäre des Volksbildungswesens und der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften reden noch immer über den Nutzen des polytechnischen Unterrichts im allgemeinen, ohne etwas für seine praktische Verwirklichung zu tun. Man muß schneller von Worten zu Taten übergehen. Um die Verbindung der Schule mit dem Leben zu festigen, ist es notwendig, in den Schulen nicht nur neue Lehrfächer einzuführen, *in denen Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Technik und der Produktion vermittelt werden,* sondern auch *die Schüler laufend zur Arbeit in Betrieben, in Kollektivwirtschaften und auf Sowjetgütern, auf Versuchsfeldern und in Schulwerkstätten heranzu=*

ziehen. Das Unterrichtsprogramm der Oberschule bedarf einer Umgestaltung im Sinne einer stärkeren Produktionsspezialisierung, damit die Jungen und Mädchen bei Abschluß der Zehnklassenschule eine gute Allgemeinbildung besitzen, die ihnen den Weg zur Hochschulbildung öffnet, und damit sie außerdem auch für eine praktische Tätigkeit ausgebildet sind, da der größte Teil der Schüler nach Verlassen der Schule sofort eine Arbeit in den verschiedenen Volkswirtschaftszweigen aufnehmen wird.

Chruschtschow: „Einer neuen Blüte der sowjetischen Kultur und Wissenschaft entgegen", Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, 14.–25. Februar 1956, S. 104–105

214

Der zweite Fünfjahrplan stellt die Aufgabe, in der DDR eine industrielle Umwälzung zu beginnen, den Weltstand der Technik zu erreichen und zu überschreiten . . .
Die Beratungen auf dem V. Pädagogischen Kongreß sind mit diesen Aufgaben untrennbar verbunden.
Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Aufbau des Sozialismus Menschen benötigt, die, von Patriotismus durchdrungen, über eine hohe Allgemeinbildung und über solide technische Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, ist die *verstärkte polytechnische Bildung die wichtigste Aufgabe* dieser Etappe.

„Neues Deutschland" vom 15. Mai 1956, Leitartikel zum V. Pädagogischen Kongreß

215

Gegenwärtig ist die neue Mittelschule das pädagogische Hauptanliegen. Sie ist *eine Schule, die den Bedürfnissen des sozialistischen Aufbaus entspricht.* Ihre Aufgabe ist es, gebildete und qualifizierte Kader als Nachwuchs für die Volkswirtschaft heranzubilden.

„Neues Deutschland" vom 15. Mai 1956, Leitartikel zum V. Pädagogischen Kongreß

216

Begreifen wir doch, daß *der Haß die Kehrseite echter Liebe* ist und nur von solchen Leuten als gegen das humanistische Ziel gerichtet empfunden werden kann, denen es selbst noch an der aufrichtigen Liebe zum Vaterland mangelt, oder die aus der Misere ihres eigenen Staates, wie in der Bundesrepublik, im Kosmopolitismus ihr Heil suchen und dabei den Nato-Militaristen auf den Leim gehen. Es ist doch seltsam, daß sich ausgerechnet jene Elemente über diese Seite unserer patriotischen Erziehung „entrüsten", die selbst einmal früher ganze Generationen zum Haß gegen andere Völker aufgepeitscht haben.

Minister *Lange* auf dem V. Pädagogischen Kongreß, Mai 1956

217

Mit Eltern, die der Erziehung ihrer Kinder gleichgültig gegenüberstehen oder die Erziehungsarbeit des Lehrers oder Pionierleiters durch ein schlechtes Vorbild, durch abfällige Bemerkungen oder durch gesellschaftliche Passivität oft empfindlich stören, sollte auch im Betrieb, in den Gewerkschaftsversammlungen, an der Wandzeitung diskutiert werden.

Aus dem „Beschluß des V. Pädagogischen Kongresses" über „patriotische Erziehung"

218

Auch der Turnunterricht und Sport und Spiel müssen besser für die patriotische Erziehung genutzt werden. Aber auch der Turnunterricht wird seine erzieherische Aufgabe nur erfüllen können, *wenn er einen politisch-pädagogischen und einen sozialistisch-patriotischen Inhalt hat.*

Minister *Lange* in: „Neues Deutschland" vom 16. Mai 1956

219

Im Mittelpunkt unseres Heimatkundeunterrichts steht besonders die Heimat, wie sie . . . seit dem Jahre 1945 von den Arbeitern und Bauern neu gestaltet wurde. Die Lehrer müssen die Heimat- und Lokalgeschichte aus einem neuen, einem wissenschaftlichen Blickpunkt sehen, das heißt *vom Standpunkt des historischen Materialismus aus.*

Minister *Lange* in: „Neues Deutschland" 16. Mai 1956

220

Die Jugend unserer Republik wird im Sozialismus leben. Die Aufgabe der Lehrer und Erzieher besteht darin, schon heute alles zu tun, damit alle Jungen und Mädchen zu nützlichen Gliedern der sozialistischen Gesellschaft werden. Unsere Kinder für ein ganzes Leben im Sozialismus erziehen, bedeutet, sie mit Staatsbewußtsein und Heimatliebe zu erfüllen . . . Nur so wird unsere erzieherische Arbeit die Heimat zum Kraftquell der tiefen Überzeugung unserer Kinder werden lassen: *unsere Heimat ist die Deutsche Demokratische Republik, das wahre Vaterland aller Deutschen.*

Aus: „Anweisung zur Durchführung des Schuljahres 1956/57", 21. Juni 1956, nur für den Dienstgebrauch

221

Seit September dieses Jahres weist die Statistik rund 50 000 Mittelschüler nach, in die 9. Klassen wurden 34 229 neu aufgenommen. Allein daraus ist ersichtlich, welche Anstrengungen bis jetzt unternommen wurden, um in der vorgesehenen Frist *zur allgemeinen Mittelschulbildung* zu gelangen. Von Jahr zu Jahr werden — dem Wunsche ihrer Eltern entsprechend — immer mehr Schüler in die Mittelschulen gehen, so daß sich im Jahre 1965 alle Schüler in einer weiterführenden, allgemeinbildenden Schule befinden. 87 Prozent der Absolventen der Grundschule sollen dann eine Mittelschule und 13 Prozent eine Oberschule besuchen.

Die Entwicklung hängt von unseren volkswirtschaftlichen Bedürfnissen sowie von der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne ab.
Vor allem die Berufsnachwuchslenkung muß eng mit den Organen der Volksbildung zusammenarbeiten.

Artikel „Mittelschule entwickelt sich" in: „Deutsche Lehrerzeitung" vom 15. Dezember 1956, 3. Jg., Nr. 50

222

Bestand und Kapazität der Oberschulen werden in vollem Umfange erhalten bleiben. Das heißt natürlich nicht, daß nicht gelegentlich aus volkswirtschaftlichen oder pädagogischen Gründen Standorte verändert oder mehrere Oberschulen zu einer einzigen zusammengelegt werden könnten. In jedem Falle jedoch wird gewährleistet sein, daß die Oberschulen — gestützt auf die allgemeine Hebung des Bildungsniveaus durch die Einrichtung von Mittelschulen — *den Nachwuchs an wissenschaftlichen Kadern* auszubilden in der Lage sein werden, *den unser Staat künftig benötigt.*

Artikel „Mittelschule entwickelt sich" in: „Deutsche Lehrerzeitung" vom 15. Dezember 1956, 3. Jg., Nr. 50

223

Es ist natürlich nicht gleichgültig, welchen Schülern die Möglichkeit gegeben wird, sich in der Oberschule die Grundlagen für eine künftige mittlere oder leitende Funktion im politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Leben unserer Republik zu erarbeiten. *Die Zusammensetzung der Schüler dieser Schulen kann deshalb nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Struktur unseres Staates gesehen werden.* Bis zur Einführung der Mittelschulbildung für alle Kinder gilt dies natürlich sinngemäß auch für den Besuch der Mittelschulen.

Hauptreferent *Heinz Arnold* im Ministerium für Volksbildung der „DDR" in den Zulassungsrichtlinien für Oberschüler von 1957

224

Die Einführung des Werkunterrichtes seit September 1956 stellte die Schule vor eine Fülle neuer Probleme, die ohne die Hilfe der Arbeiterklasse unlösbar geblieben wären. Ältere Lehrer, die vor 1933 schon erfolgreich Werkunterricht erteilt hatten, wurden für das Werken gewonnen und auf seine neuen Ziele hingewiesen. Aber auch viele bewährte *Facharbeiter entschieden sich für den Beruf des Werklehrers;* sie mußten binnen kurzem pädagogisches Grundwissen erwerben.

Artikel „Polytechnische Bildung – heute und morgen" in: „Neues Deutschland" vom 5. Januar 1957

252

Die polytechnische Bildung setzt sich in der täglichen Schularbeit immer mehr durch. Dabei bedient sich die Schule verschiedener Formen: Der Polytechnisierung des naturwissenschaftlichen Unterrichts, der Einführung besonderer Fächer wie des Werkunterrichts und des technischen Zeichnens, der Betriebspraktika, der außerschulischen Zirkel und der Arbeit im Schulgarten. Es wäre jedoch falsch, von Polytechnisierung der Schule als einer reinen Bildungsaufgabe zu sprechen. Erst recht verlangt und fordert sie auch eine grundlegende Veränderung der Erziehungsarbeit. *Jungen und Mädchen legen während der Betriebspraktika selbst Hand an bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes.*

Artikel „Polytechnische Bildung – heute und morgen" in: „Neues Deutschland" vom 5. Januar 1957

226

Der alte Lehrer Kaun – er unterrichtet die 10. Klasse der Rostocker Großen Stadtschule – wollte seinen greisen Bruder in Westdeutschland besuchen. „Vielleicht hätte ich ihn zum letzten Mal gesehen", sagte er zu seinen Kollegen, „aber ich werde trotzdem hierbleiben – wenn es für mich persönlich auch eine schwere Entscheidung war."

Auch Genosse Hagspiel wollte reisen. „Für mich gab es keine langen Überlegungen. Meine Frau brauchte acht Tage, bis sie sich damit abgefunden hatte."

Die persönliche Entscheidung, die Wahl zwischen unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat und dem Bonner Zwangsregime mag manchen Lehrer in einen Gewissenskonflikt bringen.

Mit einer Handbewegung läßt sich der Besuch der Verwandtschaft in Westdeutschland nicht bagatellisieren. Die Ansicht einer älteren Lehrerin, *„ich besuche ja nicht den Bonner Staat, sondern meinen Bruder", stellt eine gefährliche Inkonsequenz dar.* Jeder muß jetzt sich selbst und den anderen gegenüber eine klare Entscheidung treffen.

„Ostsee-Zeitung" (SED), Rostock, vom 19. Juni 1957

227

Die imperialistischen Politiker Bonns planen einen Anschlag gegen die studentische Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Sie unternehmen den Versuch, unsere Studenten gegen den Staat der Arbeiter und Bauern, gegen die friedliche sozialistische Entwicklung unseres Landes aufzuwiegeln. Es ist den Bonner Machthabern ein Dorn im Auge, daß das Gesicht unserer Universitäten, Institute, Fach- und Oberschulen von den Söhnen und Töchtern unserer Arbeiter und Bauern geprägt wird.

Wir erklären: Wer in die Bonner NATO-Republik fährt, leistet den Versuchen, die Jugend der DDR für Spionagezwecke zu mißbrauchen, Vorschub. *Kein Lehrer des Instituts wird deshalb unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen eine Reise nach Westdeutschland unternehmen.*

„Volksstimme" (SED), Magdeburg, vom 26. Juni 1957

228 a

Die *Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins* vollzieht sich unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht auf der Grundlage der Umgestaltung der Pro-

duktionsverhältnisse zu sozialistischen Produktionsverhältnissen: durch die demokratische Mitarbeit der Arbeiterklasse und der Bevölkerung in ihren Parteien und Massenorganisationen und bei der Erfüllung der Aufgaben ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates; durch die systematische Aneignung der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus und der Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterparteien der Sowjetunion und der sozialistischen Länder, was einen ständigen Kampf gegen die Ideologie der Bourgeoisie erfordert . . .

Walter Ulbricht: „Vom geistigen Leben in unserer Zeit" (II), Kapitel „Die Bildung des sozialistischen Bewußtseins", in: „Neues Deutschland" vom 7. Juli 1957

228 b

Die sozialistische Bewußtseinsbildung erfolgt bei den Angehörigen der verschiedenen Klassen und Bevölkerungsschichten auf verschiedene Weise. Bei der *Arbeiterklasse* entwickelt sich das sozialistische Bewußtsein aus dem Klassenbewußtsein. Dieses Klassenbewußtsein hat sich im jahrzehntelangen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und faschistische Unterdrückung und auf Grund der marxistischen Lehre entwickelt. Dabei hat die Arbeiterklasse solche hohen moralischen Werte gewonnen wie das Bewußtsein der Solidarität, des proletarischen Internationalismus und den Willen zur Verteidigung und Unterstützung der Sowjetunion. Die weitere Entwicklung des Klassenbewußtseins erfolgte nach 1945 im Kampf um die Enteignung der Großkapitalisten und die Durchführung der Bodenreform. Der Übergang zum sozialistischen Bewußtsein findet seinen Ausdruck im Kampf um die Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, in der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs und im Nationalen Aufbauwerk. Im Kampf um die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus erfolgt die sozialistische Bewußtseinsentwicklung der Arbeiter und der technischen Intelligenz . . .

Walter Ulbricht: „Vom geistigen Leben in unserer Zeit" (II), Kapitel „Die Bildung des sozialistischen Bewußtseins", in: „Neues Deutschland" vom 7. Juli 1957

228 c

Bei den *werktätigen Bauern* entwickelte sich ein neues Bewußtsein aus dem antifaschistisch-demokratischen Kampf um die Liquidierung der Hitlerherrschaft und ihrer Folgen, aus dem Gegensatz der Interessen der werktätigen Bauern zu den kapitalistischen Monopolen sowie aus der Durchführung der Bodenreform. Der Übergang zum sozialistischen Bewußtsein vollzieht sich allmählich im Zusammenhang mit der gemeinsamen Bodenbearbeitung und anderen genossenschaftlichen Formen der Zusammenarbeit, wobei die Maschinen-Traktoren-Stationen einen bedeutenden Einfluß ausüben. Das sozialistische Bewußtsein findet seinen Ausdruck in der bewußten Steigerung der gesellschaftlichen Produktion in den Produktionsgenossenschaften und der Anwendung der sozialistischen Produktionsweise. . .

Walter Ulbricht: „Vom geistigen Leben in unserer Zeit" (II), Kapitel „Die Bildung des sozialistischen Bewußtseins", in: „Neues Deutschland" vom 7. Juli 1957

228 d

In der *Intelligenz* ist die Bewußtseinsentwicklung komplizierter. Der Teil der Intelligenz, der in der Produktion tätig ist, wird unmittelbar durch die Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise und durch die ständige Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse beeinflußt. Die Angehörigen der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, die mit dem Volk eng verbunden sind, erhalten viele Anregungen durch die praktische Zusammenarbeit in Form von Patenschaften und zeitweise Teilnahme an Produktionsarbeiten in Industrie und Landwirtschaft. Diese Kreise der Intelligenz erhalten durch ihre praktische Kenntnis der sozialistischen Entwicklung viele Anregungen zum theoretischen Studium der sozialistischen Lehre. Ein Teil der Intelligenz, die sich im allgemeinen nur für ihr Fachgebiet interessiert, kommt oft von der ideellen und moralischen Seite zu sozialistischen Erkenntnissen. Ihre Abneigung gegen kapitalistische Ausbeutung und gegen die Atomkriegspolitik der herrschenden großkapitalistischen Kreise in Westdeutsch-

land verstärkt in ihr das Bestreben, einen neuen Weg zu gehen, der nur der sozialistische Weg sein kann.

> *Walter Ulbricht:* „Vom geistigen Leben in unserer Zeit" (II), Kapitel „Die Bildung des sozialistischen Bewußtseins", in: „Neues Deutschland" vom 7. Juli 1957

229

Das neue Unterrichtsfach „Staatsbürgerkunde" unserer deutschen demokratischen Schule dient hauptsächlich der politischen, weltanschaulichen und charakterlichen Erziehung der Schüler . . .
Alle gesellschaftlichen Fragen lernen sie *vom Klassenstandpunkt aus* in ihrer wechselseitigen Bedingtheit und ihrem Zusammenhang, in ihrem Wert und Nutzen für die Sicherheit und den sozialistischen Aufbau in unserer Deutschen Demokratischen Republik einschätzen. *Nutzt es oder schadet es meinem sozialistischen Vaterland, das wird eine der Grundfragen ihres Denkens . . .*

> Artikel „Staatsbürgerkunde und sozialistische Erziehung", in: „Deutsche Lehrerzeitung" vom 17. August 1957

230

In welcher Reihenfolge die Stoffkomplexe behandelt werden, liegt in der Hand des Lehrers, und die Verbindung mit der Praxis richtet sich nach den örtlichen Bedingungen. Für die Stadtkinder sind es die örtlichen Industriebetriebe, für die Landkinder die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in denen sie *die neuen Eigentumsverhältnisse* in unserer Gesellschaft kennenlernen. Wer aber glaubt, daß der Stoff nur vom Intellekt her zu bewältigen sei, befindet sich in einem großen Irrtum. Es kommt vor allem darauf an, auch die Gefühle unserer Schüler anzusprechen und zu entwickeln. Erst das Zusammenwirken von Denken und Fühlen führt zum „staatsbürgerlichen Wollen und Handeln".

> Artikel „Staatsbürgerkunde und sozialistische Erziehung", in: „Deutsche Lehrerzeitung" vom 17. August 1957

231

Man muß z. B. sagen, daß ein Oberschüler die Lehren vom Klassenkampf, vom Staat oder über den Imperialismus ihrem Wesen nach nicht verstanden hat, wenn er auch heute noch die Atombombenbasis Westdeutschland als „unpolitischen" Ferienaufenthalt ansieht, nach den menschlichen Tugenden seiner Verwandten den Charakter dieses NATO-Staates einschätzt, wegen glänzender Neonreklame und bunten Schaufenstern die Frage nach der Macht vergißt und den westlichen Sirenengesang über Freiheit und Demokratie zum Maßstab seiner politischen Urteile wählt. *Im Auftreten und Verhalten mancher Schüler zeigen sich kleinbürgerliches Denken, spießbürgerliche Eigenschaften und Gewohnheiten.* Ein Teil der Oberschüler mißachtet auch die körperliche Arbeit, hat ausgeprägt individualistische Ziele und karrieristische Tendenzen. Solche Oberschüler stehen auch nicht fest und treu zur Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR und würdigen nicht die Anstrengungen und Opfer der Arbeiterklasse im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Manfred Müller: „Die sozialistische Erziehung ist die Hauptaufgabe", in: „Neuer Weg", Organ des ZK der SED für Fragen des Parteiaufbaus und des Parteilebens, Ost-Berlin, Nr. 13/1957

232

Das Problem der Heranbildung einer fachlich hochqualifizierten sozialistischen Intelligenz beginnt schon bei der *Heranführung der Oberschüler für die Zulassung an den Universitäten und Hochschulen.* Diese erfolgt heute noch überwiegend direkt, was aber ab 1960 nur noch nach Ableistung von mindestens einem Jahr Produktionspraxis im Betrieb möglich sein wird. Als Beispiel für die kommende Entwicklung sei angeführt, daß bei den Zulassungen im Herbst 1957 erstmalig an den Veterinärmedizinischen Fakultäten nur Bewerber aufgenommen wurden, die vorher in der Praxis gearbeitet haben . . .

Neben dem alten und verbleibenden direkten Weg: Ober-Schule — Betrieb — Universität/Hochschule wird —

nach unserer Vorstellung — in Zukunft ein *zweiter Hauptweg über Mittelschule, Berufsausbildung und Produktionspraxis und nachfolgende Vorbereitung auf einzurichtenden Vorstudieneinrichtungen der Arbeiter=und=Bauern=Fakultäten* zur Universität/Hochschule führen.
Das Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan legt fest, daß die Neuaufnahmen an Oberschulen im Jahre 1960 etwa 17 Prozent der Absolventen der 8. Klasse gegenüber rund 13 Prozent im Jahre 1956 betragen sollen und daß bei den Aufnahmen der Anteil von Kindern von Arbeitern und werktätigen Bauern weiter zu erhöhen ist.
Die Anzahl der Neuaufnahmen in die Mittelschulen ist bis zum Jahre 1960 auf 54 000 Schüler zu steigern. Das sind etwa 45 Prozent aller Schüler. Die bis 1960 zu schaffenden Mittelschulen sind vorwiegend in den Zentren der Industrie und in den MTS=Bereichen einzurichten. In allen Grund= und Mittelschulen ist eine systematische polytechnische Ausbildung unter besonderer Hinwendung auf die Technik der modernen Großindustrie und der modernen Landwirtschaft vorzusehen . . .
Zum Direktstudium von den Oberschulen aus sollen in den Übergangsjahren bis zur restlosen Einführung des praktischen Jahres nur die fachlich *und gesellschaftlich* bewährtesten Abiturienten noch zugelassen werden. An den Oberschulen werden Auswahlkommissionen gebildet, bestehend aus dem Kreisschulrat und dem Lehrer der 12. Klasse der Schule, Vertreter der Partei und FDJ an der Oberschule, Vertreter des Elternbeirats, der Patenbetriebe und dem zuständigen Volksvertreter. Diese Kommissionen sollen Stellung zu den Vorschlägen und Einschätzungen der Anwärter für das Hochschulstudium nehmen und vorschlagen, wer noch direkt zum Hochschulstudium, wer ins praktische Jahr bzw. in eine Berufslehre gehen soll.

„Neues Deutschland" vom 1. Februar 1958

233

Wenn die Mitglieder unserer Partei und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und die Angestellten des Staatsapparates keine Duldsamkeit gegenüber Mängeln zeigen, die Dinge nicht auf die lange Bank

schieben, sondern Mißständen entschlossen zu Leibe gehen, dann wird es schneller vorwärtsgehen. *Der Aufbau des Sozialismus ist in erster Linie eine Erziehung der Menschen.* Bei der Erfüllung der neuen Produktionsaufgaben lernen die Menschen und gewöhnen sich *schlechte Gewohnheiten aus der kapitalistischen Zeit, wie z. B. Arbeitsbummelei,* allmählich ab.
Es ist auch notwendig, offen darüber zu sprechen, daß der Kampf um den Aufbau des Sozialismus nur durch Überwindung großer Schwierigkeiten zum Siege geführt werden kann.

> *Ulbricht* in seinem Referat „Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der DDR" vor dem 33. Plenum des ZK der SED, Oktober 1957

VIII

Justizwesen

(234—250)

234

Die Rechtstheorie ist ein System von Rechtsprinzipien, auf deren Grundlage sich die ganze Rechtswissenschaft aufbaut, das heißt alle Zweige der Rechtswissenschaft, unabhängig von ihrem konkreten Inhalt. Die Erarbeitung dieser Normen kann nicht von den Normen des positiven Rechts ausgehen. Die Normen des positiven Rechts, wie auch das gesamte positive Recht als Ganzes, müssen vielmehr in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Prinzipien aufgebaut werden, die von der *Rechtstheorie* aufgestellt werden, *die sich ihrerseits wieder auf die Prinzipien des Sozialismus, der sozialistischen Revolution, der sozialistischen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung stützt.*

A. J. Wyschinski: „Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht", in: „Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie", Ost-Berlin 1953, S. 66

235

Das Recht oder der juristische Überbau können und müssen aus der ökonomischen Struktur der Gesellschaft, aus den Produktionsverhältnissen erklärt werden.

A. J. Wyschinski: „Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht", in: „Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie", Ost-Berlin 1953. S. 37

236

Das Recht ist die Gesamtheit der Verhaltungsregeln, die den Willen der herrschenden Klasse ausdrücken und auf gesetzgeberischem Wege festgelegt sind, sowie der Gebräuche und Regeln des Gemeinschaftslebens, die von der Staatsgewalt sanktioniert sind. Die Anwendung dieser Regeln wird durch die Zwangsgewalt des Staates gewährleistet zwecks Sicherung, Festigung und Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Zustände, die der herrschenden Klasse genehm und vorteilhaft sind.

A. J. Wyschinski: „Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht", in: „Sowjetische Beiträge zur Staats= und Rechtstheorie", Ost=Berlin 1953, S. 76

237

Im Sowjetstaat ist das Recht in seinem ganzen Umfang gegen die Ausbeutung und gegen die Ausbeuter gerichtet. Das Sowjetrecht ist das Recht des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern. *Es ist sozialistisches Recht, das dazu bestimmt ist, dem Kampf gegen die Feinde des Sozialismus und dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu dienen.*
Das Sowjetrecht löst seine Aufgabe als sozialistisches Recht vom ersten Augenblick seines Entstehens an.

A. J. Wyschinski: „Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht", in: „Sowjetische Beiträge zur Staats= und Rechtstheorie", Ost=Berlin 1953, S. 38

238

Rechtsstaat: Antiwissenschaftlicher Begriff, der in der bürgerlichen Literatur begründet ist und den bürgerlichen Staat so hinstellt, als ob es darin keinen Raum für willkürliche Machtausübung gebe, da dort angeblich nur Recht und Gesetzlichkeit herrschen.
Es ist bezeichnend für die Theorie des Rechtsstaates — das gleiche gilt für das der „reinen", über die Klassen

erhabenen bürgerlichen Demokratie gezollte Lob —, daß sie den Vorrang des Rechts vor dem Staat geltend macht, daß sie das Recht als etwas vom Staate Unabhängiges und Darüberstehendes betrachtet (der ideale Staat unter der Herrschaft des Rechts). In allen Existenzphasen des bürgerlichen Staates waren die Lehren von der Rechtsstaatlichkeit antiwissenschaftliche Lehren, die — absichtlich oder nicht — den idealen Staat unter der Herrschaft des Rechts mit den bestehenden, realen, bürgerlich-„demokratischen" Staaten identifizierten, um ihren Klassencharakter zu tarnen (und) die Herrschaft der Bourgeoisie zu festigen . . . Die Lehren vom Rechtsstaat richten sich entschieden gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse und seit der Errichtung der sozialistischen Staaten gegen diese Staaten als solche.

Definition des Rechtsstaates aus dem „Juristischen Wörterbuch", Moskau 1956

239

Die *Voraussetzung für jede wirkliche Gleichberechtigung der Frau ist ihre Berufsarbeit,* die ihre Stellung in der Öffentlichkeit verwurzelt und ihre Unabhängigkeit sichert.

Hilde Benjamin: „Vorschläge zum neuen deutschen Familienrecht", Berlin 1949, S. 9

240

Der Unterschied zwischen der sowjetischen Rechtsanwaltschaft und der westeuropäischen Rechtsanwaltschaft ist gewaltig. Er hat seine Grundlage insbesondere in der Funktion des Rechtsanwalts als eines öffentlichen und staatlichen Organs im Staatsaufbau der UdSSR. In der Sowjetunion ist es Pflicht des Rechtsanwalts als eines Organes des Staates der Werktätigen, stets die Interessen des sowjetischen Staates und der Schichten der Werktätigen zu verteidigen und zu vertreten. Die Rechtsan-

waltschaft ist ein Instrument im Kampf für den Sozialismus, gegen alle Feinde der Werktätigen. *Der Rechtsanwalt muß daher mit der makellosen Vertretung der Interessen des Klienten gleichzeitig die Interessen des Staates wahren.* Dort, wo die Interessen des Klienten nur unter Verletzung von grundsätzlichen Interessen des Staates zu wahren sein würden, ist er verpflichtet, *eindeutig den Interessen des Staates der Werktätigen den Vorrang zu gewähren.*

„Neue Justiz", Nr. 6/1950, S. 193

241

Ist *die Rechtsprechung eine Form der Verwirklichung der Staatsgewalt,* so sind wir als Richter Träger dieser Aufgabe, und wir haben an der Ausgestaltung aller Gebiete unseres Staates entscheidend mitzuarbeiten: bei dem Schutz gegen seine Gegner, bei der Lösung seiner wirtschafts-organisatorischen Aufgaben, auf dem kultur-erzieherischen Gebiet — alles Funktionen, die auch unser Staat bereits entwickelt.

Hilde Benjamin: „Grundsätzliches zur Methode und zum Inhalt der Rechtsprechung", in: „Neue Justiz", 4/1951, S. 150

242

Dem Klassenkampf als objektiver Erscheinung des politischen und gesellschaftlichen Lebens entspricht unsere *Parteilichkeit der ideologischen Haltung.* Das muß auch in der Prozeßführung zum Ausdruck kommen und kann nicht dazu führen, daß der Richter passiv „objektiv" Angeklagte, Verteidiger und Staatsanwalt als gleichberechtigte Parteien behandelt . . . Aber die Schuld des Angeklagten stellen wir aus dieser unserer parteilichen Haltung objektiv richtig fest, das heißt, *unter Zugrundelegung der Gesetze des Klassenkampfes,* in dem seine Verbrechen wurzeln.

Hilde Benjamin: „Grundsätzliches zur Methode und zum Inhalt der Rechtsprechung", in: „Neue Justiz" 4/1951, S. 155

243

Der Wille der herrschenden Klasse, der Staatswille, ist die Quelle allen Rechts. *Der Charakter des Strafrechts wird durch den Charakter des Staates und seinen Klasseninhalt bestimmt.* Kein Rechtsproblem kann isoliert vom Staat, von dem Charakter des Staates, gelöst werden. Der Staatswille ist aber immer der Wille der Vertreter der herrschenden Klasse oder — im sozialistischen Staat — der Wille der Vertreter der sozialistischen Gesellschaft, die unmittelbar an der das Recht schaffenden Tätigkeit des Staates teilnehmen und in ihm die Interessen ihrer Klasse bzw. der sozialistischen Gesellschaft zum Ausdruck bringen.

> *Hans Gerats:* „Einige Fragen der Rechtswissenschaft und Rechtspraxis im Lichte der Arbeiten Stalins über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", in: „Neue Justiz", 9/1951, S. 447

244

Der demokratische Jurist ist dem demokratischen *Gesetz, das den Willen unseres werktätigen Volkes zum Ausdruck bringt,* unterworfen. Er hat diese Gesetze nach dem Willen des demokratischen Gesetzgebers anzuwenden und auszulegen. Außerhalb dieses Staatswillens kann es keinen über dem einzelnen stehenden und damit mystischen Willen der demokratischen Kräfte unseres Volkes geben. Jede andere Auffassung führt zur Negierung der Funktion unseres Staates und der führenden Rolle der SED, welche zusammen mit den demokratischen Blockparteien diesen Willen organisiert und gestaltet.

> *Hans Gerats:* „Einige Fragen der Rechtswissenschaft und Rechtspraxis im Lichte der Arbeiten Stalins über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", in: „Neue Justiz", 9/1951, S. 405

245

Im Gegensatz dazu verzichtete man in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone bei der Besetzung der neuen Arbeitsgerichte auf die Richter alter Prägung, die ihrer

Herkunft und Entwicklung nach nicht die Gewähr für eine fortschrittliche Rechtsprechung bieten konnten. In den meisten Fällen wurden *bewährte Gewerkschaftsfunktionäre* eingesetzt. Sie bildeten die Grundlage für einen neuen Typ des Arbeitsrichters, der, statt einen „Präjudizien"-Kult mit verstaubten Entscheidungen längst vergangener Zeiten zu treiben, fortschrittliche, unserer demokratischen Gesetzgebung und der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechende Entscheidungen trifft.

Heinz Paul: „Die Stellung des Arbeitsrichters in unserer Deutschen Demokratischen Republik", in: „Die Arbeit", 12/1951, S. 638

246

Zukünftig wird der Staatsanwalt ein ganz anderer Staatsanwalt sein, als er bisher seit mehr als 100 Jahren in der deutschen Geschichte bekannt war. Kannte man bisher in Deutschland den Staatsanwalt nur als den öffentlichen Ankläger, als den, der ausschließlich auf einem kleinen Gebiet unseres Rechtslebens, eben auf dem Gebiet des Strafrechts und des Strafprozesses tätig war, so entsteht jetzt eine qualitativ völlig andere Staatsanwaltschaft: *der Staatsanwalt wird zum Hüter der demokratischen Gesetzlichkeit.*

Dr. E. Melsheimer: „Über die Arbeit der Staatsanwaltschaft in der DDR", in: „Neue Justiz", 5/1952, S. 207

247

Das 33. Plenum erfordert nunmehr in noch höherem Maße die Mitwirkung lebenserfahrener, klassenbewußter, *dem Staat der Arbeiter- und Bauernmacht ergebener Schöffen.* Sie verbinden täglich das Gericht unmittelbar mit dem Leben und den Erfahrungen der Arbeiterklasse. Wenn solche Schöffen vor ihren Kollegen über die gerichtliche Tätigkeit berichten, tragen sie wesentlich dazu bei, daß sich bei den Werktätigen das sozialistische Bewußtsein festigt, die zuweilen noch

bestehende Scheu vor dem Gericht weicht und neben die Verbundenheit mit dem Volkseigentum und ihrem Staat auch das Vertrauen zum Gericht tritt.

Dr. Hilde Benjamin: „Die Schöffenwahlen 1958", in: „Neues Deutschland" vom 31. Oktober 1957

248

Warum hat unser sozialistisches Recht ein festes Fundament?

Für den sozialistischen Charakter unseres Rechts gibt es drei Garantien:

1. Das Bestehen der *Arbeiter- und Bauernmacht auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums* an den hauptsächlichen Produktionsmitteln und einer sozialistischen Wirtschaftsweise.
2. Die *Zertrümmerung des alten reaktionären Justizapparats* und die Schaffung eines demokratischen Justizapparats, der aus Werktätigen zusammengesetzt und mit dem Volke eng verbunden ist.
3. Die Bestimmung der Grundsätze der Rechtssprechung durch die Volksvertretungen, d. h. durch das Volk selbst. (Es wird z. B. vorgeschlagen, daß künftig *die Richter durch die Bezirkstage gewählt* werden sollen, was auch der Nationalen Front neue politische Aufgaben stellt.)

„Was jeder Deutsche wissen muß", Fragen und Antworten zum Aktionsprogramm des 33. Plenums des ZK der SED. Herausgeber: Büro des Präsidiums des „Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland", November 1957

249 a

§ 1

§ 8 des Paßgesetzes erhält folgende Fassung:

„(1) Wer ohne erforderliche Genehmigung das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verläßt oder betritt oder wer ihm vorgeschriebene Reiseziele, Reisewege oder

Reisefristen oder sonstige Beschränkungen der Reise oder des Aufenthaltes nicht einhält, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer für sich oder einen anderen durch falsche Angaben eine Genehmigung zum Verlassen oder Betreten des Gebietes der Deutschen Demokratischen Republik erschleicht.

(3) Vorbereitung und Versuch sind strafbar."

§ 2

§ 9 des Paßgesetzes erhält folgende Fassung:
„Wer sich ohne Genehmigung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aufhält, kann aus der Deutschen Demokratischen Republik verwiesen werden."

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

„Gesetz zur Änderung des Paßgesetzes der Deutschen Demokratischen Republik" vom 11. Dezember 1957

249 b

§ 13, Staatsverrat, § 14 Spionage, § 15 Sammlung von Nachrichten, § 16 Verbindung zu verbrecherischen Organisationen oder Dienststellen, § 17 Staatsgefährdende Gewaltakte, § 18 Angriffe gegen örtliche Organe der Staatsmacht, § 19 Staatsgefährdende Propaganda und Hetze, § 20 Staatsverleumdung, § 21 Verleitung zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik, § 22 Diversion, § 23 Schädlingstätigkeit und Sabotage, § 24 Schwere Fälle: (1) In schweren Fällen der §§ 13, 14, 22 und 23 kann auf lebenslanges Zuchthaus oder auf *Todesstrafe* erkannt werden.

Differenzierte Abgrenzung der bisher global als „Verbrechen gegen Artikel 6 der Verfassung (Boykotthetze)" bestraften Handlungen durch das „Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches – Strafrechtsergänzungsgesetz –" vom 11. Dezember 1957

250

Die *Rechtsetzungsbefugnis,* die grundsätzlich nur der obersten Volksvertretung zusteht, wurde durch diese im Gesetz (gemeint ist das Ministerrats-Gesetz) *auf den Ministerrat und seine Mitglieder delegiert.* Diese Delegation findet ihre Berechtigung darin, daß sie auf Organe beschränkt ist, deren Mitglieder bzw. Leiter zur Geschäftsführung des Vertrauens der Volkskammer bedürfen. So erklärt sich auch die Wiederholung dieser Verfassungsbestimmung im § 1 dieses Gesetzes.

> *Jürgen Gentz,* wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro des Präsidiums des Ministerrats: „Zu einigen Grundsätzen der Rechtsetzung", in: „Neue Justiz" vom 5. April 1958

IX

Polizei, Armee, Volksbewaffnung

(251—271)

251

Man muß untersuchen, aus welchen historischen Verhältnissen der Krieg hervorging, *welche Klassen ihn führten*, um welcher Ziele willen. Wenn wir uns darüber nicht klar werden, bleiben alle unsere Erwägungen über den Krieg leeres Gerede, eine rein fruchtlose Wortfechterei.

Lenin: „Sämtliche Werke", russ., Bd. 30, S. 333

252

Es gibt zwei Arten von Kriegen:

a) *einen gerechten Krieg,* der kein Eroberungskrieg, sondern ein Befreiungskrieg ist, der das Ziel hat, entweder das Volk gegen einen äußeren Überfall und gegen Unterjochungsversuche zu verteidigen, *oder das Ziel der Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus,* oder endlich das Ziel der Befreiung der Kolonien und abhängigen Länder vom Joche der Imperialisten, und

b) *einen ungerechten, einen Eroberungskrieg,* der das Ziel hat, fremde Länder zu erobern, fremde Völker zu versklaven.

„Geschichte der KPdSU (B)", S. 210

253

Die Existenz einer Armee bedeutet noch nicht, daß das betreffende Land Aggressionsabsichten hat. Niemand

kann behaupten, daß z. B. die sowjetische Armee, die Armeen der Volksdemokratien oder die *Volkspolizei, die überhaupt keinen militärischen Charakter hat,* zu Angriffsabsichten geschaffen wurden. Um festzustellen, welchen Charakter eine Armee hat, muß man sich den Staat anschauen, die Regierung, von der die Armee befehligt wird . . . In der DDR und in der Volkspolizei gibt es niemanden, der an einem Kriege interessiert ist.

„Notizbuch des Agitators", 16/1951

254

Die Gesellschaft stellt sich die Aufgabe, eine Massenorganisation zu schaffen, die alle Jugendlichen und Erwachsenen ab 15 Jahre auf freiwilliger Grundlage erfaßt, um sich durch den Sport körperlich zu ertüchtigen und mit speziellen technischen und wissenschaftlichen Kenntnissen auszurüsten.
Sie stellt sich das Ziel, ein Helfer bei der Verwirklichung der Forderungen des Präsidenten Wilhelm Pieck zu sein, der auf der 2. Parteikonferenz der SED zum Schutze der Heimat erklärte:
„Es ist falsch anzunehmen, daß man die Sicherheit unserer Republik mit schlecht ausgebildeten und unvorbereiteten Kadern gewährleisten kann. Unsere Jugend darf sich daher nicht auf Kleinkaliberschießen und sportliche Ausbildung beschränken, sie *muß die modernen Militärwissenschaften und die modernen Waffengattungen meistern,* was eine bessere Ausbildung erfordert."

Aus der staatlichen Verordnung über die Bildung der „Gesellschaft für Sport und Technik" vom 7. August 1952

255

Unsere Kampfgruppen müssen zu straff organisierten, gut ausgebildeten, kampfkräftigen Einheiten — zu Arbeiterbataillonen — entwickelt werden.
Sie sollen in die Lage versetzt werden, als wirksames Instrument der Heimatverteidigung sowohl die Betriebe zu schützen, als auch, wenn es die Situation erfordert, ge-

meinsam mit den bewaffneten Organen gegen Truppen von Terroristen und Diversanten innerhalb ihrer Heimatgebiete zu kämpfen und die innere Sicherheit der Republik zu garantieren. Diese Aufgabe entspricht den *Klasseninteressen der ganzen deutschen Arbeiterklasse* und den nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Aus dem Beschluß des ZK der SED über die SED=Kampfgruppen, gefaßt unmittelbar nach dem 17. Juni 1953

256

Der Marxismus=Leninismus lehrt uns, und die Geschichte hat es hundertmal bewiesen, *daß die Arbeiterklasse nicht gegen jeden Krieg sein kann,* daß sie gerechte Kriege mit allen Mitteln unterstützen . . . muß. Die Monopolherren räumen aber nun einmal nicht freiwillig das Feld. Im Gegenteil, sie rücken mit Polizei= und Militärgewalt gegen die Arbeiter vor. Die Arbeiterklasse, die berufen ist, die Welt zu verändern, darf keinen Pazifismus dulden. Nur durch den bewaffneten Kampf der revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands im Oktober 1917 konnte der welthistorische Sieg über den Weltimperialismus errungen werden und eine neue Ära der Weltgeschichte beginnen. — Auch die deutsche Arbeiterklasse besitzt hervorragende revolutionäre Traditionen, hat wahrhafte Helden hervorgebracht, die uns heute im Kampf vorangehen. Der unvergeßliche Arbeiterführer Ernst Thälmann hat erkannt, daß die Arbeiterklasse die Waffen beherrschen muß, um sich ihrer Feinde zu entledigen, und er hat es ausgezeichnet verstanden, die Arbeiterklasse auch militärisch zu schulen. Zahllose revolutionäre Kämpfer sind durch den Roten Frontkämpferbund erzogen worden. — Kämpft so mutig wie Ernst Thälmann!

„Sport und Technik", Organ der „Gesellschaft für Sport und Technik", 4. Jg. Nr. 8, April 1955

257

Vom Standpunkt des revolutionären Krieges als Ganzes sind der Partisanenkrieg des Volkes einerseits und die

Hauptkräfte der Roten Armee andererseits gleichsam zwei Hände ein und desselben Menschen . . .
. . . der Partisanencharakter ist unsere Besonderheit, unsere starke Seite, die Waffe unseres Sieges über den Feind.

Mao Tse=tung: „Strategische Fragen des revolutionären Krieges in China", deutsche Übersetzung, Dietz=Verlag 1955, S. 87 bzw. 91

258

Die Volksfront, die im Jahre 1936 bei den Wahlen siegte, wurde geboren aus dem großen Bergarbeiterstreik des Jahres 1934 . . . Die Regierung der Volksfront in Spanien hat nach der Machtübernahme unterlassen, sofort den Staatsapparat, einschließlich Armee und Polizei, von reaktionären Kräften zu säubern und zuverlässige Antifaschisten auf die führenden Positionen im Staatsapparat zu setzen . . .
Kann man bestreiten, daß heute in Westdeutschland weit günstigere objektive Bedingungen für eine solche Politik gegeben sind, als das in Spanien im Jahre 1936 der Fall war? Keineswegs!

Heinrich Rau: „Sich mit den Lehren und Erfahrungen des spanischen Freiheitskampfes wappnen", in: „Die XI. Brigade", S. 4–7, von *Gustav Szinda,* Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956

259

Verschiedene Arten der gerechten Kriege können sich miteinander verflechten. So sind besonders in der Epoche des Imperialismus nationale Kriege fast immer mit inneren revolutionären sozialen Kämpfen verbunden.

Karl=Heinz Lehmann und *Fritz Wendt:* „Militaristisch oder militärisch", Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956, S. 16

260

Die Aufgabe des Proletariats unter den Bedingungen der siegreichen sozialistischen Revolution besteht darin, *die*

bürgerlichen Armeen zu zerschlagen und durch Armeen der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats zu ersetzen . . .
Gegenwärtig unterscheiden wir vor allem:
a) Armeen der imperialistischen Staaten;
b) Armeen der Länder, in denen die Arbeiterklasse die politische Herrschaft ausübt;
c) Volksbefreiungsarmeen.

Karl-Heinz Lehmann und *Fritz Wendt:* „Militaristisch oder militärisch", Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956, S. 6

261

Ob friedlicher Übergang oder Bürgerkrieg, hängt von den konkreten Bedingungen ab. Unterdrücken die reaktionären Kräfte jedoch die nationale Befreiungsbewegung mit Waffengewalt, dann kann die nationale Befreiung nur mit Waffengewalt erfolgen; versucht die imperialistische Bourgeoisie den sozialen Befreiungskampf der Werktätigen mit Waffengewalt niederzuschlagen, dann ist ein bewaffneter Kampf zum Sturz der alten reaktionären Klassen unvermeidlich . . . In solchen Fällen sind die Kommunisten bereit, an der Spitze der Werktätigen mit der Waffe in der Hand für die Befreiung der Menschheit vom Joch der imperialistischen Ausbeuter zu kämpfen.

Karl-Heinz Lehmann und *Fritz Wendt:* „Militaristisch oder militärisch", Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1956, S. 19

262

Es muß Klarheit herrschen über den Charakter und die Ziele der GST, über die Notwendigkeit der Nationalen Volksarmee und der Verbundenheit zu ihr.
Wer das erkannt hat, wird der patriotischen Organisation der GST beitreten und sich dort Kenntnisse aneignen, die ihn zu größeren Leistungen in der Produktion befähigen und ihm erlauben, jederzeit die Errungenschaften unserer Deutschen Demokratischen Republik zu schützen und zu verteidigen. Deshalb muß die GST solche *Patrioten* erziehen, *die bereit sind, in den Reihen der*

Nationalen Volksarmee und der Grenzpolizei unsere Heimat zu schützen.

„Ostsee-Zeitung" (SED), Rostock, vom 23. Juni 1956

263

Die Stellung der Arbeiterklasse zur Frage der Bewaffnung und der Schaffung militärischer Organisationen *hat mit dem bürgerlichen Pazifismus, der gegen die Bewaffnung, gegen die Aufstellung militärischer Organisationen der Arbeiterklasse auftritt, nichts gemein.* Eine pazifistische Auffassung seitens der Arbeiterklasse würde nur dazu dienen, die Arbeiterschaft, Staaten der Arbeiter-und-Bauern-Macht wehrlos den Angriffen der Klassenfeinde auszuliefern.
Die Arbeiterklasse ist für eine Bewaffnung, für die Schaffung bewaffneter Organisationen, wenn sie der Befreiung der Werktätigen von der Sklaverei des Kapitalismus oder der Verteidigung der bereits erkämpften Errungenschaften dienen. Die Arbeiterklasse ist gegen eine Bewaffnung, gegen die Aufstellung militärischer Organisationen, wenn es sich, wie z. B. in Westdeutschland, um eine volksfeindliche militaristische Söldnerarmee handelt, die gegen die Arbeiterklasse und ihre Staaten, zur Unterjochung anderer Völker eingesetzt werden soll. Denn eine solche Armee dient den Eroberungszielen und Profitinteressen der Monopolherren und ist gegen die Lebensinteressen der eigenen Nation gerichtet.

„Die Arbeiterklasse ist nicht pazifistisch", in: „Neues Deutschland" vom 16. Juli 1956

264

Indem Reaktionäre sich heuchlerisch hinter der Parole des Pazifismus verstecken, wenden sie sich gegen nationale Befreiungskriege und alle anderen gerechten Kriege, die zur Befreiung des Volkes von der Knechtschaft des Kapitalismus, zur Befreiung der Kolonien und der vom imperialistischen Joch abhängigen Länder geführt werden. Indem sie jegliche revolutionäre Tätigkeit der Massen ablehnen, betrügen die Pazifisten die Werk-

tätigen und verheimlichen die Vorbereitung imperialistischer Kriege der Bourgeoisie. *Die Politik der Pazifisten ist identisch mit imperialistischen, räuberischen, ungerechten Kriegen.*

„Sowjetisches Fremdwörterbuch", Staatsverlag, Moskau 1949

265

Die deutsche Arbeiterklasse würde es uns nie verzeihen, wenn wir in der gegenwärtigen Situation auch nur einen Augenblick die Stärkung der Verteidigungskräfte unserer Republik vernachlässigen würden. Wir tragen eine große Verantwortung dafür, daß die bewaffneten Kräfte unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, die Nationale Volksarmee, die Deutsche Volkspolizei und die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, *zu jeder Zeit in der Lage* sind, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Kräften *die Ruhe und Ordnung sicherzustellen* und eventuelle konterrevolutionäre Provokationen im Keime zu ersticken, zu unterdrücken und zu zerschlagen.

Erich Honecker im Bericht des Politbüros an das 30. Plenum des ZK der SED

266

Der Geist, der eine Armee beherrscht, ist in hohem Grade abhängig von dem Vorbild, das ihre Offiziere geben. Die hohe moralische Qualität, die eine Volksarmee auszeichnet, fliegt dieser nicht zu, sondern ist das Ergebnis einer konsequenten, umsichtigen, geduldigen Erziehung, *bei der das Kollektiv die entscheidende Rolle spielt.*

„Erziehung zum sozialistischen Offizier", in: „Volksstimme" (SED), Magdeburg, vom 11. März 1957

267

Es gibt zahlreiche Beispiele aus der jüngsten Geschichte, die mit aller Klarheit den Unterschied zeigen zwischen einer Volksarmee und einer Armee, die aus Söldnern

besteht. Eine große Anzahl literarischer, epischer und dramatischer Werke und ebenso Filme gestalten auf künstlerische Weise diesen Unterschied. Und doch gibt es immer noch Leute, die unseren Feinden das dumme Wort „Kommiß bleibt Kommiß" in dem Sinne nachplappern, *als sei Militär in einem Arbeiter-und-Bauern-Staat und in einem kapitalistischen Staat dasselbe.*

„Erziehung zum sozialistischen Offizier", in: „Volksstimme" (SED), Magdeburg, vom 11. März 1957

268

Der Politfunktionär ist vor allem politischer Erzieher der Soldaten. Die Innendienstordnung verpflichtet die Stellvertreter für Politarbeit, die politische Arbeit zu organisieren und durchzuführen, denn sie festigt die militärische Disziplin, die Kampfkraft und den politisch-moralischen Zustand der Armeeangehörigen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, *muß jeder Politfunktionär die Theorie des Marxismus-Leninismus gründlich kennen, die Innen- und Außenpolitik der Kommunistischen Partei gut verstehen und imstande sein, die Linie der Partei mit Sachkenntnis durchzuführen* . . .
Die Sowjetsoldaten pflegen im Politfunktionär einen Menschen zu sehen, der gründliche politische Kenntnisse besitzt, über die laufenden Ereignisse des internationalen und inneren Geschehens des Landes informiert und ein leidenschaftlicher Propagandist der großen Ideen der Kommunistischen Partei ist, der es versteht, mit den Menschen einfach und verständlich zu sprechen, sie aufzuklären und zu überzeugen.

Generalleutnant *N. Alexandrow:* „Die Autorität des Politfunktionärs", in: „Die Volksarmee", Organ des Ministerium für Nationale Verteidigung, vom 1. Oktober 1957

269

Die wichtigste Aufgabe der Parteiorganisation in der Nationalen Volksarmee ist die politisch-ideologische und moralische *Erziehung der Mitglieder und Kandidaten sowie aller Armeeangehörigen im Geiste des Marxismus-*

Leninismus, die Entfaltung des Kampfes und die Durchführung der Beschlüsse der Partei gegen jeden Formalismus und Schematismus in der politischen Arbeit und die Sicherung der Einheit der politischen und militärischen Erziehung aller Armeeangehörigen.

„Die Volksarmee", Organ des Ministeriums für Nationale Verteidigung, vom 15. Oktober 1957

270

Für den Schutz der friedlichen Aufbauarbeit der Bevölkerung unserer Republik steht die Nationale Volksarmee auf Wacht, die gleichberechtigtes Mitglied des Warschauer Vertrages ist. Daß unsere Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere bereit und in der Lage sind, in Erfüllung dieses Vertrages alle Aufgaben zu lösen, beweisen die letzten Truppenübungen. Diese Erfolge fielen nicht vom Himmel; sie sind das Ergebnis der qualitativ hochstehenden Überzeugungsarbeit und der systematischen militärischen Ausbildung.
Trotz dieser Erfolge hat niemand das Recht, sich auf seinen Lorbeeren auszuruhen. Der 40. Jahrestag verpflichtet uns, die Gefechtsbereitschaft der Nationalen Volksarmee zu erhöhen und die Waffenbrüderschaft mit den Kämpfern der ruhmreichen Sowjetarmee und der Armeen des sozialistischen Lagers weiter zu festigen. Das zu erreichen heißt jedoch, *allen Armeeangehörigen die Bedeutung der Oktoberrevolution zu erläutern, sie von der Stärke des sozialistischen Lagers zu überzeugen, sie mit Mut und Vertrauen für den gerechten Kampf der Arbeiterklasse auszustatten und zum sozialistischen Bewußtsein zu erziehen.*

„Die Volksarmee", Organ des Ministeriums für Nationale Verteidigung, vom 19. Oktober 1957

271

Indem die Nationale Volksarmee bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage den sicheren Schutz der Deutschen Demokratischen Republik gewährleistet, verteidigt sie zugleich

die glückliche Zukunft Gesamtdeutschlands. Noch ist jedoch nur ein Teil Deutschlands, die Deutsche Demokratische Republik, das wahre Vaterland der deutschen Arbeiter, Bauern, Intelligenz, Handwerker und aller anderen patriotischen Kräfte. Der militärische Schutz, die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht als der Basis des Kampfes um eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage trägt dazu bei, daß der sozialistische Aufbau vollzogen und *der Bevölkerung Westdeutschlands ein überzeugendes Beispiel* gegeben wird, *wie die Lebensfragen der Nation beantwortet werden müssen.*

Gerhard Zazworka: „Militarismus, Eid und Verantwortung", in: „Einheit", Nr. 11, 1956, S. 1116

X

Kunst und Wissenschaft, Kulturpolitik

(272—313)

272

Die Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus können wir nur erreichen bei gründlichem Studium und Anwendung der Erfahrungen der fortschrittlichsten Wissenschaft, der Wissenschaft der Sowjetunion. Das Land, in dem die bisher höchste Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung erreicht wurde, die Verwirklichung des Sozialismus und der Aufbau des Kommunismus, konnte diese Leistungen nur mit Hilfe der Sowjetwissenschaft vollbringen . . . *Es gibt kein Gebiet, auf dem nicht die Forscher und Wissenschaftler der Sowjetunion führend sind.*

Walter Ulbricht in seiner Rede anläßlich der Überreichung der Einzelverträge an 284 „hervorragende Wissenschaftler", zitiert nach: „Forum", 21/1951, S. 8

273

Ohne ein richtiges, d. h. ein *positives Verhältnis zum Kunstschaffen in der Sowjetunion* ist an eine fruchtbare Entwicklung der deutschen Kunst nicht zu denken.

Helmut Holtzhauer, Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, in: „Sonntag", 45/1951, S. 8

274

Die Kunst hat doch die Aufgabe, die Menschen zur Vollbringung großer Leistungen reif zu machen, d. h. *für*

die Erfüllung des Fünfjahrplanes zu begeistern. Deshalb müssen die Künstler erkennen, daß sie nicht warten dürfen, bis der Fünfjahrplan erfüllt ist, sondern daß sie sofort beginnen müssen, sich umzustellen, um durch ihre Tätigkeit die Menschen zur Erfüllung des Fünfjahrplans zu begeistern. Das wäre der größte Beitrag, den unsere Künstler zur Erfüllung des Fünfjahrplanes leisten können.

Hans Lauter in seinem Referat auf der 5. Tagung des ZK der SED, zitiert in: „Neues Deutschland" vom 23. März 1951

275

Die Kunstpolitik einer Regierung ist noch keine Kunst... Wer sich heute von den Prinzipien unserer Kunst, die der Demokratie, dem Fortschritt und dem Frieden zu dienen hat, entfernt oder ihre beherrschende Parteinahme nicht anerkennt, stellt sich damit gegen die fundamentalen Bedürfnisse der werktätigen Menschen. Literatur und bildende Künste sind der Politik untergeordnet, aber es ist klar, daß sie einen starken Einfluß auf die Politik ausüben. *Die Idee der Kunst muß der Marschrichtung des politischen Kampfes folgen.* Denn nur auf der Ebene der Politik können die Bedürfnisse der werktätigen Menschen richtig erkannt und erfüllt werden. Was sich in der Politik als richtig erweist, ist es auch unbedingt in der Kunst.

Otto Grotewohl zur Berufung der „Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten" am 31. August 1951

276

Eine der Formen, in denen sich der Einfluß und der Druck des amerikanischen Kosmopolitismus in unseren Reihen äußert, ist die Abneigung und die Hemmung gewisser Künstler und Kritiker – das Volk hat da einen viel gesünderen Instinkt! –, eine positive Einstellung zu unserem nationalen Kulturerbe zu gewinnen, es sich kritisch anzueignen, es zum Ausgangspunkt unserer wei-

teren Entwicklung zu nehmen und sich bedingungslos in die Front gegen den Formalismus zu stellen.

„Im Kampf um eine neue deutsche Architektur", in: „Neues Deutschland" vom 14. März 1951

277

Wir müssen meiner Meinung nach darauf Wert legen, daß wir als Kulturbund unser kostbarstes Gut, die jungen Menschen, überhaupt unsere Menschen, vor den Beschädigungen des gesellschaftlichen Apparates schützen. (Gemeint sind offenbar: Schädigungen durch den „... Apparat". Anm.) Es ist nicht so, daß sich nur *unsere Sprache in Kauderwelsch verwandelt* oder zu verwandeln droht, es ist sogar so, daß viele Begriffe nicht mehr da sind, die unsereinem, als wir aufwuchsen, selbstverständlich waren, zum Beispiel der Begriff der Muße, daß ein Mensch spazierengehen muß, um Gedanken zu fassen, daß ein Mensch imstande sein muß, sich einzuschließen oder isoliert auf eine Bank zu setzen und etwas zu lesen, ohne daß das zu einer Instruktion wird, ohne daß er gefragt wird, ob das in Übereinstimmung mit irgendeiner Verpflichtung geschieht, die in die Grundlagen der DDR eingegangen ist ... *Humanismus und stramme Organisation haben sich immer widersprochen.* Selbst die Jesuiten, welche uns eine sehr große geistige Potenz hinterlassen haben, waren in ihrer Organisation nicht so angestrengt wie wir im Aufbau der DDR ... Widersteht dem Übel, kämpft gegen das Übel und laßt nicht aus unserem Deutsch eine Bürokratensprache machen mit Befehlen und Floskeln, die Euch in einen Konflikt mit Eurem eigenen Wesen bringt.

Arnold Zweig auf der Kulturbund-Tagung am 12. Februar 1954 in Dresden

278

Wir müssen uns heute fragen: Sind Schriftsteller wirklich Ingenieure der menschlichen Seele? Nach meiner Meinung ist das eine völlig falsche Auffassung. *Die menschliche Seele ist kein Gegenstand, an den man einen*

Ingenieur heranlassen könnte. Die Analogie von Technik und Naturwissenschaft, auf die Arbeit des Schriftstellers angewendet, zieht Verarmung nach sich.

Prof. *Dr. Hans Mayer* auf der Konferenz der Literaturwissenschaftler am 31. Mai 1956

279

Wen erstaunt es, wenn Teile unserer Jugend unzufrieden, verbittert, sogar zynisch werden? . . . Wir glaubten, der Partei zu helfen. Soll daraus nun heute keine Bitterkeit entstehen? Sie entsteht bei jedem Menschen, wenn er Ehrgefühl besitzt. Sie muß beim Künstler am stärksten sein. Wie viele seiner Grunderlebnisse mußte er in den vergangenen Jahren zertreten, weil sie ihm politisch schädlich schienen. Nun erkennt er, wie er damit seine Produktivität gemindert, seine Kraft zerschlagen, die Wahrheit vergewaltigt hat. Und das soll ohne Bitterkeit abgehen! Schier untragbar aber wird sie, wenn der Künstler das nicht herausschreien darf.

Gerhard Zwerenz, ein junger Leipziger Schriftsteller und Schüler Prof. *Blochs,* auf dem „Kongreß Junger Künstler", Juni 1956 in Chemnitz

280

Wir müssen also in der Volkskunst abkommen von der nur defensiven Widerspiegelung des Friedensgedankens und Kurs nehmen auf den Angriff. Unsere Programme müssen den Werktätigen zeigen: Dort steht der Feind! Dann erfüllen wir die vordringlichste Aufgabe . . . Es ist nicht nur Aufgabe des Erich-Weinert-Ensembles der Nationalen Streitkräfte, die Probleme des Soldatenlebens zu gestalten, sondern eine Angelegenheit der volkskünstlerischen Arbeit überhaupt, wobei sich lediglich die Akzente verschieben: Wenn ein Armee-Ensemble in der künstlerischen Gestaltung sein Hauptaugenmerk auf die Erziehung zum soldatischen Kollektiv und zur Meisterung des Waffendienstes richtet, dann konzentriert sich z. B. ein Betriebsensemble in seiner künstlerischen Problemstellung natürlicherweise vor allem auf die Beziehung der

Bevölkerung zu den bewaffneten Kräften, zeigt die Notwendigkeit der Verteidigung auf und propagiert die politisch-moralische Einheit von Volk und Armee in der Deutschen Demokratischen Republik.

„Volkskunst", Leipzig, Juniheft 1956

281

Beweist nicht die Tatsache, daß bisher die gesetzmäßig begründeten, das heißt sowohl die unvermeidlichen wie auch die vermeidbaren Diskrepanzen zwischen Form und Inhalt unseres gesellschaftlichen Lebens weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt worden sind, während wir das Wort dialektisches Denken unaufhörlich im Munde geführt haben; zeigt ein Blick auf unsere wissenschaftliche Forschung und Lehre nicht, daß wir weitgehend verlernt haben, die wirklichen dialektischen Widersprüche des Lebens zu sehen und damit in dialektischen Widersprüchen zu denken? *Wo haben wir in der Wissenschaft der letzten Jahre, ob man die Theorie der Sowjetunion oder unsere eigene Theorie betrachtet, Werke, die die wirklichen dialektischen Widersprüche des Lebens aufgespürt hätten und die nach der Methode des Widerspruchs aufgebaut sind?*

Dr. Walter Besenbruch in: „Sonntag" vom 17. Juni 1956

282

Infolge der durch mannigfache Umstände verschuldeten jahrzehntelangen dogmatischen Erstarrung ist *der dialektische Materialismus mit seinen philosophischen Verallgemeinerungen hinter der Entwicklung der modernen Naturwissenschaft stellenweise beträchtlich zurückgeblieben* . . . Hier muß sich zweifellos einiges ändern, und zwar etwas eindeutiger und weniger zaghaft, als es sich gegenwärtig anzubahnen beginnt. Sonst läuft der dialektische Materialismus Gefahr, den kritisch-revolutionären Geist, den ihm seine genialen Begründer gegeben haben, zu verlieren und aus einer lebendigen Anleitung zum wissenschaftlichen Handeln zu einem ehrwürdigen Aus-

stellungsstück in einem Museum für Geschichte der Philosophie zu werden.

Dr. Friedrich Herneck in: „Sonntag" vom 7. Oktober 1956

283

Erfolgreich werden diese Bemühungen nur sein, *wenn wir uns von den Dogmen trennen* und neuartige Fragestellungen, ausgehend von den Erfahrungen der Praxis, aufwerfen. Wir müssen heraus aus der dürren, abgegrasten Weide einer gewissen Kunstdoktrin, welche den leichtfüßigen Musen Zentnergewichte an die Beine band und dem Pegasus die Flügel stutzte.
Zum ersten ist es nicht richtig, das Wesen der Kunst auf die Erkenntnis der Wirklichkeit zu beschränken und ihr damit in jedem Falle eine bewußtseinsbildende, erzieherische Funktion abzuverlangen . . . Der zweite Fehler, dem die genannte Kunstdoktrin verfällt, ist die Vernachlässigung der Tatsache, daß der Mensch nicht nur ein Wesen der Gesellschaft, sondern auch der Natur ist! Viele seiner Probleme und Konflikte lassen sich nicht mit den politisch-gesellschaftlichen Konflikten, den Klassenkämpfen und anderen sozialen Erscheinungen erklären, gewissermaßen als deren Widerspiegelung in den einzelmenschlichen Beziehungen.

Redakteur *Gustav Just* in: „Sonntag" vom 21. Oktober 1956

284

Bei einigen Journalisten, Künstlern und Mitarbeitern in der Redaktion des „Eulenspiegel" und einiger Wochenzeitungen haben sich kleinbürgerliche Einflüsse gezeigt. Eine von der Arbeiterklasse entfremdete Lebensweise hat sich bei ihnen ideologisch ausgewirkt. Der Nihilismus dieser Personen fand seinen Ausdruck darin, daß sie alles mögliche kritisierten, *offen die Parteiführung angriffen, gegen die Bündnispolitik der Arbeiterklasse Stellung nahmen und nicht fähig waren, die Fragen des sozialistischen Aufbaus zu erkennen.* Einige der Mitarbeiter des

„Eulenspiegel" erklärten: „Solange es bei uns noch so große Mängel gibt, sind wir nicht fähig, mit Leidenschaft gegen den Kapitalismus zu kämpfen." Deshalb richteten die Betreffenden ihre Kritik hauptsächlich gegen die Arbeiter=und=Bauern=Macht in der DDR.

Walter Ulbricht auf dem 30. Plenum des ZK der SED am 30. Januar 1957

285

Bereits im Sommer des vergangenen Jahres kam es an einigen Instituten und Hochschulen zu *prinzipienlosen Diskussionen und Versuchen, die von der Geschichte bestätigten Grundsätze des Marxismus=Leninismus preiszugeben.* Seitdem ist es offenkundig, daß unter der Flagge des Kampfes gegen den Dogmatismus und der schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus und unter dem Einfluß gewisser jugoslawischer und polnischer Theorien Bestrebungen im Gange sind, eine Revision der Grundlagen des Marxismus durchzuführen, antimarxistische Ideen zu verbreiten und gegen die Politik der Partei aufzutreten.

Prof. *Kurt Hager*, Sekretär des ZK der SED, auf einer Tagung der Lehrkräfte des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums am 22. Februar 1957 in Leipzig

286

In einem Zimmer hängen an der Wand zwei Bilder von Karl Marx und Friedrich Engels — und daneben ein Dutzend Damen, Rock'n=Roll=Tänzer, Jazz=Trompeter. Am Tisch sitzen Jungen und studieren den Marxismus. Ernsthaft, interessiert, fleißig. Sie haben sich Marx' Bild an die Wand gehängt, weil sie ihn verehren. Sie haben sich Romy Schneider daneben gehängt, weil sie in irgendeiner Weise auch sie verehren. Mit „Hobby" kommt man da kaum noch zurecht. Vielmehr handelt es sich hier um so etwas wie die *Bewußtseinsspaltung bei einem Teil der studentischen Jugend unserer Republik.*

„Sonntag" vom 2. Juni 1957

287

Wenn die Zeitschrift „Bildende Kunst" ihre Aufgabe erfüllen und unserer Gegenwartskunst in der Deutschen Demokratischen Republik wirklich helfen will, dann muß sie zugleich den reaktionären Einflüssen, denen unsere Künstler ständig ausgesetzt sind, schonungslos entgegentreten, und alle *Versuche, eine ideologische Koexistenz herbeizuführen,* als solche aufdecken und sie zurückweisen.

„Einheit", Heft 7, Juli 1957, S. 836–837

288

Funk und Fernsehen haben in der Deutschen Demokratischen Republik die eindeutige Aufgabe, den Aufbau unserer jungen sozialistischen Gesellschaft zu unterstützen, an der Formung des werdenden sozialistischen Bewußtseins mitzuwirken und gegen alle Elemente bürgerlicher Ideologie anzukämpfen. Gegen eine Woge feindlicher Sendungen, die auf zahlreichen Frequenzen bei uns eindringen, haben wir der Stimme des wahrhaft patriotischen und demokratischen Deutschland Gehör zu verschaffen. Der Ätherkrieg um das Bewußtsein der Menschen im Osten und Westen unseres Vaterlandes ist nur durch Entschiedenheit und Konsequenz in der weltanschaulichen Grundhaltung unserer Funk- und Fernsehsendungen zu gewinnen. Verwaschenheit und Kompromißlertum hingegen schadet.

Prof. *Dr. Hermann Ley:* „Kultur in Funk und Fernsehen", in: „Neues Deutschland" vom 27. September 1957

289

Es ist eine Aufgabe der Parteiorganisationen in den Theatern, den Künstlern diese Einsicht in die Möglichkeiten und die Perspektiven sozialistischen Theaters zu vermitteln. *Der Schauspieler in der sozialistischen Gesellschaft muß ein leidenschaftlicher Kämpfer für das Neue in unserem Leben sein.* Sozialistische Stücke lassen sich eben

nur am überzeugendsten gestalten, wenn alle Beteiligten mit dem Herzen dabei sind. Das werktätige Publikum ist feinfühlig genug, um festzustellen, ob ihm auf der Bühne als positiver Held eine Rolle entgegentritt oder ein Mensch, der sich damit identifiziert. Es ist also Zeit, daß an den Theatern eine kämpferische Atmosphäre geschaffen wird, die sich von der Spielplangestaltung bis hin zu Fragen der Moral und Ethik des Schauspielers erstreckt. Kritik und Selbstkritik sind dafür Voraussetzung. In den Mitgliederversammlungen hat jeder das Recht, von seinem Intendanten oder dem Chefdramaturgen Antwort zu verlangen auf alle die Fragen, von denen er meint, daß sie einer Verwirklichung sozialistischer Spielpläne im Wege stehen. Man sollte aber auch sehr schnell mit allen Künstlern und den Kulturfunktionären darüber beraten, wie man am besten das fortschrittliche Publikum enger um sich scharen kann, ohne gleichzeitig den Kontakt mit den Theaterbesuchern zu verlieren, die noch in kleinbürgerlichen Vorstellungen von der Kunst befangen sind. Theater, die diesen notwendigen ideologischen Gesprächen aus dem Wege gehen, werden weder zu einer sozialistischen Spielplangestaltung gelangen noch wird man von ihnen sagen können, sie seien sozialistische Theater.

H. Knietsch: „Sozialistische Spielpläne — aber wie?", in: „Neues Deutschland" vom 27. September 1957

290

Aber es gibt eine Frage, vor deren Beantwortung alle die Skribenten kapitalistischer Zeitungskonzerne aus wohlverstandenem Klasseninteresse zurückschrecken, nämlich die Grundfrage: Warum war es gerade die Sowjetunion, der es gelang, als erste und mit einer geradezu unwahrscheinlich anmutenden Unfehlbarkeit in den Weltenraum vorzustoßen?

Die Frage ist wahrlich keine müßige Frage; denn die einfachsten Regeln der Logik besagen, *daß derjenige, der solche Großtaten zu vollbringen imstande ist, an der Spitze der Menschheit stehen muß*, an der Spitze der Wissenschaft, der Kultur, der Technik.

„Neues Deutschland" vom 9. Oktober 1957

291

Man bedarf keiner großen Phantasie, um sich die Kriegstiraden auszudenken, mit denen amerikanische Politiker den erfolgreichen Start eines eigenen Weltsatelliten begleitet hätten. Aber ebenso selbstverständlich war es, daß die Sowjetunion im Augenblick ihres größten wissenschaftlich-technischen Triumphes die Grundsätze ihrer Friedenspolitik hervorhob und den Völkern den Weg zur friedlichen Koexistenz und tatsächlichen Abrüstung wies.

„Neues Deutschland" vom 13. Oktober 1957

292

Doch wissen die Völker längst, daß es in erster Linie die Atomwaffen, strategische wie taktische, Uran- oder Wasserstoffbomben sind, die in Händen gewissenloser Machtpolitiker eine Bedrohung des Friedens darstellen. Hier, an diesem Punkte muß notwendigerweise mit der Abrüstung begonnen werden. Der in stolzer Höhe über Kontinente und Meere seine Bahn ziehende *Sputnik* stärkt die Menschheit in der Gewißheit, daß die Kräfte des Friedens stärker sind als die des Krieges und daß die Sache der Abrüstung über Rüstungs- und Kriegsinteressen siegen wird.

„Neues Deutschland" vom 13. Oktober 1957

293

Unser besonderer Beitrag im Streben nach der deutschen Einheit wird in der *Entwicklung einer sozialistischen deutschen Nationalliteratur* bestehen. Zu ihr hat sich der IV. Deutsche Schriftstellerkongreß bekannt. Dies Bekenntnis ist uns auch heute Verpflichtung in unserem Schaffen. Nicht immer wurde ihr entsprochen. Einige wesentliche Beiträge dazu wurden in den letzten Jahren geschaffen. Aber die weite Perspektive sozialistischer Anschauungen und deren Aufgeschlossenheit wurde oft mit grundsatzloser Anbeterei der bürgerlichen „Moderne" verwechselt. Häufig fehlte es andererseits an entschiedenem Eintreten für das gute Neue, für jüngere und

ältere Werke des sozialistischen Realismus. Eine solche summarische Übersicht bliebe unvollständig, wenn wir nicht zur Kenntnis nehmen, daß zahlreiche unserer Schriftsteller gegenwärtig mit großen Unternehmungen der Darstellung zeitgenössischer Themen beschäftigt sind . . .
Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, der Kampf ihrer Regierung für Frieden und Sicherheit sind Lebensaufgabe eines jeden einzelnen von uns.

„Sozialismus — Lebensaufgabe für uns", Stellungnahme des Vorstandes des Schriftstellerverbandes zum 32. Plenum des ZK der SED, in: „Sonntag" vom 6. Oktober 1957

294

Unser Genosse Walter Ulbricht hat in einem Artikel über das geistige Leben Gedanken niedergelegt, die wir nicht nur verstandesgemäß, sondern auch mit dem Herzen in uns aufnehmen sollten. *In der DDR sind einzig und allein die Voraussetzungen geschaffen, ein geistiges Leben zu führen, eine schöpferische Atmosphäre zu entwickeln.* Einzig und allein in der DDR ist in der Geschichte Deutschlands dem Künstler die größtmögliche Freiheit verliehen, denn er hat die Freiheit, in einem Staate zu leben, der identisch ist mit dem geschichtlichen, mit dem Lebensinteresse des ganzen deutschen Volkes. Sich in Übereinstimmung zu bringen mit diesen Lebensinteressen des gesamten deutschen Volkes, wie sie in dem Staatswesen der Deutschen Demokratischen Republik verkörpert sind, das ist Freiheit, das ist einzig und allein künstlerische Freiheit, wahre Menschenfreiheit. Die Parteilichkeit, der Marxismus-Leninismus als die fortschrittlichste Weltanschauung sind es, die unser Denken und Handeln in volle Freiheit setzen. Wer als Künstler die „kleinen Freiheiten" oder besser gesagt, die jämmerlichen Freiheitchen, wie sie der Westen auf Abzahlung bietet, der unendlichen Menschenfreiheit, wie sie bei uns ersteht, vorzieht, der hat sich bereits tief im Dschungel des Dekadenten verfangen und sollte sich eindringlich vorstellen, daß nur ein fester Standpunkt auf der richti=

gen Seite, nämlich auf der unsrigen, Standhaftigkeit und Stehvermögen verleihen, wie sie zur Hervorbringung von Kunstwerken unerläßlich sind. Hier in der DDR bildet sich eine echte Elite heraus, die aus den Besten jedes Berufs und vor allem aus den „Helden der Arbeit", den Besten der Arbeiterklasse besteht.

Johannes R. Becher: „Weil das Licht heller wurde", in: „Neues Deutschland" vom 19. Oktober 1957

295

Sowohl Goethe als auch Gorki haben von dem Menschen als einem Kollektivwesen gesprochen, von einem Wesen, in dem die Erfahrungen aller vorhergegangenen Geschlechter und aller gegenwärtigen Bemühungen versammelt sind und der auf diese Weise gleichsam unsterblich ist. *Goethe und Gorki: beide waren es, die den Menschen als solch ein Kollektivwesen bezeichneten.*

Johannes R. Becher: „Weil das Licht heller wurde", in: „Neues Deutschland" vom 19. Oktober 1957

296

Es kann keine Rede davon sein, sämtliche Kräfte schöpferisch zu vereinigen ohne die Führung der Partei. Wer solcherlei Ansicht ist, würde sich über kurz oder lang überzeugen müssen, daß die verschiedenartigen Kräfte auf kulturpolitischem Gebiet sich nicht vereinigen, sondern auseinanderstreben und auf diese Weise den feindlichen Tendenzen jede Art von Einwirkungsmöglichkeit bieten. *Es wäre der Zerfall unserer Kultur, wenn wir auf die vereinigende, anleitende Rolle unserer Partei verzichten würden.*

Johannes R. Becher: „Weil das Licht heller wurde", in: „Neues Deutschland" vom 19. Oktober 1957

297

Vielfach wird diese Forderung nach Parteilichkeit im künstlerischen Schaffen und in der Vermittlung von Kunst und Literatur als eine unzulässige Einmischung der

Partei der Arbeiterklasse und der Staatsorgane angesehen. Bei einer Aussprache wurde erklärt, unsere Künstler oder Schriftsteller hätten es nicht nötig, sich mit Ammenmilch säugen zu lassen. Aber man kann die Rolle des Arbeiter-und-Bauern-Staates und seiner Organe doch nicht darauf beschränken, daß zur Förderung von Kunst und Literatur Mittel zur Verfügung gestellt werden ohne Rücksicht auf den Ideengehalt und künstlerisch-literarischen Wert der Werke. Man kann auch der Partei der Arbeiterklasse nicht zumuten, sich nur mit der Lösung der ökonomischen und politischen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu befassen, aber auf ideologischem Gebiet eine Art Niemandsland zu errichten. *Die Notwendigkeit der Anleitung von Kunst und Literatur durch Partei und Staatsorgane ergibt sich aus ihrer führenden Rolle und ihrer Verantwortung* bei der Wahrung der grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und der Verwirklichung des sozialistischen Aufbaus. Aus diesem Zusammenwirken wird der Schriftsteller und Künstler nur Nutzen ziehen. *Für uns sind Kunst und Literatur Waffen für den Sozialismus, wesentliche Mittel zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und der schöpferischen Initiative der Volksmassen.*

Prof. *Kurt Hager:* „Kunst ist Waffe für den Sozialismus", in: „Sonntag" vom 20. Oktober 1957

298

In den Aussprachen herrschte aber auch Übereinstimmung darüber, daß in der Deutschen Demokratischen Republik kein Widerspruch zwischen den Zielen der Arbeiter-und-Bauern-Macht und den Interessen der Geistesschaffenden besteht. Die Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht dient der Erhaltung des Friedens, der Befriedigung der materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse der Werktätigen und dem Kampf um ein friedliebendes, demokratisches Deutschland, in dem das werktätige Volk entscheidet. Jede wahre Wissenschaft und Kunst wird sich mit diesen Bestrebungen identifizieren und ihnen dienen wollen. Dort, wo der Versuch unternommen wird, die Geistesschaffenden in Gegensatz zur Arbeiter-und-Bauern-Macht zu bringen, führt dies — wie die konter-

revolutionäre Tätigkeit der Gruppe Harich und der erbärmliche Verrat des Dr. Kantorowicz beweisen — unweigerlich in das Lager der Feinde des Friedens und des Sozialismus. Dort, wo die Zweideutigkeit, die Philosophie des Einerseits=Andererseits, die Suche nach einem (illusionären) „dritten Weg" anzutreffen ist — wie etwa bei Prof. Ernst Bloch und Prof. Hans Mayer —, werden die Gegner ansetzen, um die Intelligenz in Gegensatz zum Staat der Arbeiter und Bauern und zur Partei der Arbeiterklasse zu bringen. Um diesen Gefahren entgegenzuwirken und zu vermeiden, daß sich die Intelligenz auf einen Irrweg begibt, ist es notwendig, *allen jenen entgegenzutreten, die die grundlegende Übereinstimmung der Interessen der Geistesschaffenden mit den Bestrebungen der Arbeiter=und=Bauern=Macht in Frage stellen möchten.*

Prof. *Kurt Hager:* „Kunst ist Waffe für den Sozialismus", in: „Sonntag" vom 20. Oktober 1957

299

Unsere Kulturpraxis ist also nicht auf der Höhe dessen, was wir in Wirtschaft und Politik bereits erreicht haben. Um es mit einem Wort zu sagen: In der Woche des Buches war nicht der Geist zu spüren, der uns alle am Roten Sonntag, dem Tage des Geldumtauschs, unser „Wir", das Gemeinsame des neuen Lebens und seine starken inneren Kräfte und Möglichkeiten hat empfinden lassen . . . Angesprochen werden die zahlreichen Kulturfunktionäre und alle Parteimitglieder, die als Fachleute in den Verlagen, den Redaktionen, im Apparat des Rundfunks, der Filmproduktion usw. sitzen, kurz, alle unsere Genossen, die die Hebel der Kulturvermittlung in der Hand haben, die unser Kulturleben auf seinen verschiedenen Stufen organisieren und lenken. Wir alle, ja sie selber wissen, wie sehr es gerade ihnen für ihre Tätigkeit an jenem „nur" von Zivilisation und Bildung fehlt, von dem Lenin spricht.

Alfred Kurella: „Für eine sozialistische Kultur", in: „Neues Deutschland" vom 23. Oktober 1957

300

Es ging nicht um die Kunst allein und schlechthin. Es ging um den weiteren Vormarsch des Sozialismus, um die Kräfte, die ihn vorantragen — die Arbeiterklasse, ihre Partei, ihren Staat —, um die Widerspiegelung der neuen Wirklichkeit durch die Kunst, um die aktive Hilfe der Kunst bei der Geburt der neuen Gesellschaft, um das Verhältnis der Genossen, die Kunst schaffen, Kunst verbreiten, Kulturarbeit leisten, zur Partei und zur Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Dr. Günter Kertzscher: „Ergebnisse der Kulturkonferenz", in: „Neues Deutschland" vom 27. Oktober 1957

301

Auf Initiative und mit Unterstützung unserer Partei ist an unseren Universitäten und Hochschulen in diesem Jahr das *10-Monate-Studienjahr* eingeführt worden, womit an die Stelle des planlosen und willkürlichen Studierens, das notwendig mit Irrwegen und Zeitverlust verbunden war, ein zielbewußtes, organisiertes Studium getreten ist.
In der Entschließung der 7. Tagung des Zentralkomitees „Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei" wird hierzu festgestellt: „An den Hochschulen und Universitäten besteht die Hauptaufgabe jetzt darin, die ordnungsgemäße Durchführung des Studiums zu gewährleisten, die Studienpläne weiter zu verbessern und eine systematische ideologische Kontrolle des Studiums, insbesondere der Gesellschaftswissenschaften durchzuführen." („Einheit", Heft 19/51, S. 1515.)

Gerhard Harig: „Der weitere Ausbau unseres Hochschulwesens", in: „Einheit", 20/1951, S. 1576

302

Es kann keine allgemeine Ökonomie der Landwirtschaft geben. Für die Bedingungen in Deutschland müssen wir in Rechnung setzen, daß es in Deutschland einen Teil gibt — die Deutsche Demokratische Republik — in der der Sozialismus aufgebaut wird, und einen anderen Teil

– die westdeutsche Bundesrepublik – wo Monopolisten und Großgrundbesitzer herrschen.

Für die Lehre an den Universitäten ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der Ausgangspunkt für das Landwirtschaftsstudium neben den naturwissenschaftlichen Grundlagen die *Kenntnis der ökonomischen Gesetze des Sozialismus* und speziell der sozialistischen Ökonomik und Organisation der Landwirtschaft sein müßte. *Das ist unabhängig davon, wie lange Einzelbauernwirtschaften bestehen.*

Die Studenten müssen neben den Kenntnissen, die ihre Grundlage in den Naturwissenschaften haben, beherrschen, wie die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus in der Landwirtschaft ausgenutzt werden.

Aus einem Schreiben *Ulbrichts* an den Dekan der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Karl-Marx-Universität, Prof. *Dr. Mühle*, Leipzig, in: „Junge Welt" vom 20. Juni 1956

303

Die Lauen werden nicht alle. Es gibt sie nicht nur in den Gebäuden der Musikhochschule. Sie sind „Meister" der Fuge, berauschen sich an Goethe – ohne ihn zu verstehen, kennen Rilke aus dem Effeff, nehmen dankbar, wenn auch mit der ihnen eigenen Selbstverständlichkeit, das ausreichende Stipendium, das ihnen unser Staat für die Studienzeit gewährt –, aber ansonsten sind sie lau, bequem, lebensfremd, betrachten beispielsweise die Ausbildung in der Gesellschaft für Sport und Technik als amüsantes Schützenfest und belieben von Zeit zu Zeit, zwei Sprachen zu sprechen. Von der großen Verpflichtung, die sie mit ihrem Studium auf sich genommen haben, reden sie lieber nicht – noch weniger wollen sie etwas davon wissen.

Was soll man mit ihnen machen?

„Leipziger Volkszeitung" (SED) vom 21. Juni 1956 über das zehnjährige Bestehen der Hochschule für Musik in Leipzig

304

Es ist notwendig, vor allem in den Parteiorganisationen an den Hochschulen und Universitäten und *mit allen Studenten und Hochschülern die Fragen der Rolle der Partei durchzuarbeiten.* Da es in vielen Parteileitungen der Universitäten und Hochschulen Schwankungen gibt, muß der ideologisch-politischen Arbeit mit diesen Parteileitungen sowie der Schulung der Parteiaktivs an den Universitäten und Hochschulen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die FDJ-Organisation an den Universitäten und Hochschulen hat sich nur am Rande an der Diskussion beteiligt. Das ist eine unnormale Lage.

„Neues Deutschland" vom 21. Juni 1956

305

Ich erinnere an den Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die studentische Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Darin wurde begründet, warum *das Ziel des Studiums die Erziehung zur Liebe für die Arbeiter-und-Bauern-Macht und zur Erwerbung solcher fachlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Kenntisse sei, die es dem Studenten ermöglichen, am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft mitzuwirken.* Wir müssen uns also auseinandersetzen mit der Meinung einiger Studenten, die geäußert haben „mir ist gleich, ob ich im kapitalistischen oder im volkseigenen Betrieb arbeite". Einige andere haben geäußert, daß es ihnen gleichgültig sei, ob sie in einem kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieb oder in einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft tätig sind. Unter den Medizinstudenten gibt es einige, die eine Privatpraxis ersehnen und nur an ihr Einkommen denken, aber noch nicht verstehen, was Herr Prof. Dr. Dr. Brugsch treffend sagte, daß sie nicht studieren, um nur einzelne Krankheiten zu behandeln, sondern den Menschen. Sie sollen künftig für die Erhaltung der Gesundheit des Volkes arbeiten. Dazu wurden die Polikliniken in den Industriezentren und Dörfern sowie viele andere Institutionen geschaffen.

Walter Ulbricht: „Vom geistigen Leben in unserer Zeit"(II), Kapitel „Probleme der sozialistischen Erziehung", in: „Neues Deutschland" vom 7. Juli 1957

306

Natürlich bietet das Landleben nicht den Komfort der Großstadt. Aber wer sollte das Leben auf dem Lande verändern helfen, wenn nicht der junge Student, der — mit gutem fachlichem Wissen ausgerüstet — die Universität verläßt? Wenn bei vielen Germanisten nicht das Bedürfnis besteht, die Kultur in das Dorf zu tragen, wenn nicht das Berufsethos ihm sagt, daß er seine Kräfte an den schwierigsten Abschnitten der *sozialistischen Umgestaltung des Landes* einsetzen muß, dann ist in der Erziehung und in der Ausbildung bei den Germanisten etwas nicht in Ordnung.

Gespräch mit dem Staatssekretariat für Hochschulwesen, in: „Forum", Organ des Zentralrates der FDJ für die deutschen Studenten, Ost-Berlin, 1. Juli 1957

307

Unsere *Hochschulen dienen der Ausbildung von marxistisch-leninistisch geschulten Wissenschaftlern für den sozialistischen Staat.* Das paßt den NATO-Politikern aus Bonn und Washington gar nicht. Sie fürchten diese Entwicklung, denn sie haben Angst vor dem Marxismus-Leninismus, der zur materiellen Gewalt wird, wenn er die Massen ergreift. Unsere akademische Jugend — Zehntausende verlassen jährlich die Universitäten und Hochschulen der DDR — wird im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus erzogen. Sie ist berufen, diese Ideen ins Leben hineinzutragen. Das aber heißt, unseren sozialistischen Aufbau beschleunigen, die Arbeiter-und-Bauern-Macht stärken . . .
Als im vergangenen Herbst die Partei der Arbeiterklasse und die Regierung mit Unterstützung der Kampfgruppen der Arbeiter so rasch und entschieden jegliche Provokationsversuche an einigen Universitäten zurückwiesen, gab es noch manches Unverständnis dafür. Unser Arbeiter-und-Bauern-Staat duldet im Interesse der Sicherung des Friedens und des Sieges des Sozialismus in ganz Deutschland — und damit im Interesse unserer Wissenschaftler und Studenten — jedoch keinen Angriff auf unsere Hochschulen. . .

Den Erziehern unserer akademischen Jugend, unserer Jugend überhaupt, stellt die Entwicklung in den beiden deutschen Staaten die moralische Verpflichtung, die sozialistische Erziehung zu ihrer Herzenssache zu machen. *Unsere Hochschulen sind Stätten der sozialistischen Bildung, an denen die Studenten zu fester Verbundenheit mit ihrem Staat der Arbeiter und Bauern erzogen werden.* Unsere Gesellschaft fordert eine fachlich hervorragend gebildete Intelligenz, die weiß, daß sie ihre Kenntnisse dem Volk verdankt und die erfüllt ist von dem edlen Streben, ihrem Volk zu dienen, sein Leben besser zu gestalten, ihm den Frieden sichern zu helfen. Nur wer sich auf den Frieden und die sozialistische Entwicklung orientiert, trägt zur Lösung der Lebensfragen unseres Volkes bei, und nur wer Studenten in diesem Geiste erzieht, wird der hohen Verpflichtung des Wissenschaftlers gerecht, die da heißt, Diener des menschlichen Fortschritts, des Humanismus zu sein.

„Studentische Entscheidung für den Sozialismus", anläßlich der internationalen Pressekonferenz an der Berliner Humboldt-Universität im Mai 1957, in: „Neues Deutschland" vom 18. Mai 1957

308

Die Philosophischen Fakultäten sind neben den Juristischen und den Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten vor allem dazu berufen, das Neue, das sozialistische Denken, zu fördern. Durch die Hinwendung zum Sozialismus müssen sie zum Träger der sozialistischen Gesellschaftswissenschaft werden. *Von ihr ausgehend, müssen die sozialistischen Ideen zu den herrschenden an der ganzen Universität werden.* Hierin besteht besonders die große Perspektive der Philosophischen Fakultäten . . .
In den Parteiorganisationen der Philosophischen Fakultäten muß es klar werden, *daß über den Weg der friedlichen ideologischen Koexistenz niemals sozialistische Philosophische Fakultäten geboren werden können.* Nur über den Kampf der Meinungen, über die wissenschaftliche Auseinandersetzung ist es möglich, mit allen parteilosen Angehörigen der Fakultät, die guten Willens sind, die Neuorientierung der Philosophischen Fakultäten zu

vollziehen . . . Nur die Partei kann durch die Auseinandersetzung in den eigenen Reihen, durch die Schaffung einer kritischen und kämpferischen Atmosphäre, die Voraussetzung für das aktive und geschlossene Handeln aller Marxisten an der Fakultät schaffen.

Möhwald/Mäder: „Gegen ideologische Koexistenz an den Philosophischen Fakultäten", zur 3. Hochschulkonferenz der SED, in: „Forum", Organ des Zentralrats der FDJ, Zeitung der Studenten und der jungen Intelligenz, Nr. 6 vom 6. Februar 1958, S. 3

309

Die Universitäten und Hochschulen sind in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat dazu berufen, die neue Gesellschaftsordnung entscheidend mitzugestalten . . .
Als Stätten der Wissenschaft haben die Universitäten und Hochschulen die Aufgabe, eine neue Intelligenz auszubilden, welche fähig ist, unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu helfen, die Probleme des sozialistischen Aufbaues zu lösen.
Um die gestellte hohe Aufgabe lösen zu können, ist nach Ansicht des Akademischen Senats der Ernst-Moritz-Arndt-Universität folgendes unerläßlich: Lehre und Forschung müssen sich in allen Disziplinen auf dem höchsten Stand der Wissenschaften befinden.
Die Entwicklung einer sozialistischen Universität setzt voraus, daß der Marxismus in ihrem Bereich zur bestimmenden Ideologie wird. Dazu gehört, daß die Erkenntnisse des dialektischen Materialismus in den einzelnen Disziplinen Eingang finden und immer mehr zur philosophisch-weltanschaulichen Grundlage von Lehre und Forschung werden. . .
Die Aufgabe des Hochschullehrers besteht nicht nur darin, den Studenten ein gründliches Fachwissen zu vermitteln und sie zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit zu befähigen. Er muß sie darüber hinaus im Geiste der marxistischen Weltanschauung erziehen, um es ihnen zu ermöglichen, später alle Probleme des sozialistischen Aufbaus in verantwortungsvollen Positionen zu meistern . . .
Es gilt deshalb, die Universitäten eng mit den Betrieben zu verbinden und die Studenten schon während ihres Stu-

diums am sozialistischen Aufbau in Industrie und Land=wirtschaft teilnehmen zu lassen.
Um in diesem Sinne zu wirken, bedarf es der *führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse an der Universität.* Und nur durch ständige Zusammenarbeit zwischen der SED, dem Lehrkörper und der FDJ wird es möglich sein, unsere Ernst=Moritz=Arndt=Universität zu einer sozialisti=schen Universität zu entwickeln.

> Prof. *Dr. Borries:* „Aus der Grundsatzerklärung des Senats der Universität Greifswald", vorgetragen auf der 3. Hochschulkonferenz der SED, in: „Neues Deutsch=land" vom 4. März 1958

310

Ich frage den Genossen Havemann: Wie unterstützt du diesen Kampf gegen die Versuche dieser eklektischen Vereinigung des Neopositivismus mit dem Materialis=mus? Du hemmst in diesem Kampf, den wir durchführen müssen, bei den Chemikern. Und du hemmst den Kampf um das gesellschaftliche Grundstudium. Darum handelt es sich.
Ich glaube, hinter diesen persönlichen oder hinter diesen hier von dir persönlich dargelegten Meinungsver=schiedenheiten steckten grundlegende Meinungsverschie=denheiten mit der Partei. Und sie haben sich in der gan=zen vergangenen Arbeit gezeigt. Als die Partei den Kampf gegen die Aufweichungstendenzen mit aller Kraft führte, da hast du gesagt, daß wir abbremsen müßten, wir müß=ten versuchen, alle Versuche des Gegners, uns eine Dis=kussion aufzuzwingen, abzubremsen. Und einige gab es, die wollten, man sollte ein Ventil öffnen. Als der Genosse Schirdewan sagte, man müsse ein Ventil öffnen, da stan=dest du auch bei denjenigen, die sagten, man muß dis=kutieren. *Aber in diesem Moment konnten wir nicht dis=kutieren, sondern wir mußten den Gegner in die Fresse schlagen!* (Lebhafter Beifall.)
Ich glaube, aus den Worten des Genossen Havemann bei seinem Auftreten klingt eine große Überheblichkeit (Zu=stimmungsäußerungen und Beifall im Saal), ein großer bürgerlicher Individualismus (lebhafter Beifall.) Wenn man so handelt, dann ist man mit der Partei nicht ein=

verstanden; denn die Partei verlangt Ergebenheit und Unterordnung unter die Partei. Ein bürgerlicher Intellektueller, der zu glänzen versucht, der versucht, allein dazustehen auf dem Podium, um sich die Gloriole des glänzenden Redners zu verschaffen, ist das Gegenteil von dem Intellektuellen der Arbeiterklasse, der mit der Arbeiterklasse Hand in Hand geht und der sich der Arbeiterklasse fügt.

Prof. *Robert Naumann*, Berlin: „Hand in Hand mit der Arbeiterklasse", vorgetragen auf der 3. Hochschulkonferenz der SED, in: „Neues Deutschland" vom 4. März 1958

311

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß es eine solche Tendenz gibt, daß eine ganze Reihe mittlerer wissenschaftlicher Kader (damit meinen wir Assistenten und Aspiranten und auch junge Doktoren) ihr ganzes Sinnen und Trachten darauf richten, noch höhere wissenschaftliche Grade zu erreichen, nur gut zu leben, zu Hause einen Fernsehapparat zu besitzen oder sogar ein Auto zu haben, aber nicht bereit sind, genügend für die Sache des Sozialismus in der täglichen politischen und wissenschaftlichen Arbeit zu tun. *Diese Genossen verwechseln Perspektive mit Karriere.* Das trifft z. B. zu für die Genossen Assistenten der Pädagogischen Hochschule Potsdam. In den Wahlversammlungen der Freien Deutschen Jugend haben an dieser Pädagogischen Hochschule die jungen Genossen und die Mitglieder der FDJ sehr stark die Frage diskutiert, daß kein Student in den Ferien nach dem Westen fährt, und sie haben gute Erfolge erzielt. In dieser Auseinandersetzung war typisch, daß die Genossen, vor allen Dingen die Genossen Aspiranten, Assistenten u. a., diese Diskussion nicht unterstützt, sondern geschwiegen haben. *So etwas darf und wird die Partei in Zukunft an keiner Stelle mehr dulden!*

Karl Namokel, 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ: „Dreimal ‚Ja' zu den Vorschlägen der Partei", Diskussionsbeitrag auf der Hochschulkonferenz, in: „Forum", Nr. 11 vom 13. März 1958

312

Wir lassen uns nun nach der langen Zeit, die wir diesen Zustand (Gemeint ist der Zustand, daß sich der Marxismus-Leninismus noch nicht durchgesetzt hatte. Anm.) duldeten, nicht mehr davon abbringen, den Marxismus-Leninismus in der Agrarökonomie an unserer Fakultät durchzusetzen. Natürlich bemühen wir uns, die Diskussion sachlich zu führen. *Die Härte der Auseinandersetzung,* über die es häufig Klagen gibt, hängt natürlich nicht nur von uns ab, sondern *hängt nicht zuletzt auch vom Auftreten unserer Diskussionpartner ab und von der Hartnäckigkeit, mit der sie auf ihren alten Positionen bestehen bleiben.* In unserem Falle handelt es sich um bürgerliche und kleinbürgerliche Anschauungen, die aus der kapitalistischen Vergangenheit nachwirken oder aus dem Westen herüberwirken, und wir müssen deshalb beschleunigt die sozialistische Umgestaltung unserer Fakultät durchführen. Dazu gehört natürlich, daß die Vertreter der Betriebs- und Arbeitslehre auch zu konsequenten Verfechtern der Agrarpolitik der DDR werden und nicht, wie das zur Zeit noch der Fall ist, durch Schilderung noch vorhandener Mängel beim sozialistischen Aufbau auf dem Lande und auch sonst bei den Studenten den Eindruck erwecken, als sei unsere Agrarpolitik eine Kette von Fehlern.

> *Annemarie Podrabski,* Halle: „Das Ziel unseres Meinungsstreits“, Diskussionsbeitrag auf der Hochschulkonferenz, in „Forum“, Nr. 12 vom 20. März 1958, S. 5

313

Ein weiterer Punkt, den ich für sehr wichtig halte, ist, *daß ein Teil der Dozentenschaft die bürgerliche Ideologie bewußt oder unbewußt unterstützt.*

Ich möchte dafür einige Beispiele bringen. So werden z. B. technische Errungenschaften kapitalistischer Länder als leuchtende Vorbilder hingestellt, obwohl man die gleichen Beispiele in der Sowjetunion oder anderen sozialistischen Ländern finden kann.

Als die ersten Sputniks abgeschossen wurden, wurde an unserer Technischen Hochschule in Fachvorlesungen kein

Wort darüber verloren. Ein anderes Beispiel: In einer Gastvorlesungsreihe über Maschinenelemente wurde über die Drehfederung gesprochen. Da wurde der Volkswagen als die ideale Anwendung hingestellt. Und in gleichem Atemzuge wurde gesagt: Und dagegen der P 70?
Auch von anderen, auch von Genossen Professoren, wird den Studenten gesagt: „Schaut euch das Volkswagenwerk an! Schaut euch die technischen Vervollkommnungen an! Das muß ein zukünftiger Ingenieur gesehen haben!" *Aber diese Professoren vergessen dabei, daß sie uns dadurch den Kampf gegen die Argumente für Westreisen der Studenten sehr erschweren.* Bei uns wird von vielen Professoren, Dozenten und Assistenten die Ansicht vertreten, offen und versteckt: Das Gesellschaftswissenschaftliche Institut — na ja, das sind so Gammel-Institute . . . Die Folge ist, daß man durch solche Meinungen das Studium dieser Wissenschaften zu leicht nimmt, und man sagt: Wir werden schon durchkommen, und wenn die Professoren diese Meinung haben, dann werden sie doch im Examen nicht so sein, daß wir dann durchfallen. — Das Ergebnis ist, daß im 6. Semester 35 Studenten eine Fünf gebaut haben, darunter drei Genossen.

Student *Dietze*, Chemnitz (Karl-Marx-Stadt): „Einheitlich erziehen!", Diskussionsbeitrag auf der Hochschulkonferenz, in: „Forum", Nr. 13 vom 27. März 1958, S. 4

XI

Religion und Kirche

(314—333)

314

Gott — ein erfundenes mythisches Wesen. *Die wissenschaftliche materialistische Weltperspektive ist mit dem Glauben an Gott unvereinbar,* sie entstand und entwickelte sich in einem heftigen ständigen Kampf mit der Religion.

„Große Sowjet-Enzyklopädie", 2. Aufl., Bd. 5, S. 336—337

315

Mit dem 7. November 1917 ist das Zeitalter des mythischen Glaubens endgültig und unwiderruflich in den Orkus der Vergangenheit gestoßen worden. Die Epoche der Herrschaft des Wissens und der Wissenschaft hat begonnen, denn auch in der Evolution der geistigen Lebensformen der Gesellschaft gibt es kein Mittelding zwischen Herrschen und Dienen, *gibt es keine friedliche Koexistenz zwischen Glauben und Wissen.*

Dr. Wilhelm Girnus, Staatssekretär für Hochschulwesen, in einer Rede in Jena am 28. Oktober 1957, nach: „Volkswacht", Gera, Nr. 252

316

In der Klassengesellschaft ist die Religion eine Waffe zur Unterdrückung der Werktätigen, zur Unterstützung der Herrschaft der Ausbeuterklassen . . . *Die Religion steht im Gegensatz zur Wissenschaft und verhindert, die wissenschaftlichen Gesetze in der Entwicklung von Natur*

und Gesellschaft zu erkennen. Die Phantasterei religiöser Gedankengänge tritt im selben Maße zutage, in dem die Menschen ihre Herrschaft über die Naturmächte aufrichten. Die Liquidierung der Ausbeuterklasse, der bürgerlichen Gesellschaft und die Schaffung der sozialistischen Ordnung vernichten die materielle Grundlage für religiöse Glaubensüberzeugungen.

„Sowjetisches Fremdwörterbuch", Moskau 1949

317

Um die Imperialisten und Militaristen schlagen zu können, muß man sie hassen.

„Neuer Weg", Organ des ZK der SED, Nr. 18/1957

318

Ohne Anhänger des dialektischen Materialismus zu sein, muß der Christ die Grundlage der vom Marxismus-Leninismus gegebenen ökonomischen Analyse als richtig anerkennen.

Aus den „22 Thesen des Christlichen Realismus", verkündet auf der Arbeitstagung der Sowjetzonen-CDU in Meißen vom 19. bis 21. Oktober 1951, zitiert nach: „upd", Nr. 22 vom 31. Oktober 1951

319

Gegenwärtig sind in der UdSSR infolge des Sieges des Sozialismus und der Liquidierung der Ausbeuterklasse die sozialen Wurzeln der Religion untergraben und die Grundlagen vernichtet, auf welche sich die Kirche stützte . . .
Darum muß der Kampf gegen die religiösen Vorurteile jetzt als ideologischer Kampf der wissenschaftlichen, materialistischen Weltanschauung gegen die unwissenschaftliche, religiöse Weltanschauung angesehen werden.

N. S. Chruschtschow in einem Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU vom 10. November 1954, in: „Prawda", Moskau, 11. November 1954

320

Die religiöse Weltanschauung hindert den Fortschritt, weil sie die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung in Natur und Gesellschaft verneint, die kapitalistische Ausbeutung als ewig und gottgegeben darstellt und die schöpferische Rolle der Volksmassen negiert.

Walter Ulbricht auf der 25. Tagung des ZK der SED, in: „Neues Deutschland" vom 1. November 1955

321

Aber im Kampf, der gegenwärtig von einigen Kanzeln gegen uns geführt wird, geht es dessen Drahtziehern gar nicht um religiöse Gefühle oder allein um weltanschauliche Auseinandersetzungen. Unter dem Schutz des Priesterrockes führen sie *den politischen Klassenkampf der konterrevolutionären Kräfte,* die gegenwärtig in Westdeutschland an der Macht sind.

„Leipziger Volkszeitung" (SED) vom 29. Dezember 1955

322 a

Du sagst, es beunruhige nicht nur Dich, sondern auch andere christliche Deutsche in Eurem Teile unseres Vaterlandes, daß hier bei uns der Staat „das kirchliche Leben so erschwere". Ob ich nicht, so fragst Du, von mir aus etwas dazu tun könne, daß das aufhöre. Darauf kann ich Dir nur antworten, daß Du falsch berichtet bist. Wir wissen doch seit Jahren, daß die bewußt falsche „Berichterstattung", die Irreführung der Menschen, zu den schweren Waffen der amerikanischen „kalten" Kriegsführung gehört. Eure Zeitungen — mit wenigen Ausnahmen — verbreiten auf Adenauers Geheiß pausenlos die gleichen Lügen. Die Wahrheit ist, *daß unser Staat nicht nur keinen „Kirchenkampf" führt, sondern auch nicht das geringste Interesse daran hat.*

. . . . .

Johannes Dieckmann in einem Brief an einen „westdeutschen Freund", in: „Die Welt", Hamburg, vom 25. Februar 1956

322 b

Wenn jemand einen Streit sucht, wird man — wie es im Deliktfall der Richter tut — zuerst immer nach den Gründen suchen, die ihn dazu führen. Ich stellte schon fest, daß es für unseren Staat solche Gründe nicht gibt und ebensowenig für die weitaus meisten Angehörigen unserer Kirche. Anders jedoch, was die meisten Kirchenleitungen angeht. Dort sieht man sehr wohl, daß die enge Kooperation führender westdeutscher evangelischer Bischöfe mit Adenauer und seinem Helferkreis und ihre zum Teil sehr aktive Beteiligung an der seit Jahren gegen unseren Sozialstaat betriebenen Hetze immer mehr Angehörige der evangelischen Religionsgemeinschaften von ihrer Kirche entfernt hat, weil sie nicht verstehen, *wieso sich die Kirche mit dem ihrem innersten Wesen fremden kapitalistischen deutschen Staat so gut und mit dem mit ihrem Wesen viel eher zu vereinbarenden sozialistischen deutschen Staat so schlecht steht* (und ebensowenig Verständnis haben sie für einen auf amerikanische Anregung beim Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche um Audienz und um päpstliche „Hilfe" gegen die DDR nachsuchenden Bischof Dibelius).

Johannes Dieckmann in einem Brief an einen „westdeutschen Freund", in: „Die Welt", Hamburg, vom 25. Februar 1956

323 a

In der Vergangenheit bedeutete die Existenz der Theologischen Fakultäten immer auch eine Indienstnahme durch die herrschende Gesellschaftsklasse. Erstmalig unser Staat hat die *Forschung und Lehre der Theologie in die Freiheit entlassen,* während er die Unterhaltung der Theologischen Fakultäten und die großzügige Förderung der Studierenden weiter auf sich nimmt. Über 90% aller Theologiestudierenden erhalten in Leipzig ein Stipendium von 130 bis 260 Mark pro Monat, dazu Erlaß der Studiengebühren und der Sozialversicherungsbeiträge.

„Ein Aspirant der Theologie schreibt uns: Schule lutherischer Orthodoxie", in: „Neue Zeit" (Sowjetzonen-CDU) vom 28. April 1956

323 b

Die Nichteinmischung des Staates in die inneren Angelegenheiten von Religion und Theologie sollte nicht dazu ausgenutzt werden, sich den moralischen, sittlichen und kirchlichen Notwendigkeiten zu entziehen, die von der Sache und vom Auftrag her eine Einfügung des Theologen in das gesellschaftliche Leben von heute erfordern, selbst wenn diese nicht erzwungen oder zur Voraussetzung staatlicher Unterstützung gemacht wird. Abgesehen von allem anderen ist es auch kein Zeichen eines guten Charakters, wenn man alle Errungenschaften der neuen Ordnung selbstverständlich in Anspruch nimmt, ohne sich innerlich zu einer entsprechenden Haltung verpflichtet zu fühlen.

. . . . . .

„Ein Aspirant der Theologie schreibt uns: Schule lutherischer Orthodoxie", in: „Neue Zeit" (Sowjetzonen-CDU) vom 28. April 1956

323 c

Wer die Gefahr einer Gettokirche erkennt, die im Ressentiment gegen das fortschreitende Leben der Gesellschaft verharrt, der wird sich auch für den Verbleib der akademischen Ausbildung der künftigen Pfarrer an den Universitäten aussprechen. Daß sie freilich nur eine günstige Voraussetzung des künftigen Pfarrerstandes ist und ernsthafte Anstrengungen, die Chance zu nutzen, erfordert, muß hinzugefügt werden.

Auch die Kirche müßte größtes Interesse daran haben, daß die Studenten, die in absehbarer Zeit als Geistliche in unserer Republik ihren Dienst tun werden, so ausgebildet sind, *daß sie die gesellschaftliche Entwicklung verstehen.* Nur so kann die Fehlhaltung vermieden werden, die in der Verkündung das Evangelium mit Lebensformen und Anschauungen der kapitalistischen Epoche verquickt.

„Ein Aspirant der Theologie schreibt uns: Schule lutherischer Orthodoxie", in: „Neue Zeit" (Sowjetzonen-CDU) vom 28. April 1956

324

Unsere Haltung als Christen gegenüber der Sowjetunion werde indes nicht nur durch das Menetekel des Jahres 1917 für eine untergehende pseudochristliche Gesellschaft und nicht nur durch das an die Christen in Deutschland gerichtete Metanoeite des Jahres 1945 bestimmt, sondern vor allem durch die Tatsache, daß *die christliche Existenz durch die sozialistische Ordnung begünstigt* wird. Unionsfreund Fuchs schloß deshalb seine Ausführungen mit einem Bekenntnis zur Sowjetunion, in der wir wesentliche christliche Belange, den menschlichen Fortschritt und die Erhaltung des Friedens repräsentiert sehen. „Wir sagen damit, daß der Christ nicht nur ein Freund der Sowjetunion sein kann und soll, sondern es sein muß."

„Der Christ ist ein Freund der Sowjetunion", in: „Neue Zeit" (Sowjetzonen-CDU) vom 7. November 1957

325

Darum setzt die kommunistische Ethik der heuchlerischen Forderung der christlichen Moral „Liebet eure Feinde" die Forderung entgegen, den Feind zu hassen ... Die kommunistische Ethik erzieht dazu, die Feinde zu hassen, und verlangt, diesen Haß nicht nur in Worten, sondern in Taten wirksam werden zu lassen.

A. Schischkin: „Die Grundlagen der kommunistischen Moral", Moskau 1955, S. 242 f. — zitiert nach: „Stimmen der Zeit", 161/83/2

326

Die Sehnsucht nach Gerechtigkeit und Freiheit und Frieden, deren Träger seit den Zeiten des alten Rom immer wieder ans Kreuz geschlagen und hingeschlachtet wurden, diese Sehnsucht findet endlich in den Staaten des Sozialismus ihre Erfüllung. Das Reich der Befreiung von Ausbeutung und Aggression, das Reich der Achtung vor allen Völkern, welcher Hautfarbe sie auch sein mögen, erstreckt sich bereits über ein Drittel des Erdballs, und

in diesen Monaten und Jahren werfen immer neue Völker in Asien und Afrika das dreifache Joch der nationalen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausplünderung und der künstlich aufrechterhaltenen Unwissenheit ab.

Albert Norden: „Früher und heute", Ansprache zu einer Jugendweihe, in: „Volksstimme" (SED), Magdeburg, vom 9. März 1957

327

Erst recht unsere sozialistische Gesellschaft erachtet es als notwendig, alle Jungen und Mädchen im letzten Jahre ihrer Kindheit durch berufene Vertreter der sozialistischen Ordnung für ihren unmittelbaren Eintritt in das Leben unserer Gesellschaft besonders zu rüsten. Aus diesem Grunde führen wir die *Jugendweihe als eine wertvolle Tradition der Arbeiterklasse* unter neuen Bedingungen fort. *Heute ist sie allerdings eine Angelegenheit der ganzen Gesellschaft.* Alle Organe unserer Staatsmacht, die gesellschaftlichen Organisationen, die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Werktätigen sind brennend an einer wirkungsvollen Vorbereitung der jungen Menschen auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft interessiert und geben der Jugendweihe als notwendiger gesellschaftlicher Einrichtung die größtmögliche Unterstützung . . .
In zunehmenden Maße erkennen noch religionsgebundene Eltern den hohen Wert und Nutzen der Jugendweihe für das spätere Leben ihrer Kinder und lassen sie deshalb an der Jugendweihe teilnehmen. Sie erkennen, daß ein fundiertes Wissen die beste Rüstung für das Leben ist. Solchen Eltern und selbst Kindern drohen dagegen bestimmte Vertreter der Kirche mit kirchlichen Strafen. Das erweckt doch den Eindruck, als ob bestimmte Vertreter der Kirche sehr wenig Vertrauen in die Überzeugungskraft ihres Glaubens haben, so daß sie an seine Stelle die Androhung oder Durchführung drakonischer Kirchenstrafen selbst gegenüber Kindern setzen müssen. Offenkundig fürchten sie, daß die jungen Menschen selbständig denken lernen und sich ein eigenes Urteil bilden.

„Jugendweihe für alle Kinder", in: „Neues Deutschland" vom 3. November 1957

328

Liebe junge Freunde!
Seid ihr bereit, alle eure Kräfte für ein glückliches Leben der werktätigen Menschen und für den Fortschritt in Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst einzusetzen?
Ja, das geloben wir!
Seid ihr bereit, all eure Kräfte für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches und unabhängiges Deutschland einzusetzen?
Ja, das geloben wir!
Seid ihr bereit, im Geiste der Völkerfreundschaft zu leben und alle eure Kräfte einzusetzen, um gemeinsam mit allen friedliebenden Menschen den Frieden bis aufs Äußerste zu verteidigen und zu sichern?
Ja, das geloben wir!
Wir haben euer Gelöbnis vernommen.
Ihr habt euch ein hohes Ziel gesetzt.
Wir, die Gemeinschaft aller Werktätigen, versprechen euch dabei Förderung, Schutz und Hilfe.
Mit vereinten Kräften — vorwärts!

Bisheriges Gelöbnis für die Teilnehmer an der Jugendweihe, aus der Schrift „Jugendweihe", hrsg. vom „Zentralen Ausschuß für Jugendweihe", Juni 1955

329

Liebe junge Freunde!
Seid ihr bereit, als *treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates* für ein glückliches Leben des ganzen deutschen Volkes zu arbeiten und zu kämpfen, so antwortet mir:
Ja, das geloben wir!
Seid ihr bereit, mit uns gemeinsam *eure ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen,* so antwortet mir:
Ja, das geloben wir!
Seid ihr bereit, für die Freundschaft der Völker einzutreten und *mit dem Sowjetvolk und allen friedliebenden Menschen der Welt den Frieden zu sichern und zu verteidigen,* so antwortet mir:
Ja, das geloben wir!

Wir haben euer Gelöbnis vernommen. Ihr habt euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Ihr habt euch eingereiht in die Millionenschar der Menschen, die für Frieden und Sozialismus arbeiten und kämpfen. Feierlich nehmen wir euch in die Gemeinschaft aller Werktätigen in unserer Deutschen Demokratischen Republik auf und versprechen euch Unterstützung, Schutz und Hilfe!

> Anfang 1958 veröffentlichtes neues Gelöbnis für die Teilnehmer an der Jugendweihe, aus der Schrift „Jugendweihe", hrsg. vom „Zentralen Ausschuß für Jugendweihe", Januar 1958

330

Beim Lesen unserer sozialistischen Presse fiel mir auf, daß es auch in unserem Bezirk noch Pfarrer gibt, die gegen die Jugendweihe und andere Einrichtungen unseres Staates zu Felde ziehen. Zu ihnen gehören auch der Pfarrer Saretz aus Großräschen und der Pfarrer aus Grünewalde. Beiden Genannten fiel nichts Besseres ein, als mit den Mitteln der Verleumdung und der Demagogie gegen die Jugendweihe in unserer Deutschen Demokratischen Republik aufzutreten und, wie es der Pfarrer aus Grünewalde getan hat, diese als Teufelslehre zu bezeichnen.

Sollten einige Pfarrer glauben, weiterhin ungestraft unsere sozialistische Errungenschaften sowie unsere Bürger in Wort, Schrift oder Bild diffamieren oder beleidigen zu können, so werde ich mich als Vertreter der Justiz unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates dafür einsetzen, daß ihnen für die Zukunft derartiges ein für allemal verleidet wird.

> Staatsanwalt *Dusatko* in: „Lausitzer Rundschau" (SED), Cottbus, vom 5. November 1957

313

Der Marxismus ist wahr und wird wahr bleiben, und deshalb ist er mächtig.

Einige Pfarrer behaupten in der Öffentlichkeit, der Mensch sei nicht das Höchste aller Wesen. Alle Güter

kämen von Gott. Aber es ist doch eine recht peinliche Situation für einen Pfarrer, wenn ihm auf seine Feststellung hin „das Brot kommt von Gott", im Konfirmandenunterricht von einem Jungen gesagt wird: „Aber Herr Pfarrer, Sie lassen auch alle Tage Brot aus dem Konsum holen . . ."

„Neuer Tag" (SED), Frankfurt/Oder, vom 15. Dezember 1957

332

Mit dieser Situation hängt das Aufkommen einer eigenartigen „linken" Abart, des „christlichen" Sozialismus zusammen, die man im Ausland manchmal als „christlichen Kommunismus" bezeichnet. Es handelt sich dabei um die Versuche mancher Vertreter der religiösen Kreise, die Dinge so darzustellen, *als seien die Ideen des Christentums mit dem Marxismus vereinbar.* Die Verfechter dieser Ansicht erklären gewöhnlich, die Thesen des Evangeliums würden von reaktionären Geistlichen unrichtig ausgelegt, und die Marxisten unterschätzten das Christentum, indem sie seinen sozialistischen Charakter leugneten. Deshalb müsse man die „Mißverständnisse" beseitigen und das Christentum mit dem Kommunismus versöhnen.

W. I. Lenin hat uns gelehrt, bei Versuchen dieser Art müsse man unterscheiden, wohin die Leute gingen, die diese Versuche unternehmen: vom Sozialismus zur Religion oder von der Religion zum Sozialismus. *Wer von der materialistischen Weltanschauung aus einen Schritt zur Religion hin tut (wie das zum Beispiel die „Gottmacher" taten), schadet der Sache der Befreiung der Werktätigen. Wenn dagegen Leute, die bis zu einem gewissen Grade noch unter dem Einfluß der Religion stehen, praktisch zum aktiven Kampf für den Sozialismus übergehen, dann ist das zweifellos eine fortschrittliche Erscheinung.* In der Idee, das Christentum mit dem Kommunismus zu versöhnen, findet zum Teil die Stimmung derartiger Leute ihren Niederschlag, zum Teil aber auch das Bestreben solcher Vertreter der Geistlichkeit, die eine loyale Haltung zur sozialistischen Ordnung einnehmen, der neuen Lage Rechnung zu tragen. Man muß den

Geistlichen, die den Sieg der sozialistischen Revolution akzeptieren, Gerechtigkeit widerfahren lassen. Achtung verdienen auch diejenigen besten Vertreter der religiösen Kreise in der bürgerlichen Welt, die mutig die Interessen des Friedens und des Sozialismus verteidigen, obwohl sie sich dadurch der Verfolgung der Reaktion aussetzen. Trotzdem ist schon *der Gedanke an die Möglichkeit einer Versöhnung der christlichen Lehre mit dem Marxismus ein grundlegender Irrtum.*

I. A. Lewda: „Marxistischer Sozialismus und ‚Christlicher' Sozialismus", in: „Wissenschaft und Leben", Moskau, Nr. 9/10, 1957

333

Das 34. Plenum des ZK faßte den Beschluß, in den Parteiorganisationen Vorlesungen, Aussprachen und Seminare über den dialektischen Materialismus durchzuführen. Viele Parteiorganisationen haben bereits mit der Verwirklichung des Beschlusses begonnen.

Dabei zeigte es sich, daß es Genossen gibt, die der Meinung sind, daß die Weltanschauung, insbesondere die Religion, Privatsache sei. Die Stärke der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse beruht aber darauf, daß sich die Partei von einer einheitlichen und geschlossenen wissenschaftlichen Weltanschauung leiten läßt, die keinen Glauben an einen Gott, an übernatürliche Kräfte, keinen Aberglauben und keine Reaktion zuläßt. Sie geht davon aus, daß die Volksmassen die Geschichte bestimmen, daß die Entwicklungsgesetze der Natur, der Gesellschaft und des Denkens erkannt und für die Verwirklichung des Sozialismus nutzbar gemacht werden können.

Damit unsere Partei ihre große geschichtliche Aufgabe erfolgreich erfüllen kann, ist es notwendig, daß sich alle Parteimitglieder mit der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus vertraut machen und daß jenen Genossen, die noch religiöse Vorstellungen haben, durch geduldige Aufklärung geholfen wird, sich davon zu befreien.

Erich Honecker auf dem 35. Plenum des Zentralkomitees der SED, 3. bis 6. Februar 1958

Register-Teil

Personen=Register

Adenauer, Dr. Konrad, 120, 157, 168, 322
Altmann, Eva, 178, 179, 180
Alexandrow, N., 268
Appelt, Rudolf, 111
Arlt, Eberhard, 173
Arnold, Heinz, 223
Axen, Hermann, 119

Becher, Johannes R., 294, 295, 296
Behrens, Prof. Fritz, 170
Benjamin, Dr. Hilde, 239, 241, 242, 247
Besenbruch, Dr. Walter, 281
Bloch, Prof. Dr. Ernst, 279, 298
Borries, Prof. Dr., 309
Brugsch, Prof. Dr. Dr., 305

Chou En=lai, 47
Chruschtschow, N. S., 44, 45, 46, 47, 55, 169, 213, 319

Dibelius, Bischof Dr. D., 322
Dieckmann, Dr. Johannes, 73, 74, 322
Dornberger, Gerhard, 176
Dorst, Werner, 208
Dulles, J. F., 35
Dusatko, Staatsanwalt, 352

Engels, Friedrich, 5, 6, 7, 89, 286
Erhard, Prof. Dr. Ludwig, 74

Gentz, Jürgen, 250
Gerats, Hans, 243, 244
Girnus, Dr. Wilhelm, 315
Goethe, Joh. Wolfg. v., 295
Goldenbaum, Ernst, 83
Gorki, Maxim, 295
Grotewohl, Otto, 70, 71, 112, 114, 141, 190, 275

Hager, Prof. Kurt, 285, 297, 298
Harich, Dr. Wolfgang, 34, 298
Harig, Gerhard, 301
Havemann, Prof. Dr., 310
Herneck, Dr. Friedrich, 282
Herrnstadt, Rudolf, 142
Hitler, Adolf, 41, 110, 133, 143, 145, 228
Holtzhauer, Helmut, 273
Honecker, Erich, 85, 265, 333
Hübener, Prof. Dr. Erhard, 113

Jahn (ZK der SED), 125
Just, Gustav, 283

Kadar, Janos, 68
Kantorowicz, Prof. Dr. Alfred, 298
Kautsky, Karl, 16
Kertzscher, Dr. Günter, 300
Klein, Matthäus, 49
Kleinschmidt, Karl, 155
Knietzsch, H., 289
Kolbanowski, Prof W., 116
Kurella, Alfred, 299

Lange, Fritz, 216, 218, 219
Lauter, Hans, 274
Lehmann, Karl=Heinz, 259, 260, 261
Lenin, W. I., 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 38, 42, 51, 89, 106, 107, 251, 332
Lewda, I. A., 333
Ley, Prof. Hermann, 288
Liebknecht, Wilhelm, 33
Loch, Dr. Hans, 75

Macher, Fritz, 200, 201
Makarenko, A. S., 205
Malenkow, G. M., 148
Mann, Heinrich, 155
Mao Tse=tung, 257
Marx, Karl, 1, 2, 3, 4, 7, 89, 286
Matern, Hermann, 48, 131, 137
Mayer, Prof. Hans, 278, 298
Melsheimer, Dr. E., 246
Molotow, W. M., 61, 110, 143, 144
Mühle, Prof. Dr., 302
Müller, Manfred, 231

Nagy, Imre, 36
Namokel, Karl, 311
Naumann, Prof. Robert, 310
Norden, Albert, 326
Nowack, Franz, 122, 123, 124, 210
Nuschke, Otto, 76, 78

Oelßner, Fred, 30, 69, 134, 135, 171

Paul, Heinz, 245
Pieck, Wilhelm, 114, 140, 147
Pius XII., Papst, 322
Podrabski, Annemarie, 312

Rau, Heinrich, 258
Reston, James, 44
Reuter, Karl=Ernst, 105
Ribbentrop, Joachim v., 133
Rubens, Franziska, 150

Schirdewan, Karl, 310
Schischkin, A., 325
Schnitzler, Eduard v., 152
Schön, Otto, 149
Schröder, Dr. Gerhard, 133
Singer, Hans, 50
Staas, Dr., 72
Stalin, J. W., 24, 26, 27, 28, 47, 52, 55, 84, 89, 96, 108, 114, 122, 123, 171, 212, 243, 244
Szinda, Gustav, 258

Thälmann, Ernst, 256

Ulbricht, Walter, 68, 95, 109, 117, 121, 127, 133, 140, 153, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 228, 233, 272, 284, 294, 302, 305, 320

Verner, Paul, 86

Wendt, Fritz, 259, 260, 261
Wollweber, Ernst, 126
Wyschinski, A. J., 145, 234, 235, 236, 237

Zazworka, Gerhard, 271
Zörner, Guste, 92, 93, 94
Zweig, Arnold, 277
Zwerenz, Gerhard, 279

Sach=Register

Abrüstung	78
Aktionseinheit (der Arbeiterklasse)	150, 151, 163
antifaschistisch=demokratisch	65, 73, 111
Arbeit(er)(in)	39, 51, 71, 95, 123, 149, 164, 182
Arbeiter=und=Bauern=Macht bzw. =Staat	19, 25, 68, 74, 105, 124, 135, 182, 298
Arbeiterklasse	40, 52, 63, 84, 105, 154, 228, 256
Arbeitsgericht	245
Arbeitsnorm	100, 173
Arbeitsschutz	197, 198, 199, 200, 201
Armee	260, 266, 267
Arzt	50
Atomwaffen	78, 292
Aufbau des Sozialismus	60, 61, 69, 74, 77, 78, 80, 118, 119, 130, 132, 134, 137, 158, 180, 209, 233, 284, 293
Ausbeuter, Ausbeutung	6, 45, 122, 320
Bauern(partei)	40, 83, 123, 149, 171, 188, 228
Belgien	74
Bergbau	191, 195
(Betriebs=)Kampfgruppen	255, 265
Betriebskollektivvertrag	173, 179
Bewußtsein (demokratisches bzw. sozialistisches)	3, 103, 209, 228, 286, 288, 297
Bildungsmonopol	152
Blockpolitik	73, 111
Bodenreform (Agrarreform)	143, 144, 164, 228
Boykotthetze	249

Bundesrepublik	162
Bundestag	162
Bürgerkrieg	17, 261
Byzantinismus	1
CDU (der Sowjetzone)	72, 76, 78, 79, 90, 81, 82
Christ, Christentum, christlich	87, 318, 322, 334, 325, 332
DDR („Deutsche Demokratische Republik")	49, 67, 69, 78, 82, 114, 122, 123, 124, 126, 127, 131, 134, 135, 137, 148, 181, 183, 184, 186, 220, 294, 298
Demokratie (demokratisch, antidemokratisch)	1, 51, 106, 108, 109, 120, 132, 138
Demokratisierung	81, 132, 140, 143, 144
Demokratismus	58
Deutschland, deutsch	74, 75, 78, 110, 114, 121, 132, 133, 140, 143, 144, 148, 153, 155, 159, 298
DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands)	92, 93
(Dialektischer) Materialismus, materialistisch	282, 314, 318, 319, 333
Diktatur des Proletariats	16, 17, 18, 24, 40, 96, 131, 171
Eigentum(s . . .)	40, 175, 178
Einheit	293
Einheitsschule („Deutsche Demokratische Schule")	206, 207, 209, 210
England	41, 133
Erdtrabant (Sputnik)	156, 290, 291, 313
Errungenschaften des Sozialismus	40, 182
Export	186
Familie	116
Faschismus, faschistisch	75, 111, 133, 136, 143, 228
FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund)	94, 97, 98, 99, 102, 103, 172

FDJ (Freie Deutsche Jugend) 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 209, 311
Fernsehen 288
Film 299
Frankreich 41, 63, 133
Frau 92, 93, 94
Frauenarbeit 4, 192, 193, 194, 195
Freiheit, freiheitlich 126, 138
Frieden, friedlich, friedliebend 14, 68, 74, 78, 117, 133
Friedenspolitik der SU 41, 43
Fünfjahrplan 67, 130, 173, 177, 207, 213, 214, 274

Germanist 306
Gesellschaft(sordnung), demokratische bzw. sozialistische, gesellschaftlich 6, 38, 40, 49, 61, 81, 84, 135
Gesetz 115, 132
Gesetzmäßigkeit, historische 63
Gewerkschaft(en), Gewerkschaftler 11, 52, 92, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 172, 197,
Gleichberechtigung der Frauen 92, 195, 239
Gleichberechtigung der Völker 40
Gleichschaltung der Parteien in der „DDR" 69, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 111
Gott 314, 315, 320, 333
Grundrechte 122, 123, 124
GST (Gesellschaft für Sport und Technik) 254, 256, 262

Haß 317, 325
Hippokratischer Eid 50
Hochschule 232, 285, 301, 302, 303, 304, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313

Ideologie, ideologisch 14, 34, 35, 36, 53, 126, 136, 228, 242, 269, 284, 287, 288, 289, 297, 319

Imperialismus, imperialistisch 35, 43, 46, 133, 137, 153, 155, 161, 167, 252, 256, 259, 260, 261, 317
Industrie, industriell 40, 181
Intelligenz (meist technische) 135, 153, 228, 232, 298, 309
Internationalismus 40, 137
Italien 63, 74

Jugendweihe 326, 327, 328, 329, 330
Jugoslawien 142
Jurist 244
Justiz 241, 242, 243

Kampfgruppen 255, 265
Kapitalismus, Kapitalist, kapitalistisch 14, 21, 35, 39, 40, 41, 43, 44, 122, 123, 136, 138, 156, 228, 233, 252, 263
Kirche, kirchlich 82, 87, 319, 322, 325
Klasse(n) 6, 69, 94, 122, 163, 182, 208, 229, 238, 243, 251, 290, 316
Klassenkampf, Klassenfeind 10, 48, 134, 136, 231, 242, 263, 321
Klassiker des Marxismus 29
Koexistenz 14, 34, 287, 291, 315, 308
Kollektiv 205, 266, 295
Kolonialismus 42
Kommunismus, Kommunist, kommunistisch 2, 7, 11, 39, 63, 104
Konföderation 165, 166, 168
Konterrevolution, konterrevolutionär 68, 298
Krieg, kriegerisch 20, 21, 43, 44, 251, 252, 253, 256, 259
Kultur 296, 299
Kulturbund 277
Kündigungsrecht 202, 203, 204
Kunst, Künstler, künstlerisch 273, 274, 275, 276, 279, 280, 283, 284, 287, 294, 297, 300

Landtag 110
Landwirtschaft 40, 302, 312
LDP (Liberal-Demokratische Partei) 72, 73, 75

Lehrer 211, 216, 217, 220, 224, 226, 227
Leninismus 14, 45, 171
Liberalisierung 132
Literatur 293, 297
LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) 188

Mais 91, 187
Marxismus, Marxist 30, 31, 32, 33, 34, 36, 331, 332
Marxismus=Leninismus, marxistisch=leninistisch 62, 285, 294, 312, 318, 333
Massenorganisationen 84, 91, 92, 93, 94
Massenterror 55
Materialismus 282, 314, 318, 319, 333
Militarismus 133, 317
Mitbestimmungsrecht 179, 180
Mittelschule 215, 221, 222, 223, 232
Mittelstand 80
Moral 10, 48, 49, 50, 209, 325

Nationale Front des demokratischen Deutschland, Volksfront 146, 147, 149, 155, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 248
Nationale Volksarmee 265, 267, 268, 269, 270, 271, 280
Nationalkommunismus 35, 142
NATO 78
NKWD 55

Oberschule 221, 222, 223, 231, 232
Ökonomik, ökonomisch 28, 40, 183
Oktoberrevolution 63, 122

Pädagogik, pädagogisch 208, 218, 219, 325
Parlament(arisch) 51, 52, 113
Partei(= . . .) (kommunistische, meistens hier SED oder KPdSU) 48, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 64, 65, 66, 67, 84, 96, 105, 125

Partisanen 257
Paßgesetz 249
Patriot(ismus), patriotisch 116, 132, 149, 157, 173, 210, 211, 214, 218, 262, 288
Pazifismus 263, 264
(Junge) Pioniere 91, 209
Planwirtschaft 170
Polytechnik, polytechnisch 211, 212, 213, 214, 224, 225
Potsdamer Abkommen 133
Priester, Pfarrer, Geistlicher 321, 323, 330, 331, 332
Produktion 6, 95, 178, 179
Produktionsgenossenschaft 80
Produktionsmittel 6, 40
Produktionsverhältnisse 80
Produktivkraft 2
Proletariat 17, 21, 52, 84, 260

Recht(s. . .) 234, 235, 236, 237, 238, 243, 248, 250
Rechtsanwalt 240
Rechtsstaat 238
Reformismus 32
Reichstag 73
Religion, religiös 82, 87, 315, 316, 319, 320, 323, 325, 332, 333
Republikflucht 50
Revisionismus, revisionistisch 31, 32, 33, 34, 35, 36
Revolution, revolutionär 17, 23, 40, 52, 139, 260
Ruhrgebiet 74, 144
Rundfunk 288

Schauspieler 289
Schriftsteller 278, 279, 297
Schweden 74
SED (Sozialistische Einheits=partei Deutschlands) 65, 67, 68, 125, 151, 158, 163, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 233, 244, 254, 265
Selbstbestimmungsrecht der Völker 8, 42
Selbstkritik 54, 289
Selbstverpflichtung 196
Selbstverwaltung 5

Sittlich(keit) 9, 10
Sowjet(= . . .) 56, 57, 59, 60, 104, 116, 138, 139, 234, 235, 236, 237
Sowjet=Union 37, 61, 104, 133, 156, 175, 272, 273, 290, 291, 319
Sozialdemokratie 52
Sozialismus, sozialistisch 8, 25, 38, 78, 141, 142, 234
Sozialversicherung 189, 190
Spanien 258
SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) 70, 151, 154, 157
Sprache 27
Sputnik 156, 290, 291, 313
Staatsanwalt 246
Staatsbürgerkunde 229, 230
Staat(smacht) 6, 22, 56, 57, 107, 118, 119, 125, 128, 129, 130, 176
Staatsverbrechen 249
Stalinismus, Stalinist 46, 47
Student 286, 302, 305, 311, 312, 313
Studium 305

Taktik, kommunistische 12, 13, 15
Technik, technisch 80, 156, 185, 186, 188, 213, 214
Theater 289
Theologie, theologisch 323
Todesstrafe 249

Überbau 26, 27
Übergang zum Sozialismus 45, 49, 156, 162
Umerziehung der Menschen 39, 80
Ungarn 36, 68
Universität siehe Hochschule
USA 41, 133, 156

VEB („Volkseigener Betrieb") 172, 173, 177, 178, 180, 185, 193, 204
Verfassung der Bundes=republik 145
Verfassung, „gesamtdeutsche" 112, 113
Verfassung, Stalinsche 122
„Volkseigentum" 176

Volksfront (s. a. Nationale Front . . .) 258
Volkskammer 132
Volkskongreß 73, 77
Volkspolizei 253, 265
Volksrat 73
Volkswahlen 121

Wahlen 17, 109, 165, 167, 169
Wege zum Sozialismus 141, 142
Weltrevolution 205
Werktätiger 40, 115, 123
Wettbewerb 101, 182
Wettbewerb zwischen Sozialismus u. Kapitalismus 44
Wiedervereinigung 152, 153, 158, 160, 161, 164
Wirtschaft, wirtschaftlich 184, 185, 186
Wissenschaft, Wissenschaftler, wissenschaftlich 272, 281, 282, 315, 316

Zentralismus, demokratischer 66, 129

Quellen=Register

Anweisungen zur Durchführung des Schul=jahres 1956/57 220
Die Arbeit, 6/1951 117
12/1951 245
Arbeit und Sozialfürsorge Nr. 22/1951 174
Nr. 18/1952 196
Nr. 22/1952 197
Nr. 16/1953 198, 203

Benjamin: Vorschläge zum neuen deut=schen Familienrecht, 1949 239
Bericht des 1. Parlaments der FDJ Pfing=sten 1946 85
Bericht des SED=Parteivorstandes an den III. Parteitag 1950 115
Bericht vom V. Pädagogischen Kongreß, Mai 1956 216, 217
Beschluß des ZK der SED über die SED=Kampfgruppen vom Juni 1953 255

Chruschtschow:
Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag 55, 213
Rede beim Neujahrsempfang im Kreml vom 31. 12. 1956 46
Rede beim Empfang für Chou=En=Lei vom 17. 1. 1957 47

Deutsche Lehrerzeitung vom 15. 12. 1956 221, 222
vom 17. 8. 1957 229, 230

Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Organ der philos. Forschung in der DDR, Nr. 1/1957 34
Dieckmanns Brief an einen „westdeutschen Freund", in: „Die Welt" vom 25. 2. 1955 322
Dokumente der SED, Band 5/1956 66

Einheit, 4/1946 86
9/1947 111
3/1948 170
9/1948 142
3/1949 71
9/1949 171
20/1951 301
2/1952 65
7/1956 200, 201
11/1956 271
12/1956 178, 179, 180
1/1957 49
5/1957 69, 134, 135
7/1957 287
1/1958 137
Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 1945 6
Über das Erfurter Programm, 1946 5

FDJ-Verfassung von 1952 88
Forum, 21/1951 272
1. 7. 1957 306
6. 2. 1958 308
13. 3. 1958 50, 311
20. 3. 1958 312
27. 3. 1958 313
Freie Presse (SED), Chemnitz (Karl-Marx-Stadt), vom 13. 6. 1956 177

Geschichte der KPdSU (B) 252
Gesetz der Arbeit, vom 19. 4. 1950 191
Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht, vom 17. 1. 1957 128, 129, 130

Gesetz zur Änderung des Paßgesetzes der DDR, vom 11. 12. 1957 249
Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule, vom 4. 6. 1946 206
Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches, vom 11. 12. 1957 249
Gestalte mit! Entscheide mit! Verantworte mit! Beiträge zur Demokratisierungsgesetzgebung der DDR 81, 132
Goldenbaum: ADN-Interview v. 7. 2. 1957 83
Grotewohl: Reden, Band I 70
Rede auf der I. Parteikonferenz der SED 1949 141
Rede vom 31. 8. 1951 anl. der Berufung der Staatl. Kommission für Kunstangelegenheiten 275
Rede auf der Sozialversicherungstagung in Leipzig 1953 190
Die Grundlagen der kommunistischen Moral, Moskau 1955 325
Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger der DDR 122, 123, 124 210, 211
Gründungsaufruf der KPD v. 11. 6. 1945 140

Prof. Hager: Rede am 22. 2. 1957 in Leipzig 285
Honecker: Bericht des Politbüros an das 30. Plenum des ZK der SED 265
Bericht an das 35. Plenum des ZK der SED 333

Jahn (ZK der SED): Referat am 10. 2. 1956 125
Jugendweihe Juni 1955 328
Januar 1958 329
Junge Generation 8/1954 116
9/1954 120, 121
Junge Welt (FDJ) vom 20. 6. 1956 302
vom 3. 1. 1958 90
Juristisches Wörterbuch, Moskau 1956 238

Kommunist, Moskau Nr. 14/1955 61
Nr. 1/1957 14

Kurzes Philosophisches Wörterbuch, Moskau 32

Lausitzer Rundschau (SED), Cottbus, vom 5. 11. 1957 330
LDP-Landesvorstand Sachsen, Resolution vom Mai 1949 73
Lehmann und Wendt: Militaristisch oder militärisch 259, 260, 261
Leipziger Volkszeitung (SED)
vom 29. 12. 1955 321
vom 20. 4. 1956 67
vom 21. 6. 1956 303
Lenin:
Ausgewählte Werke Bd. II 8, 9, 10, 11, 16, 19, 22, 106, 107
Bd. IX 23
Bd. X 12, 18
Sämtliche Werke Bd. XX 51
Bd. XXVI 17, 25
Bd. XXVII (russ.) 15, 20
Bd. XXX (russ.) 13, 251
Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, Moskau 1947 21
Liebknecht: Fremdwörterbuch 33
Dr. Loch: Kommentar in Radio Ost-Berlin am 3. 3. 1957 75

Makarenko: Ausgewählte pädagogische Schriften, 2. Teil 205
Malenkow in seiner Rede vom 6. 11. 1949 148
Mao Tse-tung: Strategische Fragen des revolutionären Krieges in China, 1955 257
Märkische Volksstimme vom 6. 7. 1955 193
Marx: a) Die Frühschriften, 1953 2
b) in New Yorker „Tribüne" vom 21. 4. 1853 1
c) Kritik der politischen Ökonomie 3
d) Kritik des Gothaer Programms 4
Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei 7
Matern: Rede vor dem 31. Plenum des ZK der SED, 1957 131

Prof. Dr. Mayer: Rede auf der Konferenz der Literaturwissenschaftler vom 31. 5. 1956 278
Molotow auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1947 110, 144
auf der Pariser Außenministerkonferenz 1946 143

Neue Justiz, 6/1950 240
4/1951 241, 242
9/1951 243, 244
1/1952 176
5/1952 246
5. 4. 1958 250
Die neue Schule, 33/1952 209
Neue Welt, Nr. 15/1952 118
Neue Zeit, vom 21. 10. 1949 76
28. 4. 1956 323
7. 11. 1957 324
17. 11. 1957 82
19. 12. 1957 77, 79, 80
20. 12. 1957 78
Neuer Tag (SED) vom 19. 6. 1957 87
15. 12. 1957 331
Neuer Weg, 1/1951 48
5/1951 92, 93, 94
11/1951 173
14/1951 149
15/1951 150
13/1957 231
18/1957 317
Neues Deutschland vom 9. 5. 1947 29
4. 10. 1949 146
14. 3. 1951 276
23. 3. 1951 274
21. 6. 1955 102
1. 11. 1955 320
3. 12. 1955 103
15. 5. 1956 214, 215
16. 5. 1956 218, 219
21. 6. 1956 304
16. 7. 1956 263
21. 12. 1956 126
5. 1. 1957 224, 225
18. 5. 1957 307

6. 7. 1957 153
7. 7. 1957 228, 305
27. 9. 1957 288, 289
7. 10. 1957 156, 157
182
9. 10. 1957 290
12. 10. 1957 44
13. 10. 1957 291, 292
19. 10. 1957 294, 295, 296
20. 10. 1957 297, 298
23. 10. 1957 299
27. 10. 1957 300
31. 10. 1957 247
1. 11. 1957 105
3. 11. 1957 327
1. 2. 1958 232
4. 3. 1958 309, 310
Notizbuch des Agitators, 16/1951 253

Oelßner: Die Sowjetunion, unser Vorbild und Freund 30
Ost=Berliner Rundfunk am 23. 10. 1953 192
Ostsee=Zeitung (SED), Rostock,
vom 23. 6. 1956 262
vom 19. 6. 1957 226

pädagogik 1/1951 208
3/1951 207
Pieck: Antrittsrede als „Staatspräsident" am 11. 10. 1949 147
Der Pionier, 2/1958 91
Prawda vom 11. 11. 1954 319
15. 2. 1956 45
5. 4. 1956 53, 54
Protokoll der I. Parteikonferenz der SED, 1949 64, 141
Protokoll der 6. Tagung des Deutschen Volksrates vom März 1949 112, 113

Sächsische Zeitung (SED), Dresden,
vom 22. 2. 1956 211
vom 29. 7. 1957 154
Satzung des FDGB von 1950 97, 98, 172
von 1955 99

von Schnitzler: Kommentar in Radio
Ost=Berlin vom 21. 3. 1957 — 152
Sonntag, Nr. 45/1951 — 273
vom 17. 6. 1956 — 281
7. 10. 1956 — 282
21. 10. 1956 — 283
2. 6. 1957 — 286
6. 10. 1957 — 74, 293
Große Sowjet=Enzyklopädie Band 5 — 314
Band 36 — 31
Sowjetische Beiträge zur Staats= und
Rechtstheorie, 1953 — 234, 235, 236, 237
Sowjetisches Fremdwörterbuch,
Moskau 1949 — 264, 316
Sowjetskoje gosudastwo i prawo,
Moskau 8/1957 — 56, 57, 58
Der Spiegel, Hamburg, vom 23. 9. 1957 — 133, 168, 169
Sport und Technik, Nr. 8/1955 — 256
Staas: Erklärung zu den Gemeinde=
wahlen September 1946 — 72
Staatliche Verordnung über die Bildung
der GST vom 7. 8. 1952 — 254
Stalin:
a) Marxismus und Sprachwissenschaft — 26, 27
b) Ökonomische Probleme des
Sozialismus — 28, 212
c) Werke, Band 6 — 108
Band 8 — 96
d) Telegramm an Pieck und Grotewohl
vom 13. 10. 1949 — 114
e) Über die Grundlagen des Leninismus — 24, 84
Statut der FDJ, Pfingsten 1955 — 89
Stimme des Patrioten, Nr. 19/1957 — 155, 181
Szinda: Die XI. Brigade — 258

Tägliche Rundschau, vom 15. 8. 1952 — 119,
vom 22. 6. 1955 — 100, 101
Thesen der Abteilung für Propaganda und
Agitation des ZK der KPdSU und des
Instituts für Marxismus = Leninismus
beim ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag
der Großen Sozialistischen Oktober=
revolution — 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 59, 60, 62, 63, 138, 139

Tribüne, vom 29. 1. 1951 202
9. 3. 1956 194
18. 5. 1956 199
Trud, Moskau, vom 19. 6. 1954 104

Die Übernahme der vollen Verantwortung für den weiteren Ausbau der Sozialversicherung durch die Gewerkschaften 189
Ulbricht:
a) Rede auf der 1. Parteikonferenz der KPD, März 1946 109
b) Der Weg der freien Gewerkschaften, 1946 95
c) Rede vor dem 30. Plenum des ZK der SED, 1957 68, 127, 158, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 167, 168, 284
d) Rede in Leipzig am 9. 3. 1957 159
e) Gespräch mit dem Spiegel, Spiegel vom 25. 9. 1957 133, 168, 169
f) Referat über die Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der DDR, Oktober 1957 233
upd Nr. 22, vom 21. 10. 1951 318

Verordnung über Kündigungsrecht vom 7. 6. 1951 204
Die Volksarmee, vom 1. 10. 1957 268
vom 15. 10. 1957 269
vom 19. 10. 1957 270
Volkskunst, Juniheft 1956 280
Volksstimme (SED), Chemnitz (Karl-Marx-Stadt), vom 9. 3. 1956 195
Volksstimme (SED), Magdeburg,
vom 9. 3. 1957 326
vom 11. 3. 1957 151, 266, 267
vom 26. 6. 1957 227
Volkswacht (SED), Gera, v. 28. 10. 1957 315

Was jeder Deutsche wissen muß. Fragen und Antworten zum Aktionsprogramm des 33. Plenum des ZK der SED, November 1957 136, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 248
Wissen und Leben, Moskau, Nr. 9-10/1957 332
Wissen und Tat, 5-6/1950 52
6/1951 175
Wyschinski auf der Pariser Außenministerkonferenz 1949 145

Zulassungsrichtlinien für Oberschüler 223
Zweig: Rede auf der Kulturbundtagung am 12. 2. 1954 in Dresden 277
Zwerenz: Rede auf dem Kongreß Junger Künstler, Juni 1956 279